

Lang, Eva (Ed.)

Proceedings

"Mutter Natur und Vater Staat": Zukunftsperspektiven und Gestaltungsansätze einer schwierigen Beziehung im Zeichen der Nachhaltigkeit

Beiträge und Berichte, No. 4

Provided in Cooperation with:

Vereinigung für Ökologische Ökonomie e.V. (VÖÖ), Heidelberg

Suggested Citation: Lang, Eva (Ed.) (2003) : "Mutter Natur und Vater Staat": Zukunftsperspektiven und Gestaltungsansätze einer schwierigen Beziehung im Zeichen der Nachhaltigkeit, Beiträge und Berichte, No. 4, ISBN 3-00-011297-9, Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ), Heidelberg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/144746>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

„Mutter Natur und Vater Staat“

Zukunftsperspektiven und Gestaltungsansätze einer schwierigen Beziehung im Zeichen der Nachhaltigkeit

Eva Lang (Hrsg.)

Vorwort

Eva Lang

Begrüßung beim Empfang der Vereinigung für Ökologische Ökonomie e. V.
von Beate Weber S. 1

„Mutter Natur und Vater Staat“

Zukunftsperspektiven und Gestaltungsansätze einer schwierigen

Beziehung im Zeichen der Nachhaltigkeit

von Eva Lang S. 5

Gedanken zu einer politischen Kultur der Nachhaltigkeit

ökologisch-ökonomischer Essay

von Jürg Minsch S. 11

Nachhaltige Entwicklung und gesellschaftliche Humanpotentiale

Bevölkerung – Familien - Bildung

von Christiane Busch-Lüty S. 20

Zu den Hauptfeldern staatlichen Handelns in der Verkehrs- und Energiepolitik

von Karl W. Steininger S. 28

Finanzpolitik des Staates auf dem Prüfstand einer nachhaltigen Entwicklung

von Eva Lang S. 32

Kurzatmig zur Langfriststrategie

Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und Nachhaltigkeitsrat

von Angelika Zahrt S. 45

Synthese: Umsetzungsvorschläge zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppen

oder die Frage: Was können wir für eine Verbesserung der Beziehung zwischen Va-
ter Staat und Mutter Natur tun?

von Adelheid Biesecker S. 51

„Der Mensch ist, was er isst“

Nachhaltigkeit im Zeichen der Biologie und Biophilosophie der Ernährung

von Hans Werner Ingensiep S. 54

Vorwort

Das vorliegende Heft 4 der Beiträge und Berichte der VÖÖ setzt die Tradition der Dokumentation der jährlichen Tagungen der Vereinigung für Ökologische Ökonomie fort. Im Mittelpunkt dieser fünften Jahrestagung stand die Frage nach dem Rollenverständnis des Staates in der Ökologischen Ökonomie. Mit der Wahl dieses Themas wurde eine Perspektive aufgegriffen, die in den Diskussionen auf unseren bisherigen Tagungen immer wieder eine Rolle spielte. Zumeist wurden dabei die „staatlichen Rahmenbedingungen“ als Voraussetzung, Bedingung oder Hemmnis einer nachhaltigen Entwicklung in Frage gestellt oder deren Veränderung eingefordert.

Professorin Dr. Christiane Busch-Lüty, Dr. Fred Luks und Dr. Elisabeth Redler haben als Mitglieder der Vorbereitungsgruppe wesentlich an der inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung der Tagung mitgearbeitet. Dafür danke ich herzlich. Mein Dank gilt allen Referentinnen und Referenten der Tagung aber auch Herrn Dipl. Hdl. Christian Grüner und Frau Johanna Berchtold für die Unterstützung bei der redaktionellen Vorbereitung zur Drucklegung.

Eva Lang

März 2003

(Herausgeberin)

Begrüßung beim Empfang der Vereinigung für Ökologische Ökonomie e. V.

von Beate Weber

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist eine große Freude, Sie alle wieder einmal in Heidelberg zu Gast zu haben.

Langsam ist es schon zur Tradition geworden, dass ich bei Ihrem Besuch ein wenig auf die aktuellen Trends aus Heidelberg im Bereich ökologische Ökonomie eingehe. Seit unser Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 verabschiedet wurde (1997), gehört dies zu einem der Schwerpunkte meiner nachhaltigen Politik in dieser Stadt. Am Donnerstag wurde der erste Umsetzungsbericht zu diesem Stadtentwicklungsplan verabschiedet.

Mit ca. 2300 nach der EU-Öko-Audit-Verordnung zertifizierten Betrieben übernimmt Deutschland zwar eine Vorreiterrolle, trotzdem sind dies nur 0,2 % aller deutschen Unternehmen.

Größere Unternehmen haben meist mit ihren größeren personellen Ressourcen ein wirksames Umweltmanagement aufgebaut und nutzen dessen Kostenvorteile.

Für diese gibt es einen eigenen Vertrag zwischen Stadt und IHK zur Verfahrenserleichterung ohne dabei hinter gesetzlichen Vorschriften zurückzufallen. Für die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die immerhin 98,5 % aller deutschen Unternehmen ausmachen, ist der Kostendruck teilweise so groß, dass für freiwillige Umweltschutzmaßnahmen zwar der Wille da ist, aber bei der Umsetzung zahlreiche Schwierigkeiten auftreten.

Einer Kommune eröffnet sich in diesem Zusammenhang die Chance, gemeinsam mit Betrieben und kompetenter externer Unterstützung praxisnahe Maßnahmen zu erarbeiten und diese in umweltorientiertes Management umzusetzen. Ziel muss dabei sein, den Ressourcenverbrauch und die betrieblichen Umweltauswirkungen vor Ort zu mindern. Damit wird ein Gewinn sowohl für die Unternehmen als auch die Umwelt in der Kommune erreicht.

Die Stadt Heidelberg arbeitet seit einigen Jahren in verschiedenen Netzwerken mit Akteuren aus Umwelt und Wirtschaft an der Schaffung eines solchen innovativen Klimas für umweltorientiertes Wirtschaften in der Region.

Was aber fehlte, war eine Strategie, die anspruchsvolle Visionen eines nachhaltigen Wirtschaftens vermittelt, denn Nachhaltigkeit ist mehr als nur Umweltmanagement. Spätestens seit der Rio-Konferenz im Jahr 1992 ist deutlich geworden, dass Umweltschutz nicht abgekoppelt von sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten gesehen werden kann.

Aufgrund seiner politischen Dimension kann das Leitbild nur in einem kooperativen Prozess gemeinsam mit den Unternehmen konkretisiert werden.

Aus dieser Erkenntnis wurde auf Initiative der Stadt Heidelberg 1997 der "Runde Tisch - Nachhaltiges Wirtschaften" gegründet, um eine Nachhaltigkeitsstrategie für die Wirtschaft in der Region zu entwickeln. Die Stadt übernahm dabei die Rolle der Mediatorin, die die Akteure aus Wirtschaft, Verbänden und Wissenschaft an einen Tisch brachte und über eine externe

Moderation eine prozesshafte Kommunikation ermöglichte. Mit dem "Runden Tisch" gelang es, wichtige Partner aus der Stadt und der Region in das Vorhaben einzubinden.

Über ein Jahr lang wurden verschiedene Möglichkeiten zur besseren Abstimmung und Vernetzung in den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und Soziales erörtert. Dazu zählten insbesondere folgende Punkte:

- *Auf Selbstverpflichtung und Selbstverantwortung beruhende Formen des Managements (Umweltaudit, Selbstverpflichtung der Hersteller) ohne Abstriche am bestehenden Recht;*
- *Neue Formen der Abstimmung und Konsensbildung (Kooperationen im Stoffstrommanagement, Bündnisse zwischen Herstellern und umwelt- oder entwicklungspolitischen Verbänden, Mediationsverfahren, lokale Foren zu Umwelt und Entwicklung);*
- *Neue Formen zur Förderung des betrieblichen Innovationspotenzials (Vorschlagswesen, Öko-Qualitätsziele).*

Am "Runden Tisch" bestand Konsens, die Betriebe über Win-Win-Lösungen zur Mitarbeit zu motivieren, da ökologisch und sozial motivierte Impulse für die Unternehmen meist wirtschaftlicher Anreize bedürfen. Vielfach benötigen die Unternehmen aber einen Promotor zur Motivierung und als Impuls- und Ideengeber: den Vater Staat, der zum Wohle der Mutter Natur agiert um den diesjährigen Titel der Jahrestagung aufzugreifen. Gerade in kleinen und mittleren Unternehmen sind die häufig knappen personellen Ressourcen und die mangelnden Freiräume für Information und Qualifikation entscheidende Hemmnisse für Innovationen und Lernprozesse. Daher gestaltet sich die Auseinandersetzung mit den vergleichs-

weise neuen Themenfeldern der Nachhaltigkeit oft schwierig – Kooperationen mit verschiedenen Partnern in Stadt und Region sind dabei hilfreich.

Im Folgenden werden einige solcher gelungenen Kooperationsprojekte vorgestellt:

Heidelberger Energie-Tisch

- Seit 1995 neuer und wichtiger Weg der Kooperation mit der Bildung des Energietisches im Rahmen der nationalen Kampagne zur CO₂-Minderung.
- Dieser Heidelberger Energie-Tisch beschäftigte sich mit dem Thema der energetischen Gebäudemodernisierung
- Teilnehmer: Handwerkskammer, Architektenkammer, Kreishandwerkerschaft, Mieterverein, Industrie- und Handelskammer, Stadtwerke, Haus- und Grundbesitzer, Wohnungsbaugesellschaften, Umweltschutzverbände.
- Ergebnis: Gründung der Klimaschutz- und Energieberatungsagentur Heidelberg-Nachbargemeinden GmbH (KLIBA)

Pilotprojekt „Umweltfreundliches Gastgewerbe“

- Dieses Projekt besteht seit dem Jahr 1992.
- Dabei handelt es sich um eine Kooperation von Stadt mit dem ÖKON-Institut und der Firma HOTEL CONSULT, an der 35 Betriebe beteiligt sind.
- Schwerpunkte sind Umweltschutzmaßnahmen in den Betrieben bei Abfall, Wasser und Energie.
- 1 Öko-Audit bei 5-Sterne-Kettenhotel. Pilotprojekt „Friseur und Umwelt“
- Dieses Projekt wurde 1994 ins Leben gerufen und ist eine Kooperation von Stadt mit Friseurinnung und BUND.

- Ziel: Friseurhandwerk möglichst effektiv und mit breiter Wirkung umwelt- und gesundheitsfreundlich gestalten
- Untersuchung von Einsparmöglichkeiten im Bereich Abfall, Energie, Wasser, Abwasser und Luftbelastung.
- Mit Arbeitsgruppe Stress der Uni wurden z. B. auch Lichtverhältnisse in Salons untersucht.
- Broschüre „Gesundheit im Frisörsalon“, „Umweltschutz und Gesundheit unter der Haube“.
- Tipps „Umweltschutz im Salon“ erstellt.

Pilotprojekt „Maler und Umwelt“

- Seit 1997 bestehend bringt dieses Projekt folgende Partner zusammen: Malerinnung, BUND, Stadt Heidelberg (optional: Handwerkskammer, Berufsgenossenschaft, Gewerbeaufsichtsamt, Innungskrankenkasse).
- erarbeitet wurde ein Informationsblatt für alle Malerbetriebe
- Öffentlichkeitsarbeit wird durch einen Umweltordner, einen Leitfaden der umwelt- und gesundheitsverträglichen Baustoffe (Information der Betriebe der Malerinnung über Umweltschutz)betrieben.

Für die Kooperation mit Frisörhandwerk und Malerinnung erhielt die Stadt Heidelberg im Jahr 2000 den „Gesunde-Städte-Preis“.

Pilotprojekt „Bäcker/Konditoren und Umwelt“

- Im Jahr 2000 initiiertes Projekt mit Stadt Heidelberg, Bäcker- und Konditoreninnung sowie BUND.
- Ziel ist erneut das Einsparen und Verwerten von Energie, Wasser, Emissionen und Abfällen.

- Projekt zur Standort- und Beschäftigungssicherung.
- Im Rahmen des Projektes z. B. Neubau eines Backhauses bezuschusst: eine der energieeffizientesten Backstuben Europas.
- Konkretes Beispiel: Bäckerei konnte durch zeitgenaues Einschalten der Backöfen ca. 30.000 kWh Energie pro Jahr (ca. 1.300 € netto) einsparen.

Pilotprojekt „farbenfroh und nachhaltig“

- Das aktuellste Projekt seit 2001/2002 entstand aus dem Pilotprojekt „Maler und Umwelt“.
- Partner: Stadt Heidelberg, BUND, KLIBA, VHS, Baumärkte, Malerinnung (war anfangs skeptisch wegen der Konkurrenz der Handwerker).
- Ziel: Heimwerker auch zum nachhaltigen Umgang mit Materialien anregen (Einkauf, richtige Verarbeitung, Entsorgung)
- Vier Veranstaltungen in der Volkshochschule Heidelberg.
- Großer Erfolg: 220 Anfragen nach Pressearbeit bei der BUND-Umweltberatung.

Kleine und mittlere Unternehmen/Umweltmanagementsystem

Kleine und mittlere Unternehmen konnten sich bisher die ökologischen und ökonomischen Vorteile im Umweltschutz nicht erschließen. Deshalb wurde das Kooperationsprojekt „Nachhaltiges Wirtschaften“ ins Leben gerufen. Dabei geht es um Koordination und finanzielle Unterstützung durch die Stadt Heidelberg. Angeboten werden Moderation, Analysen und Unterstützung durch externe Fachleute. Ziel ist die Einführung eines Umweltmanagementsystems für kleinere und mittlere Unternehmen (s.o.). Die Stadt Heidelberg bietet Betrieben mit 10-200 Mitarbeitern praxisorientierte Schu-

lungen und Beratungen an. Dabei geht es im Wesentlichen um die Suche nach kostengünstigen Wegen zum Aufbau eines Umweltmanagementsystems. Außerdem besteht die Möglichkeit zur ergänzenden Zertifizierung nach der Öko-Audit-Verordnung EMAS.

11 Unternehmen sind in einem Netzwerk mit gemeinsamen Workshops beteiligt. Hier wird die Win-Win-Situation deutlich: bessere Umweltstandards, Kosteneinsparungen durch Ressourcen-Effizienz, die sich an folgendem Beispiel eines Betriebes aus dem Energiesektor aufzeigen lässt:

550 € / a = 8.000 kWh = 4.977 kg CO ₂ <i>durch Energieeinsparung bei optimierter Beleuchtungsanlage</i>
1.150 € / a = 21.000 kWh = 8.422 kg CO ₂ <i>durch Optimierung des Heizungssystems</i>
215 € / a = 3.100 kWh = 1.928 kg CO ₂ <i>durch optimierte Nutzungszeiten der Klimaanlage</i>
245 € / a = 3.500 kWh = 2.178 kg CO ₂ <i>durch Energiemanagement im EDV-Bereich</i>
Summe: 2160 € / a bei geringen Investitionen

Ökologische Landwirtschaft

Auch die Landwirtschaft bietet, ja fordert im Bereich der ökologischen Ökonomie neue Schwerpunkte. Fortgeführt werden soll die einzelbetriebliche Information und Beratung für an der Umstellung interessierte Landwirte bzw. Gartenbauer (einschließlich Kontakt zu Anbauverbänden, benachbarten Kommunen und Naturschutzorganisationen) in Verbindung mit dem Amt für Landwirtschaft.

Die Ansprache und Gewinnung weiterer Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, insbesondere städtische Einrichtungen und Kontaktaufnahme zu Catering-Unternehmen spielt dabei eine wichtige Rolle als Vorbild.

Zur Integration von Hotelketten wird ein Konzept für ein Heidelberger Großhotel erarbeitet, hinzu kommen Beratung und Koordination der Umstellung des Speisenangebots, Initiierung einer Einkaufs- und Werbegemeinschaft und Vernetzung der Aktivitäten in der Hotelkette und erste Vorgespräche dazu bei weiteren Kettenhotels.

Die regionale Kooperation spielt hierbei eine wesentliche Rolle, weshalb mit Heidelbergs Umlandgemeinden bei der Umstellung bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen zusammen gearbeitet wird.

Pilotprojekt „Stoffstrommanagement in Heidelberg-Pfaffengrund“

1995 wurde das Pilotprojekt „Stoffstrommanagement in Heidelberg-Pfaffengrund“, einem Gewerbegebiet Heidelbergs, gestartet. Partner sind die Stadt Heidelberg, das Institut für Umweltwirtschaftsanalysen Heidelberg (IUWA) und ein Großteil der dort ansässigen Betriebe. Im Heidelberger Gewerbegebiet Pfaffengrund wurde ein zwischenbetriebliches Stoffverwertungsnetzwerk aufgebaut. Ziel ist nicht nur abfallwirtschaftliche Teillösungen zu finden, sondern der Aufbau eines zwischenbetrieblichen Koordinationskonzeptes z. B. der Wiedereinsatz von Abfällen, Zwischenlagerungsmöglichkeiten, Entsorgungszugangsmöglichkeiten und die Wiederaufarbeitung von Altmaterialien. Als

Ergebnis können die Reduktion der Transportkilometer, die Erhöhung der Kreislauffähigkeit von Materialien und die positiven Impulse für Sekundärrohstoffmärkten genannt werden. Eine wesentliche Voraussetzung für einen solchen Erfolg ist ein schlüssiges Kommunikations- und Koordinationskonzept, wobei der Kommune eine gewichtige Rolle zukommt. Ein gemeinsamer Internetauftritt hat für dieses

Gewerbegebiet als Teil des Standortmarketings identitätsstiftende Funktion.

Am Ende meiner üblichen „praktischen Beispiele aus Heidelberg“ danke ich ganz herzlich den Verantwortlichen für diese Jahrestagung. Ich freue mich sehr, dass Heidelberg immer wieder Gastgeberin für den Verein für ökologische Ökonomie sein darf.

„Mutter Natur und Vater Staat“

Zukunftsperspektiven und Gestaltungsansätze einer schwierigen Beziehung im Zeichen der Nachhaltigkeit –

von Eva Lang

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen in der VÖÖ,

ich möchte alle Mitglieder unserer Vereinigung, die den Weg nach Heidelberg gefunden haben zunächst ganz herzlich begrüßen. Für viele von uns bieten die Arbeitstagungen die jährliche Gelegenheit des Wiedersehens und Kennenlernens von guten Freunden und Freundinnen, Bekannten und Menschen, denen sie sich wissenschaftlich verbunden fühlen dürfen. Das ist wichtig und sollte in seiner Bedeutung gerade auch von den jüngeren Mitgliedern nicht unterschätzt werden. Etwas betrübt bin ich, dass wir doch ein relativ kleiner Kreis geblieben sind. Liegt es am Thema der Tagung, an unserer Zeitarmut, am Termin, am schwindenden Interesse in Bezug auf die Anliegen unserer Vereinigung, haben wir gegenüber anderen

Netzwerken noch ein spezifisches Anliegen oder fehlt uns inzwischen das Alleinstellungsmerkmal oder liegt es daran, dass unsere Thematik zur Zeit keine Konjunktur hat? Fragen über die wir im Rahmen der Mitgliederversammlung am Samstag sprechen können.

Ganz besonders begrüßen möchte ich unsere Schirmfrau Beate Weber. Liebe Beate, auch wenn du nun doch nicht – wie du es ursprünglich vor hattest – sehr lange bei uns Verweilen kannst, so signalisiert dies und dein Bedauern darüber, welche Würdigung unsere Vereinigung von dir erfahren darf. Wir sind sehr stolz und glücklich darüber. Natürlich freuen wir uns auf den Höhepunkt der Tagung: den Empfang im alten Rathaussaal, zu dem Du uns morgen Abend eingeladen hast.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Änderung im Tagungsprogramm hinweisen. Vorgesehen war der Festvortrag von Prof. Dr. Gottwald. Er musste leider kurzfristig absagen. Dies tat er allerdings nicht ohne für einen – wie ich glaube – wunderbaren Ersatz zu sorgen. Herr Dr. Werner Ingensiep, Privatdozent am Fachbereich Philosophie der Universität Essen wird zum Thema „Der Mensch ist, was er isst“ – Von der Biologie zur Biophilosophie der Ernährung – sprechen.

Nun aber zum Thema unserer Tagung:

„Mutter Natur und Vater Staat“ Zukunftsperspektiven und Gestaltungsansätze einer schwierigen Beziehung im Zeichen der Nachhaltigkeit

In der Familientherapie gibt es die von Bert Hellinger¹ entwickelte Methode der Familienaufstellung. Aus der Verortung der Mitglieder im Raum entsteht ein Beziehungsbild. „Ein inneres dysfunktionales und problematisches Beziehungsbild wird in den Raum gestellt und so lange verändert bis sich eine bestmögliche Lösung zeigt“².

Es ist doch interessant zu fragen, welches Bild über das Beziehungsnetz von Mutter Natur und Vater Staat mit ihren vielen „Kindern“, also den Menschen, den Unternehmen, den Haushalten, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, den Vereinen und NGO's wir in unseren Köpfen tragen.

Oder zu fragen, wie sich die Bilder der Standardökonomik und der ökologischen Ökonomik unterscheiden mögen. Kennt die traditionelle Ökonomik überhaupt das Bild eines Beziehungsgeflechts zwischen Mutter Natur, Vater Staat und den Wirtschaftssubjekten? Ich kann

ein solches Bild nicht erkennen. Vielmehr sehe ich eine Komposition aus drei getrennten Teilen, die je nach Fragestellung durch einen Pinselstrich miteinander verbunden werden.

Das erste und zentrale Teilbild zeigt, wie die Wirtschaftssubjekte untereinander und füreinander produzieren, konsumieren, freizeiten und erwerbsarbeiten, wettbewerben, kooperieren und fusionieren. Der Vater Staat ist in diesem Teil nicht zu sehen.

Ihn sieht man im zweiten Teilbild, das wie gesagt – bei Bedarf - durch Pinselstriche mit dem ersten verbunden, faktisch additiv hinzugefügt wird. Der Vater Staat steht außerhalb, als eine autonome Instanz, deren Rolle als Regelsetzer unbestritten ist. Auch in Fällen des Marktversagens ist seine Existenz gefragt.

Aber darüber hinaus sieht die heute dominierende Standardökonomik den Staat eher als störenden Einwirkter von Außen und therapiert Deregulierung und Privatisierung. Keynesianische Therapeuten hingegen sprechen ihm auch die Möglichkeit des stabilisierenden Einwirkens zu.

Man muss schon genau hinsehen, um das dritte Teilbild zu entdecken. Es zeigt die Mutter Natur. Mit ihr ist es so, wie wir mit den Selbstverständlichkeiten der Mütter oftmals umgehen. Die Natur zeigt ihr Wesen gerade in ihrer unhinterfragten aber unabdingbaren Existenz, im Unökonomischen und Gewöhnlichen, darin dass sie keine Gegenleistung fordert. Diese Selbstverständlichkeiten werden von der Standardökonomik nicht gesehen, als unhinterfragte Ausgangsbedingung dem volkswirtschaftlichen Datenkranz³ zugeordnet, sehr

² Bender, Martin (2001) S.1

³ „Daten werden nicht willkürlich gesetzt, sondern in der Analyse der Wirklichkeit gefunden. Es sind diejenigen Tatsachen, die den ökonomischen Kosmos bestimmen, ohne selbst unmittelbar von ihm bestimmt zu sein. Ein Datenkranz umlagert gleichsam die Wirtschaft.“ Eucken, Walter (1961), S. 30 f

¹ Hellinger, Bert (2000)

wohl in der Ökonomie aber selbstverständlich in Anspruch genommen. Wahrnehmung entsteht erst, wenn aus Überforderung, Zeit- und Potenzialbegrenzungen oder aus krankheitsbedingten Störungen diese Selbstverständlichkeiten ausbleiben. Plötzlich sieht man dann externe Kosten und diskutiert über Möglichkeiten ihrer Internalisierung. Genau dieses Bild von der Blindheit bei gleichzeitig selbstverständlicher und unhinterfragter Inanspruchnahme der Natur prägt die traditionelle Ökonomie.

Im Gegensatz zur Drei-Bilder-Komposition der Standardökonomie hat die Ökologische Ökonomie ein Bild, die ganzheitliche Perspektive. Zu ihr passt das Bild der Familie mit ihrem komplexen Beziehungsgeflecht. Die Mutter Natur durchwirkt das Bild ohne sich selbst in den Vordergrund zu stellen. Sie ist mit allen verbunden und für alle da. Die Menschen nehmen ihre Leistungen entgegen und liefern ihre Sorgen und Nöte, eben die Abfälle bei ihr ab. Das Bewusstsein, dass auch diese Mutter ihre Grenzen – sowohl in der Nutzbarkeit als auch in der Belastbarkeit – hat, dass sie, wenn es an ihre Existenz geht, sich auch wehren wird, verbindet die inzwischen vielfältigen Themenfelder der Ökologischen Ökonomie.

Und welche Rolle spielt der Staat in diesem Beziehungsgeflecht? Welche Rolle sollte er spielen?

Mit der Formulierung des Themas unserer Tagung begeben wir uns in die Position des Therapeuten, der sieht, dass es aus dem Blickfeld der ökologischen Ökonomie mit der Beziehungsstruktur dieser Familie nicht zum Besten bestellt ist, der aber folgendes weiß:

- dass die Beziehungen unauflösbar sind,
- dass die Beziehungen im ständigen Wandel sind. Sie intensivieren sich, entkoppeln sich zeitweilig, entstehen neu aber anders

und jede Änderung verändert das Beziehungsnetz als Ganzes. Die Familienpsychologie spricht von der Familie als Mobile. Wird ein Teil angestoßen, was ständig der Fall ist, gerät das Ganze in Bewegung.

- die Beziehungen sind pfadabhängig und nur im historischen Kontext verstehbar und sie können zu irreversiblen Verletzungen führen,
- sie erreichen nie ein Optimum, einen Idealzustand, sie bleiben im Fluss.

Dieses komplexe in ständiger Bewegung befindliche Beziehungsnetz vor Augen beschreibt die regulative Idee der Nachhaltigkeit, die langfristige soziale, ökologische und ökonomische Gesunderhaltung und Entwicklung des Lebensverbundes also des Ganzen, das hier mit dem Bild der Familie assoziiert werden sollte.

Im Unterschied zur Standardökonomie gründet die Ökologische Ökonomie auf einem integrativen Verständnis von natürlicher sozioökonomischer und kultureller Entwicklung. Der pre-analytic cognitive act⁴ ist die Existenz eines Beziehungsgeflechtes zwischen Mensch, Gesellschaft und Natur.

In das Beziehungsgeflecht eingewoben sind bestimmte vom Menschen geschaffene Organisationen, die wiederum untereinander Beziehungsgeflechte bilden und im abstrakten Sinne funktionale Einheiten darstellen. Eine solche funktionale Einheit repräsentiert beispielsweise das Marktsystem als Zusammenschau der am Markt operierenden Unternehmen und deren Nachfrager. Eingewoben in dieses Beziehungsgeflecht von Natur, Gesellschaft und Mensch sind auch die von Menschen geschaffenen Organisationen, die wir unter dem Be-

⁴ Schumpeter, Alois (1954), S. 41 und Daly, Herman E. (1996), S. 46

griff des Staatssektors zusammenfassen. Er selbst stellt ein äußerst komplexes Gebilde dar, mit zahlreichen vertikal und horizontal vernetzten Subsystemen, die zudem in vielfältiger Weise untereinander und mit ihren Systemumwelten verflochten sind. Im groben Raster sind beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland der Bund, die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände aber auch die parafiskalischen Organisationen als Subsysteme zu sehen und jedes dieser Subsysteme weist wiederum eine hohe Binnenpluralität auf.

Im Rahmen dieser Tagung möchten wir im Sinne einer Mustererkennung der Frage nachgehen, ob sich aus der ganzheitlichen Perspektive der Ökologischen Ökonomie neue oder andere Wahrnehmungen des Staats- und Politikverständnisses, der Rolle des Staates und der Ansichten über staatliche Wirtschaftspolitik ableiten lassen.

Es ist mir bewusst, dass jede Diskussion um den Staat unter einer eigentümlichen Unbestimmtheit ihres Gegenstands leidet. „Der Staat erscheint als Sache, Subjekt, kollektiver Akteur oder lebendiger Organismus, als Anstalt, Apparat, Wirkungszusammenhang oder juristische Person, als Institution, Bedingungsgefüge, soziales System, politischer Verband, als bloße Fiktion oder Konstruktion“⁵. Auch „die Unterscheidung von Staat und politischem System bzw. dem politisch-administrativen System reicht eher in den Bereich semantischen Ermessens. Die Frage „Was kann und soll Politik?“ wird von der Frage „Was kann und soll der Staat?“ nicht hinreichend unterschieden“⁶.

So hilfreich eine exakte Präzisierung dessen, was wir unter Staat verstehen, sein mag, sie wird immer unzureichend und abhängig von

der Fragestellung bleiben. Insofern möchte ich bewusst für ein unscharfes Bild vom Staat plädieren und ihn in meiner Vorstellungswelt als Gesamtorganismus betrachten, der an der Entwicklung des Ganzen mit und auf die Entwicklung des Ganzen auch einwirken will.

Möglicherweise gefällt Ihnen der Begriff Organismus im Zusammenhang mit dem Staat nicht. Sie haben damit recht, wenn man das Bild des bürokratisch organisierten und strukturierten Staates vor Augen hat. Diese Organisationen im Sinne der Weberschen formalen Rationalität sind aus dem mechanistischen Weltbild geboren und finden ihren besten Ausdruck im Begriff des Staatsapparates. Um im Bild des Vaters Staat zu bleiben, könnten wir auch vom patriarchalischen Staat reden, in dem Macht und Meinungskompetenz an der Hierarchiespitze akkumuliert sind. Gedacht und konzeptionalisiert wird von wenigen Köpfen ganz oben. Von den Unterstellten sind Nachvollzug und Umsetzung verlangt. Innovation muss notwendigerweise von oben kommen, was einem enormen Verlust an Innovationspotenzial gleichkommt und uns über die Starrheit, Verkrustetheit eben die Nichtwandlungsfähigkeit des Staatssystems verzweifeln lässt.

Aber wir leben nicht mehr im 19. und auch nicht im 20. Jahrhundert. So wie die Rolle der Väter im Beziehungsgeflecht der Familie sich gewandelt hat oder besser sich in Wandel befindet, ist das traditionelle Bild des Vaters Staat, der weiß wo es längst geht, inzwischen obsolet. Wir befinden uns in einer Übergangsphase, in der die beharrenden Kräfte der alten Erziehungsmuster mit neuen Vorstellungen, Einstellungen und Einsichten moderner Väter zusammenprallen. Jänicke spricht von einem

⁵ Eichmann, Rainer (1994) S. 177 f

⁶ Ebenda

System von Verlegenheitslösungen, das seine Form sucht.

Das Bild des zukunftsfähigen Staates ist für mich der eingebettete Staat. Das heißt, der Organismus als lebendiges System, das sich als kulturelle Organisation einfügt und auf die Gesunderhaltung von Ökosystem, Wirtschaft und Gesellschaft einwirkt. Die Frage, die wir uns zu stellen haben, ist, wie soll das gehen? Spontan lautet meine Antwort: Wir brauchen eine politische Kultur der Nachhaltigkeit. Das sagt sich leicht, aber ich weiß um die Schwierigkeit der Entfaltung dieser Thematik. Um so dankbarer bin ich, dass *Jürg Minsch* mit seinem Vortrag zum Thema „Stand und Entwicklungsperspektiven für eine politische Kultur der Nachhaltigkeit“ diesen schwierigen Part zu Beginn unserer Tagung übernommen hat⁷.

In den Impulsreferaten werden Zugänge zu den Fragen der Optionen und Hemmnisse zur Erhaltung bzw. Wiedergewinnung der gesellschaftlichen und natürlichen Reproduktionsbasis eröffnet und in bezug auf die staatlichen Steuerungsmöglichkeiten reflektiert. *Christiane Busch-Lüty* wird in ihrem Impulsreferat den Blick auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Humanpotenziale im Kontext des Ein- und Mitwirkens des Vaters Staat richten. Dabei geht es in einem ganz originären Sinne um die Bedingungen der Nachhaltigkeit unserer Gesellschaft. Familien- und Bildungspolitik beschreiben die Gestaltungsansätze des Staates, seiner Ein- und Mitwirkungsoptionen in Hinblick auf eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung. Wie die Debatte im Bundestag letzte Woche zeigte, handelt es sich um eine hochaktuelle Frage, die allerdings nicht wie in früheren Wahlkämpfen – wie in manche Kommentatoren meinen – nach dem Wahltag ad acta

gelegt werden kann. Denn offensichtlich beginnen Politik und Öffentlichkeit wahrzunehmen, dass die Selbstverständlichkeit, dass Kinder geboren, erzogen und gebildet werden nicht mehr selbstverständlich ist. *Karl Steininger* wird in seinem Impulsreferat mit der Perspektive auf die Naturpotentiale neue Gestaltungsansätze in den wichtigen Bereichen der Verkehrs- und Energiepolitik zur Diskussion stellen. Und schließlich werde ich im dritten Zugang die Ein- und Mitwirkungseffekte der staatlichen Finanzpolitik in bezug auf eine nachhaltige Entwicklung im Sinne des qualitativen und quantitativen Substanzerhalts der Natur- und Humanpotenziale skizzieren.

Wie *Christiane Busch-Lüty*, die erste Vorsitzende der VÖÖ, es schon zu Beginn unserer 1. Arbeitstagung 1997 formierte, sollten wir wieder versuchen, „den Prozess unserer Arbeitstagungen als einen selbstorganisierenden Verständigungs-, Such-, und Lernprozess zu wagen, abseits gesicherter fachdisziplinärer Positionen, mit dem Mut zum open end“ - und ich ergänze – zum kreativen Gedankenspiel, in dem ja immer auch die Chance neuer Denkansätze liegt. Die Gestaltung eines solchen selbstorganisierenden Verständigungs-, Such- und Lernprozesses ist nicht leicht. Umso dankbarer bin ich, dass *Fred Luks* die Aufgabe der Moderation der Diskussion im Plenum übernehmen wird und *Lisa Redler* uns ihre Erfahrung im partizipativen Gestaltungsprozess der Bildung von Arbeitsgruppen zur Verfügung stellt. *Lisa Redler* wird auch die Präsentation der Ergebnisse in den Arbeitsgruppen moderieren.

Sehr gespannt bin ich auf den Freitagmorgen. Denn, bevor die Arbeitsgruppen zu tagen beginnen, werden wir mit der Praxis konfrontiert. *Angelika Zahrnt*, die Vorsitzende des BUND und Mitglied im nationalen Nachhaltigkeitsrat,

⁷ Für die Dokumentation stellte uns Jürg Minsch den Beitrag „Gedanken zu einer politischen Kultur der Nachhaltigkeit – Ökologisch-ökonomischer Essay“ zur Verfügung

hat die Aufgabe übernommen, direkt auf den Donnerstagnachmittag aus ihrer Perspektive einer erfahrenen Politikerin zu antworten. Schließlich last but not least möchte ich mich bei *Adelheid Biesecker* bedanken. Sie wird am Samstagvormittag die Moderation der Umsetzungsvorschläge zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppen zu übernehmen. Schon einige Male durfte ich bewundern, wie es ihr gelungen ist, hochkomplexe Diskussionsvielfalt in

klare Strukturen zusammenzufügen. Deshalb können wir uns freuen, dass sie auch auf dieser Tagung diese schwierige Aufgabe übernimmt.

Ich wünsche uns allen eine schöne Tagung, atmosphärisch ein gutes Klima, die Entfaltung kollektiver Intelligenz und frischen Wind für neue Ideen und Gedanken, die wir von hier mit nach Hause nehmen können.

Literatur:

- Bender, Martin (2001): Hypnosystemisches trifft Familienstellen, in: Fachmagazin für Complementär-Medizin Co´Med, Nr.1, elektronisch veröffentlicht unter www.hpz.com
- Daly, Herman E. (1996): Beyond Growth, Boston
- Eichmann, Rainer (1994): Ordnung durch Beobachtung. Zur Funktion von Staat und Staatsaufgaben bei der Genese und Abstimmung politischer Prozesse, in: Dieter Grimm (Hrsg.), Staatsaufgaben, Baden-Baden 1994
- Eucken, Walter (1961): Nationalökonomie wozu?, 4.veränderte Aufl., Düsseldorf und München
- Hellinger, Bert (1994): Ordnungen der Liebe. Ein Kursbuch. Heidelberg, 6. erw. Auflage 2000
- Schumpeter, Alois (1954): History of Economic Analysis, London
- Weber, Gunthard (Hrsg.) (2000): Praxis der Organisationsaufstellungen. Grundlagen, Prinzipien, Anwendungsbereiche, Heidelberg

Gedanken zu einer politischen Kultur der Nachhaltigkeit Ökologisch-ökonomischer Essay

von Jürg Minsch

1. Wir sollten die Federalist Papers wieder lesen

In der Zeit als sich die Vereinigten Staaten von Amerika zu konstituieren begannen, genauer: als sie sich auf den Ideen des freien Individuums und des friedlichen Zusammenlebens als Demokratisches Staatswesen zu konstituieren begannen, gaben Alexander Hamilton, James Madison und John Jay die sog. Federalist Papers heraus: Eine intensive Auseinandersetzung mit der Frage, was ist eine Demokratie, was macht sie aus, wie lässt sie sich realisieren? Dies war gegen Ende des 18. Jahrhunderts.

Interessant für uns hier sind nicht die Details dieser Auseinandersetzung. Interessant ist der Prozess: von der Diskussion über unendlich viele Detailfragen (darüber was alles eine Demokratie ausmacht) hin zum Auffinden einzelner weniger, aber zentraler abstrakter Ideen oder Konzepte, die das Wesen der heftig diskutierten Demokratie ausmachen. Die Rede ist von den **„Erfindungen gegen den Machtmissbrauch“**, die etwa sind: Individuelles Wahl- und Stimmrecht, Gewaltenteilung, Föderalismus. Die Verfassungen demokratischer Staaten sind gewissermaßen Protokolle eines erfolgreichen Suchprozesses nach den zentralen Institutionen (gesellschaftlichen Regeln) der Demokratie.

Wir sollten die Federalist Papers wieder lesen. Nicht, weil sie sich explizit über Nachhaltige

Entwicklung geäußert haben, sondern weil sie die Notwendigkeit und die Chancen eines gesellschaftlichen Dialogs- und Suchprozesses demonstrieren, immer dann, wenn es darum geht, grundsätzliche, aber abstrakte (regulative) Ideen mit Inhalt zu füllen. Wenn es darum geht, konstruktiv mit unterschiedlichen konkretisierenden Vorstellungen und Interessen umzugehen.

2. Nachhaltige Entwicklung als regulative Idee

Die Brundtland-Kommission formulierte die inzwischen berühmt gewordene Definition für Nachhaltige (oder auch dauerhafte) Entwicklung:

„Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ (Brundtland-Bericht, 1987, S. 46)

Liest man dieses Postulat vor dem Hintergrund jener kulturellen Errungenschaften, die wir mit Demokratie umschreiben und in unseren Verfassungen niedergeschrieben haben, dann kann Nachhaltige Entwicklung als **Bekräftigung der Leitidee einer freiheitlich, demokratisch verfassten Gesellschaft** vor dem Hintergrund insbesondere der neuen ökologischen Gefährdungen interpretiert werden. Aus dieser Sicht ist die Idee der Nachhaltigen Entwicklung also keinesfalls eine revolutionäre

oder elitäre, es geht vielmehr um die Sicherung des Projektes Würde des Menschen, Freiheit, Demokratie in heutiger Zeit! Gefragt sind konkret **„Erfindungen gegen die Tyrannei der kleinen Entscheidungen“** mit ihren zunehmend existentiell gefährdenden ökologischen Nebenfolgen. Gefragt sind – im Rahmen der Perspektive dieses Referates – neue Regeln (Institutionelle Innovationen) des gesellschaftlichen Zusammenlebens und des Wirtschaftens. Noch leben wir nicht „in Frieden mit der Natur“. Noch steht das Wirtschaften in der industrialisierten Welt im Zeichen des – so könnte man es nennen – **„Merkantilismus-syndroms“**:

3. Das „Merkantilismus-Syndrom“

Die Forderung nach billigen Zentralressourcen und ihre Befriedigung durch die Wirtschaftspolitik haben eine lange Tradition. Sie reichen zurück in die Zeit des Merkantilismus. Allgemeines Ziel war es, durch Erhöhung der einheimischen Produktion – insbesondere beim Gewerbe und bei den Manufakturen – das eigene Land vom Import wichtiger Manufakturwaren unabhängig zu machen (Issing 1984: 35 ff.). Neben einer protektionistischen Politik der aktiven Handelsbilanz existierte immer auch, und zunehmend erfolgreicher, eine Politik der billigen Produktionsfaktoren. Sie sollte die Wettbewerbsfähigkeit der Exportgüter auf den internationalen Märkten gewährleisten. Zentral war die Forderung nach einem möglichst niedrigen Lohnniveau, das durch eine Politik der Arbeitsdisziplinierung und der Bevölkerungsvermehrung angestrebt wurde. Ergänzt wurde diese „Ökonomie der niedrigen Löhne“ (Heckscher 1932: 130 ff. insbes. S. 150), die den Reichtum des Staates auf der Armut des Volkes aufbaute, durch Ver-

billigungsstrategien bei den Lebensmitteln, aber auch bei anderen Gütern. Dies erlaubte es, die Löhne tief und die Armut in gewissen Grenzen zu halten.

Im Laufe der Zeit eröffnete sich ein neues Feld merkantilistischer Verbilligungsstrategien: Der Energieträger und Rohstoff Holz. Die Holzpolitik an der Schwelle zur Industriellen Revolution ist das paradigmatische Vorbild der heutigen Politik der Verbilligung von Zentralressourcen. Im 18. Jahrhundert wurde die damals zentrale Ressource Holz zunehmend knapp, was sich in steigenden Holzpreisen bemerkbar machte. Man schritt daher zu einer dirigistischen Zuteilung, die das Holzangebot für die strategisch wichtigen Erwerbszweige erhöhte (und damit verbilligte) bei gleichzeitiger Einschränkung des Holzangebots (und strikter Reglementierung der Holzverwendung) für nichtprivilegierte Wirtschaftsbereiche. Diese Strategie überwand nicht die Knappheit an sich, sondern verschob sie zu den Unterprivilegierten, wo sie sich zu einer eigentlichen Holzkrise verschärfte. Das Unterfangen musste längerfristig scheitern. Die weiterhin zunehmende Holzknapppheit erzwang – in England früher als auf dem Kontinent – einen Anstieg der Holzpreise und bewirkte Sparanstrengungen sowie den vermehrten Einsatz des damaligen alternativen Energieträgers Kohle: des „unterirdischen Waldes“ (Sieferle 1982).

Beides, die Verbilligungsstrategie und die Bekämpfung ihrer Nachteile durch Reglementismus sind in ähnlicher Weise auch die Merkmale der heutigen „Arbeitsteilung“ zwischen einer nach wie vor merkantilistisch fundierten Wirtschaftspolitik und einer nachträglich korrigierenden, feinsteuernden Umweltpolitik. Der moderne Staat hat das merkantilistische Re-

zept der Verbilligung von Zentralressourcen aufgenommen, instrumentell verfeinert, verallgemeinert und demokratisiert. An die Stelle privilegierter Zuweisung der Zentralressourcen an die exportorientierten Wirtschaftszweige ist eine Politik der möglichst ungehinderten Naturbeanspruchung durch alle getreten (Minsch et al.) 1996). Konkret angesprochen sind: die Politik der billigen Energie, die Politik der billigen Rohstoffe und der billigen Abfall- und Abwasserentsorgung, die Politik der billigen Mobilität, die Politik der unbeschränkten Raumer-schließung und schließlich die Politik der billigen technologischen Großrisiken (Haftungsbeschränkung).

Das Instrumentarium dieser Politik reicht von der Nichtberücksichtigung negativer Externalitäten über verschiedene Formen indirekter und direkter Verbilligung (Steuerbefreiungen und -vergünstigungen, Subventionen) bis zur angebotsorientierten Infrastrukturpolitik. Ein aktuelles Beispiel hierfür sind die über Subventionen aufgebauten, jegliche Nachhaltigkeitsgedanken spottenden Überkapazitäten bei den Fischfangflotten, auch jener Europas. Die Folgen: Überfischung der eigenen Fanggründe und Ausweichen auf neue Fischgründe bei Verdrängung der technisch weniger hochgerüsteten, dafür potentiell nachhaltigen lokalen Kleinfischerei (bspw. in den Küstengewässern Afrikas) mit verheerenden ökonomischen und sozialen Konsequenzen. Ein weiteres Beispiel: Das wirtschaftliche Wachstum in China führte dazu, dass sich dieses Land innerhalb weniger Jahre von einem Erdölexportland zu einem -importland entwickelte. Bis zum Jahr 2010, so die Prognosen, wird China die Hälfte seines Erdölbedarfs importieren müssen. Die „Jugendzeitung“ kommentiert hierzu, dass Peking im Krisenfall gezwungen sein wird über „diplo-

matische, wirtschaftliche und militärische Maßnahmen nachzudenken, um den Ölnachschub und das Wachstum seiner Wirtschaft zu sichern.“ (Der Standard, 4. Oktober 2002, S. 22). Die Beispiele lassen sich beinahe beliebig vermehren und alle zeichnen sich durch eine gefährliche dreifache – ökologische, ökonomische und soziale/gesellschaftliche - **Destabilisierungswirkung** aus.

Verstärkt werden diese Prozesse durch die **Globalisierung**. Wenn es schon nicht möglich erscheint - ein weiteres Beispiel - nur schon im europäischen Kontext eine Verkehrspolitik zu realisieren, die glaubhaft eine Lösung etwa des Problems des alpenquerenden Verkehrs verspricht, wie sollen denn die zum Teil diffusen Ängste vor den Folgen der Globalisierung allgemein (die durch Fortschritte in der Informationstechnologie noch beschleunigt wird) durch beschwichtigende Politikerworte und Versprechungen besänftigt werden können. Das streng bewachte Hotelschiff, das die notabene demokratisch gewählten Regierungschefs des G8-Gipfels von Genua im Sommer 2001 beherbergte, oder das zur Trutzburg ausgebaute Davoser Kongresszentrum zur Zeit des World Economic Forum sind Symbole für die zunehmende Ohnmacht gegenüber einer scheinbar steuerlos gewordenen nicht-nachhaltigen (ökologisch, ökonomisch und sozial) globalen Entwicklung. Pikante Pointe einer sich unter heutigen Bedingungen globalisierenden Wirtschaft: Man suchte billige Arbeitskräfte und niedrige Umweltstandards und fand politische und soziale Unsicherheit. Globale Wertschöpfungsketten werden dadurch in zunehmendem Masse gefährlich störungsanfällig.

Diese ökologische, soziale und ökonomische Gefährdung des „guten Lebens“ macht Nachhaltige Entwicklung zur **Chefsache** und zwingt zu substantiellen, das heißt die tieferen Ursachen anpackenden Umsetzungsschritten. Die Lösung liegt nicht in einem Mehr an feinsteuender Umweltpolitik. Auch ihre instrumentelle Modernisierung (vermehrt marktwirtschaftliche Instrumente) bei unveränderter inkrementalistischer Einsatzdoktrin greift in einer „full world economy“ (Daly 1992) zu kurz. Systematische Überforderung und eine schleichende Tendenz zur Unterminierung des marktwirtschaftlichen Systems sind zu konstatieren. Denn eine Strategie der Detailregulierung widerspricht den Grundprinzipien der Marktwirtschaft, die auf Rahmenbedingungen setzt, welche sich durch möglichst wenige, allgemeine Regeln auszeichnen.

Ebenso wie die Politik des billigen Holzes letztlich an den ökologischen (absoluten) Knappheiten scheiterte und eine nachhaltige Waldbewirtschaftung erzwang, stößt heute die Politik der billigen Naturzufuhr an ihre Grenzen. Die Herausforderung ist jedoch anspruchsvoller. Denn Ursachenorientierung im wörtlichen Sinne empfiehlt eine „ökologische Grobsteuerung“, die alle oben identifizierten Politikfelder (mit ihren Akteuren in Wirtschaft und Politik) in die Pflicht nimmt. „Naturdienste“ steht als ideen- und handlungsleitendes Stichwort über diesem Projekt. Konkreter: „Energiedienste“ statt billige Energie, „Materialdienste“ statt billige Rohstoffe und Billigentsorgung, „Mobilitätsdienste“ statt billiger Verkehr, „Raumdienste“ statt ungezügelter Raumerschließung und schließlich „Vermeidung von Großrisiken“. Davon sind wir noch weit entfernt. Noch wird die ökologische Frage an die spezialisierte Umweltpolitik **abgeschoben**.

Neben der Problemabschiebung an Spezialpolitiken weisen weitere Symptome der Hilflosigkeit auf schwerwiegende institutionelle Defizite hin: die **„Entdeckung“ der Zivilgesellschaft** und der **regionalen und lokalen Ebene** als Auffangbecken für ungelöste Probleme, die Anrufung der **internationalen Politik** als Ort zur Lösung unbeabsichtigter Nebenfolgen meist eben doch nationaler Fehlentwicklungen und schließlich die **Abschiebung an Kommissionen**. Dabei werden durchaus wichtige Orte/Akteure identifiziert, und es wird auch die Tür aufgestoßen zu neuen Institutionen. Aber noch geschieht dies nicht im Sinne einer echten Inwertsetzung dieser Akteure bzw. Institutionen. Noch sind sie eher Altlastenverwalter als Mitgestalter einer Nachhaltigen Entwicklung.

4. An den Federalist Papers weiter schreiben: Erfindungen gegen die Tyrannei der kleinen Entscheidungen

Sind demokratisch-rechtsstaatliche Systeme, in der Art wie sie heute verfasst sind, in der Lage, die Herausforderungen der Zukunft zu erkennen und erfolgreich zu meistern? Sind, nun genauer gefragt, die institutionellen Voraussetzungen gegeben, um einen gesellschaftlichen Lern-, Such- und Gestaltungsprozess in Richtung Nachhaltigkeit zu ermöglichen?

Tatsache ist, dass im Bereich der Politik – also in jenem Bereich, der für die Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme zuständig ist – neue Spielregeln (Institutionen) entstehen und an Bedeutung zunehmen. In Abgrenzung vom herkömmlichen staats- und rechtstheoretischen Politikbegriff, der staatliches Handeln als das Fällen verbindlicher Entscheidungen

durch die Legislative und deren Um- und Durchsetzung durch die Exekutive auffasste, wurden bereits in den siebziger Jahren Formen politischer Steuerung beobachtet, die sich diesem Schema entzogen. Der „verhandelnde Staat“ zeichnet sich dadurch aus, dass in den Normen- und Aufgabenvollzug neben der Kontrolle auch Elemente der Verhandlung zwischen staatlichen Akteuren und Normadressaten einfließen. Gründe dafür sind die Abhängigkeit des Staates von Informationen der gesellschaftlichen Akteure und die Notwendigkeit, diese zu eigenen Leistungen und Verhaltensänderungen zu motivieren. Entsprechend verändern sich die staatlichen Steuerungsfelder. Neben regulatorische, distributive und redistributive Politik tritt Koordination und Moderation der gesellschaftlichen Akteure.

Dieser Trend ist als Übergang von der zentralen Steuerung hin zur Hilfe zur Selbststeuerung beschrieben worden. Und da sich im wesentlichen nicht die Rechts- und Legitimitätsgrundlagen, sondern die Problemlagen und die Instrumente staatlichen Handelns gewandelt haben, kann von einem „Formwandel politischer Steuerung“ gesprochen werden. Es zeigt sich, dass Politik immer weniger auf das Handeln von staatlichen Akteuren beschränkt ist. Die Problembearbeitung wird zunehmend in Kooperation mit anderen Akteuren, oft sogar ganz in Selbstorganisation durch andere Akteure (z.B. Kommunen, Netzwerke, Unternehmen, Branchen, Verbände) vorgenommen.

Bei institutionellen Innovationen im Zeichen der Nachhaltigen Entwicklung muss es deshalb darum gehen, jene Regeln (Institutionen) der Problembearbeitung zu entwickeln, die für bestimmte Probleme angemessen sind – ohne vorgängige Beschränkung auf staatliche Ak-

teure, allerdings auch ohne den Maßstab rechtsstaatlicher Prinzipien für solche Arrangements aufzugeben. Ausgangspunkt zur Konzeptualisierung eines Transformationsprozesses in Richtung Nachhaltige Entwicklung ist ein **polyzentrisches Politikverständnis**, das die Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme nicht auf staatliches Handeln beschränkt, sondern von unterschiedlichen Akteuren ausgeht und bei allen Phasen gesellschaftlicher Problemlösung ansetzt.

Dass ein Wandel in der Politikform stattfindet haben wir festgestellt. Aber geht er bezüglich Nachhaltige Entwicklung auch in die richtige Richtung? Darüber im folgenden ein paar Gedanken und Anforderungen an eine nachhaltigkeitsorientierte Institutionenentwicklung: Wie eine zukunftsorientierte Institutionenlandschaft im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung aussehen kann und welche Rolle die einzelnen Akteure dabei spielen, ergibt sich aus der Analyse der Konstruktions- und Funktionsprinzipien moderner Gesellschaften. Diese zeichnen sich durch eine Art der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung aus, die als funktionelle Differenzierung bezeichnet wird (Luhmann 1984). Gemeint ist ein gesellschaftlicher Entwicklungsprozess, der Teilsysteme herausbildet, die sich auf die Erfüllung bestimmter Funktionen spezialisieren (Politik, Recht, Wirtschaft, Wissenschaft u.s.w.). Als Vorteile dieser Differenzierung gelten in Analogie zu den Vorteilen der Arbeitsteilung: Spezialisierung, Dynamisierung, gesteigerte Effizienz und Effektivität (zumindest auf Funktionssystemebene). Die Dynamik dieser ausdifferenzierten Teilsysteme bringt im Hinblick auf Nachhaltige Entwicklung jedoch auch Nachteile mit sich, die überwunden werden müssen. Im Rahmen einer Studie im Auftrag der Enquete Kommission „Schutz

des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages wurden zu diesem Zwecke vier allgemeine institutionelle Innovationsperspektiven („Basisstrategien“) erarbeitet - „Reflexivität“, „Selbstorganisation“, „Konfliktregelung“ und „Innovationsförderung“ - und durch rund sechzig Vorschläge für institutionelle Reformen und Innovationen konkretisiert. Die folgenden Ausführungen geben einen stichwortartigen Überblick (vgl. Minsch et al. 1998).

A) **“Reflexivität”: ganzheitliche Wahrnehmung von Problemlagen und Entwicklungschancen**

Ein erstes Defizit heutiger funktional ausdifferenzierter Gesellschaften ist es, dass ein ganzheitliches Wahrnehmen von und Wissen über Problemlagen (und Entwicklungschancen) nicht sichergestellt ist. Zwischen den gesellschaftlichen Teilsystemen (wie Politik, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft), aber auch zwischen den einzelnen Politikressorts bestehen tiefgreifende Kommunikations- und Interessenbarrieren. Wissen wird in den jeweiligen Systemen und Ressorts selektiv produziert, aufgenommen und in der Regel nur im Hinblick auf die jeweiligen Teilsystemzwecke verarbeitet. Ökologische, ökonomische und soziale Nebenwirkungen, die sich in anderen Teilsystemen (Ressorts) zeigen, werden daher kaum oder nicht problemgerecht wahrgenommen. Institutionelle Innovationen müssen daher auf eine Erhöhung der Kapazitäten zur integralen Wahrnehmung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen hinwirken.

Zur Erhöhung der Reflexivität kann unmittelbar auf der Ebene der Informationen angesetzt werden. **Nachhaltigkeitsorientierte Systeme**

der Berichterstattung wirken in zweifacher Weise: Die Berichtersteller selbst werden sich der Folgen ihres Handelns bzw. geplanten Handelns bewusst und die Veröffentlichung der Berichte erhöht die Reflexivität in den politischen Entscheidungsprozessen allgemein. Beispiele:

- *Partizipative Erarbeitung und Auswahl von Nachhaltigkeitskriterien und -indikatoren,*
- *Partizipative Erarbeitung von Umsetzungsstrategien (bspw. der Ökologischen Steuerreform),*
- *ökologische und soziale Produktkennzeichnung (Labels),*
- *Nachhaltigkeitsberichte von Ministerien, Ämtern aber auch von Unternehmen, Unternehmensnetzwerken und Branchen und Kommunen.*

Es kann angezeigt sein, **spezielle Gremien** zu schaffen, die möglichst unabhängig vom ressortgeleiteten politischen Alltagsgeschäft dem ganzheitlichen nachhaltigkeitsorientierten Wahrnehmen und Denken verpflichtet sind und sich in geeigneter Form in den politischen Prozess einbringen. Sinnvollerweise werden solche Gremien möglichst früh in die politische Entscheidungsvorbereitung einbezogen. Beispiel:

- *Rat für Nachhaltige Entwicklung*

Eine wichtige Voraussetzung für erhöhte Reflexivität ist entsprechendes Wissen. Dies zu erarbeiten ist Aufgabe einer vermehrt **nachhaltigkeitsorientierten Forschung und Wissenschaft**.

B) “Selbstorganisation und Konfliktreglung”: handlungsfähige Koalitionspartner für eine Politik der Nachhaltigkeit

Ein zweites Defizit ist das Fehlen handlungsfähiger Koalitionspartner für eine Politik der Nachhaltigkeit. Die Teilsysteme sehen oft keine oder zu wenige „Stellen“ vor, die Nachhaltigkeitsanliegen wirkungsvoll in die jeweiligen Entscheidungsprozesse einbringen könnten. Dies würde als Störung empfunden. Außerdem wird oft das gestalterische Potential vorhandener Akteure infolge **mangelnder Vernetzung** verschenkt. Ein wichtiger Grund dafür liegt darin, dass Nachhaltigkeitsanliegen als gesellschaftliche Interessen tatsächlich vergleichsweise schlecht organisierbar sind (Problematik der öffentlichen Güter). Institutionelle Innovationen sollten dem Rechnung tragen und die Fähigkeit zur Selbstorganisation stärken. Wegweisende Beispiele hierzu sind etwa:

- *Lokale Agenda 21-Prozesse,*
- *Plattformen für eine nachhaltige Nutzung von Kulturlandschaften*
- *Regelverantwortung der Wirtschaft durch Selbstverpflichtung und Vorreiterrolle,*
- *Branchendiskurse,*
- *Formen der partizipatorischen Projekt- und Strategieentwicklung.*

Selbst wenn die Möglichkeiten und die Fähigkeiten zur Selbstorganisation gegeben sind, kann fehlende, **mangelhafte bzw. unausgewogene Ressourcenausstattung** nachhaltigkeitsorientiertes Handeln erschweren. Die wichtigsten dieser Ressourcen sind Expertise, juristische Klagemöglichkeiten, Zugang zu politischen Willensbildungsprozessen und finanzi-

elle Ressourcen. Beispiele zur Überwindung dieser Probleme sind:

- *Stärkere Einbindung von NGOs in nationale und internationale Verhandlungsprozesse,*
- *Diskursive Öffnung von Gesetzgebungsverfahren,*
- *Vorschlagerechte der NGOs bei Gremienbesetzungen,*
- *Ausgleich von Ungleichgewichten im Bereich der Werbung,*
- *Nachhaltigkeits-Ombudsmänner in Departements (Ministerien).*

Schließlich können aber auch **Interessengegensätze** zu Handlungs- und Politikblockaden führen. Hier verdienen diskursiv orientierte Methoden Erwähnung, die eine partizipative und aufgeklärte Form der Lösung gesellschaftlicher Probleme bezwecken, wie bspw.

- *die verschiedensten Formen von sogenannten Mediationsmodellen.*

C) “Innovation”: Handlungsanstöße in Richtung Nachhaltigkeit

Schließlich behindert das Fehlen gangbarer sozialer und technisch-ökonomischer Alternativen nachhaltigkeitsorientiertes Handeln. Die moderne Kooperationsforschung zeigt, wie wichtig **Akteurspartnerschaften** für Innovationsprozesse sind: **Kooperations- und Vernetzungsstrategien** mobilisieren das innovative Potential von Allianzen. Auch aus dieser Perspektive kommt den bereits erwähnten Formen der Selbstorganisation besondere Bedeutung zu, wie

- *regionalen Akteurnetzen,*
- *Lokalen Agenda 21-Prozessen und*
- *Plattformen für eine nachhaltige Nutzung der Kulturlandschaften.*

Aber auch die unter dem Aspekt der Reflexivität erwähnten Informationsstrategien können, entsprechend ausgestaltet, starke Innovationsanreize entfalten. Zu denken ist etwa an

- Formen des *Unternehmens-Rankings* oder an *Benchmark-Systeme*
- *Benchmark-Systeme für Lokale Agenda 21-Prozesse.*

Strategien des **institutionellen Wettbewerbs** sind eine Möglichkeit zur Förderung sozialer Innovationen. Unterschiedliche institutionelle Designs erhalten die Möglichkeit, ihre Vorteilhaftigkeit im direkten Wettbewerb zu beweisen zum Beispiel *zwischen Gebietskörperschaften*, denkbar sind aber auch Systeme eines „*funktionalen Föderalismus*“.

Internalisierungsstrategien zielen darauf ab, heute unregulierte ökologische und soziale Effekte in die Handlungskalküle der einzelnen Akteure zu integrieren. Es ist dies der systematische Ort der meisten im Rahmen der Umweltökonomie diskutierten sog. **marktwirtschaftlichen Instrumente**, wie zum Beispiel:

- *Ökosteuern, Abgaben, Gebühren, Emissions-Zertifikatslösungen, Eigentumsrechte, Haftungsrecht* sowie spezifische Weiterentwicklungen wie vor allem *die ökologische Steuerreform.*

Schließlich bezwecken **Förderstrategien** die unmittelbare Förderung konkreter Innovationen durch die Bereitstellung finanzieller Ressourcen. Zu diesen nicht unproblematischen, oft langfristig kontraproduktiven und deshalb im Einzelfall genau abzuklärenden Strategien gehören namentlich

- *Ökologische Direktzahlungen,*
- *Unterstützung nachhaltigkeitsorientierter Innovationsnetzwerke und*

- *Vergünstigung von Risikokapital für nachhaltigkeitsrelevante Unternehmen/Projekte.*

5. Nachsatz zuhanden der in Arbeit befindlichen nationalen Nachhaltigkeitsstrategien

Nachhaltige Entwicklung setzt eine transformationsfähige Wirtschaft und Gesellschaft voraus. Es bedarf hierzu eines kreativen, sich gegenseitig fördernden Zusammenspiels zwischen Innovationen auf der Ebene der Unternehmen und der BürgerInnen und auf der Ebene der Politik. Während die ökologischen Innovationsaktivitäten bei den Unternehmen an Bedeutung zunehmen – allerdings noch nicht systematisch in den Bereich der Funktionsinnovationen vorstoßen -, ist im Bereich der Politik ein Defizit auszumachen. Die Rahmenbedingungen wirken noch nicht in Richtung Nachhaltigkeit. Sie hemmen nachhaltigkeitswirksame unternehmerische Innovationsaktivitäten! Gefordert sind: Erstens inhaltlich eine Fokussierung auf die zentralen Bereiche der ökologischen Grobsteuerung und zweitens institutionelle Innovationen, die bei den ersten erfolgreichen Gehversuchen einer neuen polyzentrischen Politik ansetzen und systematisch im Hinblick auf die Aspekte „Reflexivität“, „Selbstorganisation“, „Konfliktausgleich“ und „Innovation“ hin weiterentwickelt werden. Dabei ist zu beachten, dass gesellschaftliche Innovationsfähigkeit keine Eigenschaft ist, die mit einer einzigen institutionellen Innovation herbeigeführt werden könnte. Insofern existiert kein einfacher „Königsweg“. Es bedarf eines sinnvoll komponierten Institutionenmix.

Im Hinblick auf die Umsetzung und Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrate-

gien lassen sich daher folgende Anforderungen formulieren:

1. **Schwerpunkte:** Eine klare Schwerpunktsetzung auf einige zentrale Maßnahmen bzw. Maßnahmenbündel im Sinne einer nachhaltigkeitsorientierten Grobsteuerung.
2. **Ziele:** Eine Konkretisierung der Zielvorgaben inhaltlich, zeitlich und bezüglich Verantwortlichkeiten.
3. **Handlungsebenen:** Es sind alle Ebenen des gesellschaftlichen Innovationssystems anzusprechen: die Mikroebene (Unternehmen, BürgerInnen), die Mesoebene (lokale Ebene, Netzwerke) und die Makroebene (Rahmenbedingungen, Institutionen).
4. **Prozess:** Klare Vorstellungen bezüglich Konzeptualisierung und geeignete Institutionalisierung der Nachhaltigkeitsstrategie als permanenten Lernprozess im Rahmen der drei Innovationsebenen.
5. **Commitment:** Ein starkes Commitment der Regierungschefs

Literatur:

- Brundtland-Bericht, hrsg. von Hauff, V (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven
- Daly, H.E. (1992): Steady-State Economics, GAIA 1 (1992) no. 6, S. 333
- Der Föderalist von Alexander Hamilton, James Madison und John Jay, hrsg. und mit einer Einführung versehen von Felix Ermacora (1958), Wien (Originalausgabe: The Federalist, ed. by Lodge, H.C. (1886) New York and London)
- Heckscher, E.F. (1932): Der Merkantilismus, erster Band. Jena
- Homann, K. (1996): Sustainability – Politikvorgabe oder regulative Idee? In: L. Gerken (Hrsg.): Ordnungspolitische Grundfragen einer Politik der Nachhaltigkeit, Nomos, Baden Baden
- Issing, O. (1984): Geschichte der Nationalökonomie. München
- Minsch, J. / Eberle, A. / Meier, B. / Schneidewind, U. (1996): Mut zum ökologischen Umbau. Innovationsstrategien für Unternehmen, Politik und Akteurnetze. Basel / Boston / Berlin
- Minsch, J. / Feindt, P.-H. / Meister, H.-P. / Schneidewind, U. / Schulz, T. (1998): Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit, Studie im Auftrag der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestages, Berlin / Heidelberg / New York
- Schneidewind, U. et al (1997): Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit: Vom Was zum Wie in der Nachhaltigkeitsdebatte, GAIA 6, 1997, no. 3, S. 182-196
- Sieferle, R.P. (1982): Der unterirdische Wald – Energiekrise und Industrielle Revolution. München

Nachhaltige Entwicklung und gesellschaftliche Humanpotentiale

Bevölkerung – Familien - Bildung

von Christiane Busch-Lüty

Blickrichtung und Ausgangspunkt dieses Beitrags ist die defizitäre demographische Entwicklung in Europa – insbesondere in Deutschland – in ihren Auswirkungen auf eine postulierte nachhaltige Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft, sowie die Perspektiven und Ansatzpunkte für nachhaltigere Gestaltungsoptionen durch staatliches Handeln. Da die quantitative wie die qualitative Dimension der Humanpotentiale zu berücksichtigen ist, werden dabei auch die Familien – als die primäre Produktionsstätte von „Humanvermögen“ – und das Bildungswesen einbezogen: die Defizite in beiden Bereichen sind zwar hinreichend bekannt (siehe PISA-Studien), werden aber kaum in ihren Zusammenhängen analysiert, geschweige denn wirksam durch staatliche Politik vermindert, sondern eher verstärkt.

Im Rahmen eines 15-minütigen Impulsreferats lassen sich die relevanten Gedankengänge und Fakten am ehesten in den folgenden 10 Thesen skizzieren:

These 1:

Die gesellschaftlichen Humanpotentiale (B – F - B) bleiben aus der herkömmlichen Ökonomik als „exogene Faktoren“ ausgeblendet und werden allenfalls als „Produktionsfaktor Arbeit“ wahrgenommen. Auch die dominante Fixierung von „Vater Staat“ in seiner Ziel- und Handlungsorientierung auf die Erhaltung und Steigerung der kurzfristigen Funktionstüchtigkeit des Wirtschaftssystems hat zur Folge, dass die längerfristigen Perspektiven und Ziele der Entwicklung seiner gesellschaftlichen Hu-

manpotentiale verdrängt und vernachlässigt werden. Allein schon wegen der Konstruktionsprinzipien des modernen Wohlfahrts- und Sozialstaates erweist sich dies als fatal.

Diese eingespielten Verdrängungsmechanismen werden im politischen System sogar „erbittert verteidigt, so als seien sie ein Wesensmerkmal der Demokratie selbst“⁸, – so wie auch das ökonomische System die menschliche Reproduktion habituell zur „Privatsache“ erklärt und ausklammert.

These 2 :

Erst recht im Hinblick auf die Zielperspektive einer „nachhaltigen Entwicklung“ – als Inbegriff der Zukunftsfähigkeit sowohl für die Politik als auch für die Wissenschaft einer ökologischen Ökonomie – verlangt das Prinzip der NACHHALTIGKEIT, zumal im rohstoffarmen Deutschland und Europa, vorrangig in diesem Schlüsselfeld analytisch und gestaltend anzusetzen, statt den festzustellenden Raubbau an den biologisch-sozialen Grundlagen im Humanbereich fortgesetzt zu verdrängen oder ihn sogar noch zu steigern.

⁷ Vgl. Birg, Herwig, Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München 2001, S.11. Birg konstatiert weiter: „Da politische Macht in einer Demokratie durch Wahlen errungen wird, für deren Erfolg sich das Versprechen einer sorglosen Zukunft als ein geeignetes Mittel erwiesen hat, ist die Verdrängung der demographischen Probleme zu einer *heimlichen, überparteilichen Staatsraison unseres demokratischen Wohlfahrtsstaats* geworden (kursiv von CBL) Diese Verdrängungstendenz spiegelt sich auch in der Praxis der Ausblendung der demographischen Wissenschaft wider, die an deutschen Hochschulen – im Gegensatz zu anderen Ländern – nur mit insgesamt vier Lehrstühlen vertreten ist, vgl. Birg, S.194.

Mit Recht wird die gegenwärtige Bevölkerungsentwicklung als eine „kulturelle Revolution“ bezeichnet, da es ja die Kinder sind, die die demographische Reproduktion einer Kultur gewährleisten.⁹

These 3:

Die seit Jahrzehnten offenkundige und auch weiterhin vorprogrammierte Nicht-Nachhaltigkeit der Entwicklung der Humanpotentiale in Deutschland und Europa dokumentiert sich in dem sog. „demographisch-ökonomischen Paradoxon“, das nach allen

wissenschaftlichen Analysen eine klare Globalisierungstendenz aufweist: *Im Zuge der industriellen Entwicklung haben die Menschen in immer mehr Ländern umso weniger Kinder, je höher das Pro-Kopf-Einkommen steigt!*¹⁰

Als relevante Kernbefunde der wissenschaftlichen Demographie müssen in diesem Zusammenhang gelten:

- Der Langfristtrend der Bevölkerungsschrumpfung in Deutschland im 21. Jh. (Schaubild 1)

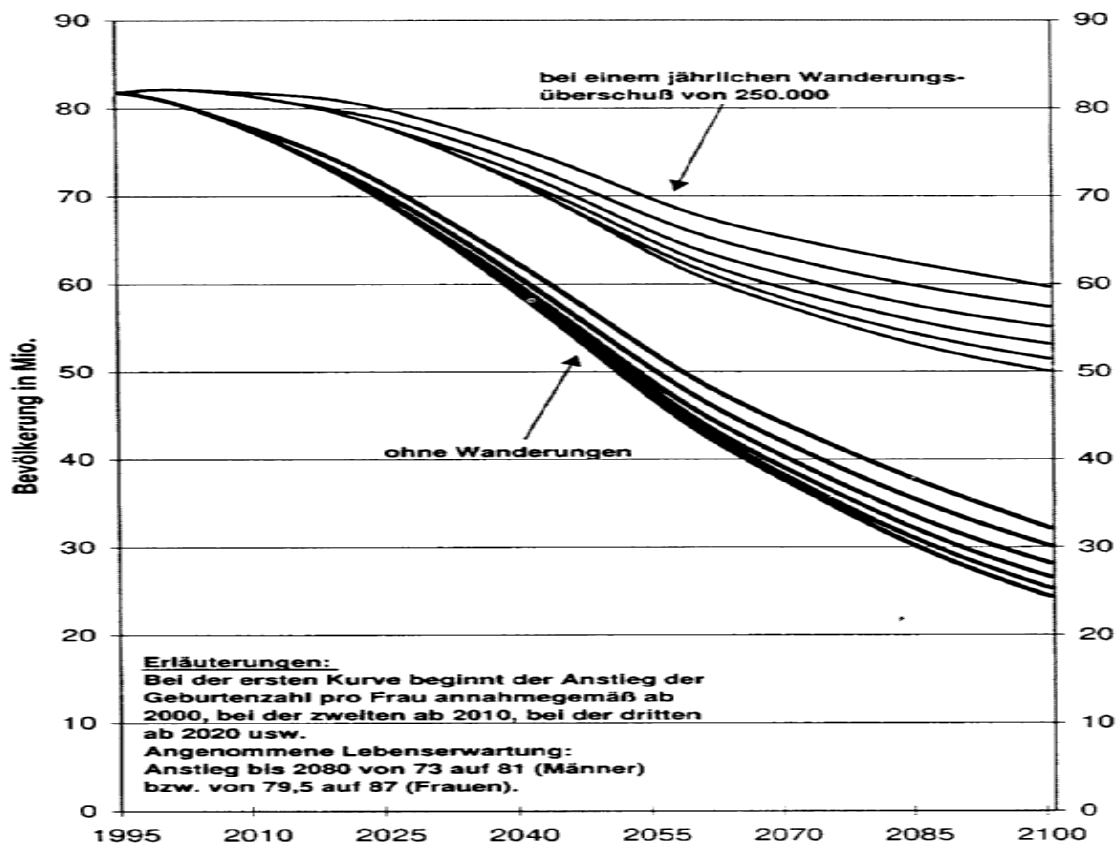


Schaubild 1: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert ohne bzw. mit Wanderungen – für einen angenommenen Anstieg der Geburtenzahl pro Frau von 1,25 auf 1,50 innerhalb von 15 Jahren

Quelle: Birg, Herwig, a.a.O., S. 99

⁸ Vgl. Birg, Herwig, a.a.O. S.19, der zugleich den Ethnologen Claude Lévi-Strauss mit seiner folgenden Bewertung der Tragweite der demographischen Zeitenwende in einem Interview unter den wissenschaftlichen Beobachtern bisher noch als eine Ausnahme zitiert: "Im Vergleich zur demographischen Katastrophe ist der Zusammenbruch des Kommunismus unwichtig." (S.23)

⁹ Vgl. Birg, Herwig, a.a.O., S.42ff.

- Die nur periphere Rolle von Wanderungsbewegungen in diesem Kontext, die sich selbst bei einem angenommenen höheren als dem derzeitigen Wanderungssaldo (250 Tsd. statt 170 Tsd.) ergibt.¹¹

Daraus folgt als Erkenntnis: „Mit Einwanderungen in einer für die Gesellschaft akzeptablen, integrierbaren Größenordnung lässt sich weder die demographische Alterung noch die Bevölkerungsschrumpfung verhindern.“¹²

Und als Fazit: „Der einzige, allerdings nur

langfristig erfolgversprechende Weg zurück zu einer weniger gravierenden Alterung ist eine Zunahme der Geburtenrate auf rd. 2,1 Lebendgeborene pro Frau.“

- Die zentrale Rolle, die für das demographische Defizit der starke Anstieg lebenslanger Kinderlosigkeit von Frauen spielt (Schaubild 2): auf über ein Drittel ab dem Geburtsjahrgang 1965 in Deutschland, (bei Akademikerinnen sogar auf über 40%) bei sonst „bestandserhaltenden“ Geburtenzahlen bei Familien mit Kinder.¹³

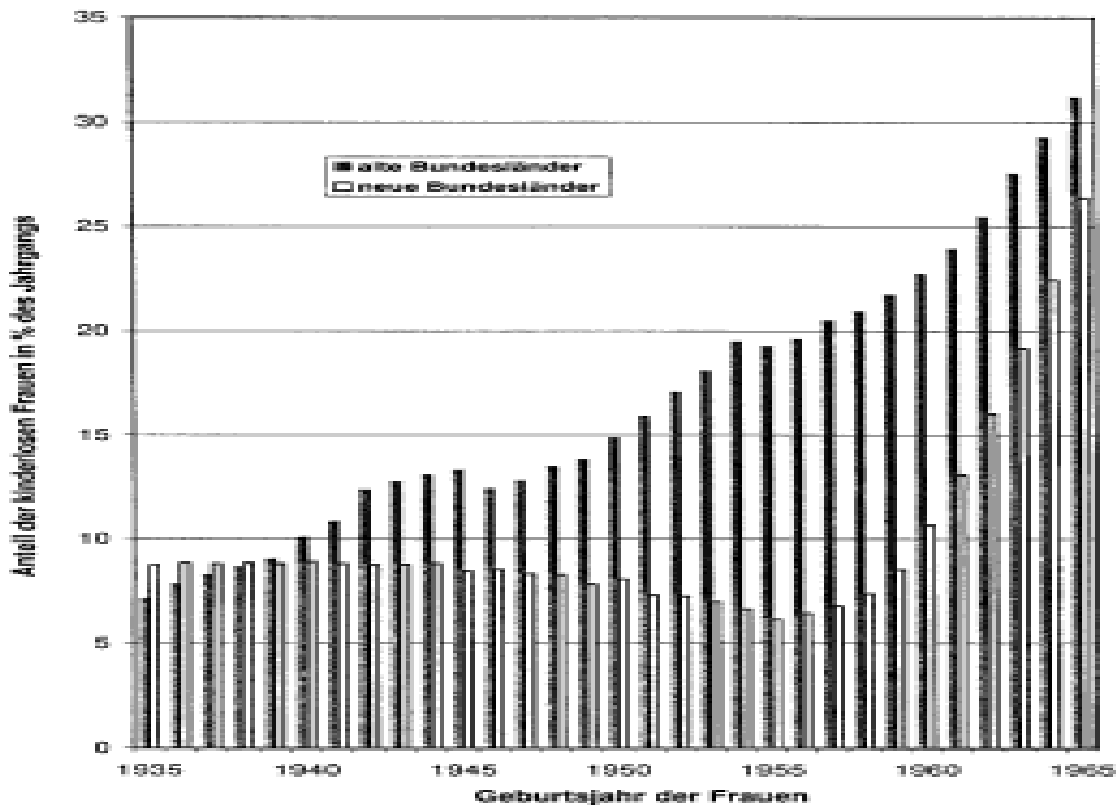


Schaubild 2: Anteil der kinderlosen Frauen in % des Jahrgangs

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim statistischen Bundesamt (Hrsg.), *Informationen*, Nr. 2/99, S. 14

¹¹ Birg, Herwig, a.a.O. S.98ff. Wohl wirkt sich der sog. „Ausländeranteil“ drastisch auf das Bildungsverhalten der Bevölkerung aus, da (1998) z.B. von den 20- bis 25-jährigen Deutschen 17,3% eine Hochschule besuchten, von den gleichaltrigen Ausländern nur 3,2%, ohne daß sich eine merkliche Tendenz zur Angleichung des Bildungsverhaltens zeigte. (S.102)

¹² Birg, Herwig, a.a.O., S.117

¹³ Birg, Herwig, a.a.O., S.75

- In Europa korrelieren im Ländervergleich auffallend häufig (relativ) hohe Geburtenraten mit hohen Frauenerwerbsquoten, wobei ein deutliches Nord-Süd-Gefälle feststellbar ist. (Schaubild 3)

Dieser Befund ist umso bemerkenswerter, als er der gängigen Annahme widerspricht, dass abnehmende Geburtenzahlen sich vor allem aus zunehmender Erwerbstätigkeit der Frauen erklären lassen (s.u.).

Land	Geburtenrate (in Geburten/Frau)	Frauenerwerbstätigkeit (in %)
Norwegen	1,86	75,3
Dänemark	1,75	74,4
Finnland	1,75	69,5
Frankreich	1,72	56,6
Niederlande	1,56	53,0
Deutschland	1,37	62,0
Griechenland	1,31	43,5
Italien	1,22	44,5
Spanien	1,14	48,0

Schaubild 3: Vergleich der Geburtenrate mit der Erwerbsbeteiligung von Frauen

These 4:

Die äußerst komplexen Ursachenanalysen zu diesem Zusammenhang lassen sich in die folgenden Kategorien einordnen:

- Soziale Sicherungssysteme fungieren zwar heute weithin als „Familienersatz“; der diesen zugrundeliegende Generationenvertrag wird aber von immer weniger „Eltern“ tatsächlich eingehalten; zudem wirken diese Systeme in ihrer heutigen Ausgestaltung sogar vielfach familienfeindlich.
- Die staatliche Finanzpolitik hat in Deutschland in den letzten Jahrzehnten eine massive Deklassierung der Familien bewirkt.

Gesellschaftliche Wandlungsprozesse der Individualisierung, Flexibilisierung und Mobilisierung – vor allem als Reflex auf die Anforderungen des heutigen Wirtschafts- und Erwerbsarbeitssystems – haben zu einer verbreiteten Bindungsaversion geführt. Diese erklärt sich u.a. aus dem massiven Anstieg der

biographischen Opportunitätskosten einer Familiengründung, insbesondere bei den jungen Frauen im Zuge ihrer beruflichen Emanzipation: ihr biografischer Freiheitszuwachs bedeutet zugleich eine starke Erhöhung des Risikos langfristiger biographischer Festlegungen durch Übernahme von Verantwortung für Kinder und Lebenspartner.¹⁴

Wichtig in diesem Zusammenhang ist eine verbreitete „Änderung des subjektiven Lebensgefühls“, das der Göttinger Umweltmediziner *Dinkelberg* aufgrund des abnehmenden „Kohärenzgefühls“ im Sinne einer globalen Orientierung des VERTRAUENS – mit den Komponenten der Bedeutsamkeit, Verstehbarkeit und Handhabbarkeit – konstatiert, und die er als konstitutive Bedingungen von Gesundheit im Sinne von Zukunftszuversicht interpre-

¹⁴ Birg, Herwig, a.a.O., S.82: „Der wirtschaftliche Erfolg unserer Gesellschaft wird in zunehmendem Maß durch die Instabilität der Familien, den Rückgang der Geburtenrate und die damit verbundene demographische Alterung der Gesellschaft erkaufte.“

tiert, in Anwendung der Kriterien der Salutogenese nach Antonovsky.¹⁵

These 5:

Die mangelhaften demographischen Stabilitätsbedingungen in Deutschland und Europa stellen heute längst das gravierendste Problem einer nachhaltigen Entwicklung hierzulande dar. Ganz offenkundig sind sie den Zielen des deutschen Stabilitätsgesetzes von 1963 vorgelagert. Sie werden aber immer noch nicht übergreifend als vorrangige Ziele und Felder staatlichen Handelns gesehen, sondern allenfalls von der Politik in punktuellen ressortspezifischen Ansätzen verfolgt.

Auch im sog. „Nachhaltigkeits-Rat“ der rot-grünen Bundesregierung ist z.B. das Familien- und Bildungsministerium nicht vertre-

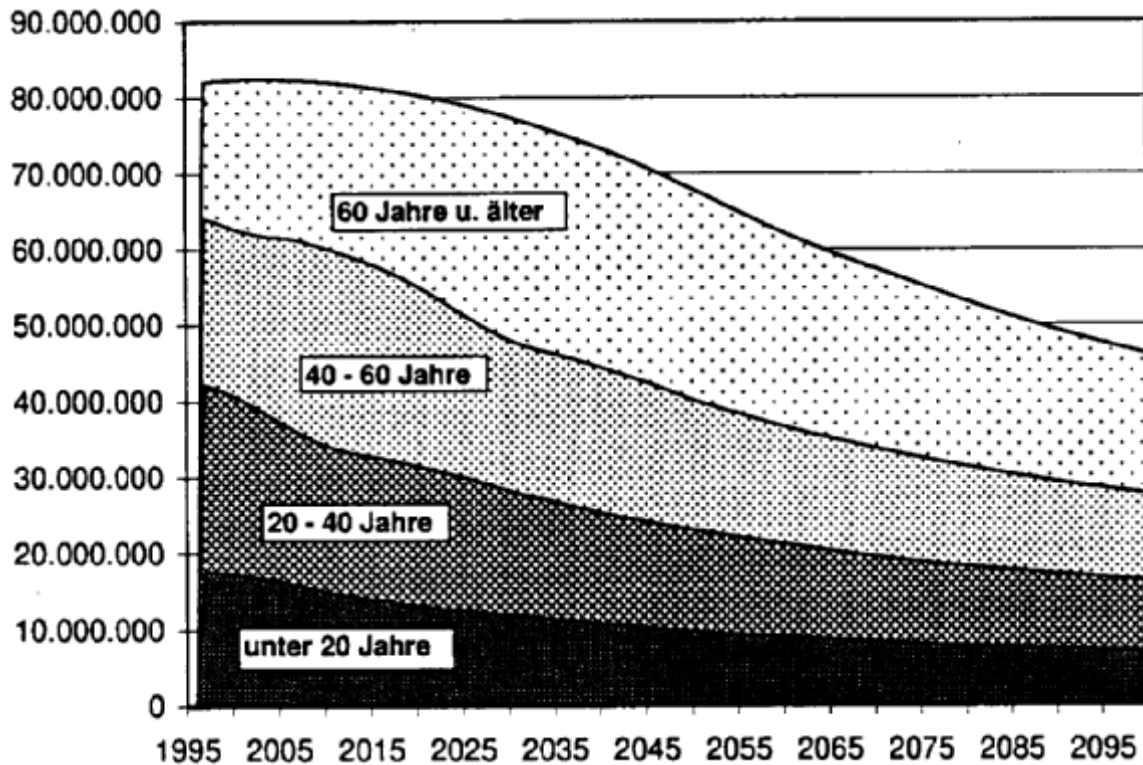
ten. Offenkundig wird die entscheidende Bedeutung der gesellschaftlichen Humanpotentiale für eine politische Nachhaltigkeitsstrategie immer noch nicht realisiert.

These 6:

Eine umfassende familienpolitische Strukturreform, die wirksam den hier skizzierten Destabilisierungsprozessen gegenzusteuern vermag, erscheint nicht realisierbar ohne eine Änderung der gesellschaftspolitischen Prioritäten und Besitzstände.¹⁶ In einer rapide alternden Gesellschaft wie der deutschen (Schaubild 4) und den meisten europäischen sind die Aussichten für eine Reform in Richtung demographischer Nachhaltigkeit eher rückläufig, angesichts zunehmender Schwächung von Innovationskraft, Risikobereitschaft und Wissenskapitalbildung: es besteht also vor allem rascher Reformbedarf!

¹⁵ Vgl. Dunkelberg, Hartmut, Kinderlose Gesellschaft? Fragen zum Geburtenrückgang aus umweltmedizinischer Sicht. Dokumentation „Forum Kinder-Umwelt-Gesundheit“, München 2001

¹⁶ Vgl. hierzu den „Wiesbadener Entwurf“ einer familienpolitischen Strukturreform des Sozialstaats aus der Feder des renommierten Darmstädter Sozialrichters Jürgen Borchert, das von diesem als Diskussionspapier im Auftrag der hessischen Staatskanzlei verfaßt wurde (als Manuskript vorliegend, Januar 2002).



(Auch in der nur äußerst schleppenden Umsetzung der Politikaufgaben des Bundesverfassungsgerichts für die Besserstellung der Familien kommt wohl bereits eine solche Beharrungstendenz der Gesellschaft zum Ausdruck... – Abhilfe könnte hier nur ein allgemeines Wahlrecht für Kinder schaffen!)

These 7:

Vorrangige Ansatzpunkte staatlichen Handelns für eine nachhaltigere Entwicklung der gesellschaftlichen Humanpotentiale sind

- das staatliche Steuer- und Abgabensystem, und hier sowohl die Beseitigung von Schieflagen zulasten von Familien und Kindern, als auch positive Förderung derselben. (Siehe den Beitrag von Eva Lang)
- Familienförderungs politik, - als Politik „für Frauen“, „für Kinder“, als Wirtschaftspolitik (z.B. Förderung „familienfreundlicher“ Unternehmen und Arbeitsbedingungen), als Bildungspolitik.

Gefragt ist hier eine familienpolitische Strukturpolitik, die vor allem das Betreuungs- und Bildungsangebot familienfreundlicher gestaltet.

Dies muss nicht zwingend mit zusätzlichen Aufwendungen verbunden sein: so zeigt ein Vergleich zwischen der BRD und Schweden, dass - bei annähernd gleichen familienpolitischen Gesamtausgabenvolumen pro Kopf der Bevölkerung und Kind in beiden Ländern – in Deutschland etwa 60 % davon als finanzielle Leistungen – insbesondere in Form von Steuererleichterungen - an die Familien gehen, während in Schweden 72 % dieser Ausgaben für Betreuungs- und Bildungsleistungen aufgewendet werden.

These 8:

Nachhaltigkeit als integratives Lebensprinzip verlangt querschnittliche Strategien, Strukturen und Handlungsweisen im politischen System.

Sie setzt insofern die Überwindung des heutigen Ressortprinzips sowie die institutionelle Verankerung der Langfristperspektive sowie der Bürgerpartizipation voraus.

(Siehe z.B. den Vorschlag von Borchert für ein „Ministerium für Familie und Ökologie“, das als gemeinsamen Nenner den nachhaltigen Umgang mit den Zukunftsressourcen der Gesellschaft in einen Zielkorridor der Zukunftsfähigkeit umsetzen könnte)¹⁷

These 9:

Was heute fehlt, ist ein „gesellschaftlicher Patron für Nachwuchsfragen“¹⁸, der sich wohl erst dann finden wird, wenn das Eigeninteresse der Politik daran evident wird. Möglicherweise ist dieser Punkt aber nahezu erreicht, da die Gefährdung der wirtschaftlichen Entwicklungspotentiale durch die mangelhafte demographische Nachhaltigkeit nicht mehr übersehbar ist.

Die neuerliche „Entdeckung“ des familienpolitischen Themenspektrums im Rahmen des Wahlkampfs 2002 war hierfür sicher ein Indiz; es wird sich aber erweisen müssen, ob die hier verkündeten Prioritäten sich in realem politischen Handeln zeigen werden.

These 10:

Es geht letztlich um einen kulturellen Wandlungsprozess, in dem die heute vorherrschenden sozio-politischen Tendenzen der Verdrängung, Infantilisierung (Luhmann) und moralischen Abstinenz überwunden werden müssen. Dabei kommt ein neuer „Gesellschaftsvertrag der Nachhaltigkeit“ nicht ohne den kategorischen Imperativ – im Sinne der Jonas’schen Verantwortungsethik – aus und muss sich in Anerkennung der politischen, gesellschaftli-

chen und individuellen Verantwortung für die nachwachsenden Generationen herausbilden; .d.h. er darf nicht mehr vom Primat des ökonomischen Wachstumsparadigmas und der Maximierung des Pro-Kopf-Einkommens regiert werden. Nur so kann der Teufelskreis des demographisch-ökonomischen Paradoxons unterbrochen werden!

Als Fazit aus den Befunden der 10 Thesen sei zum Schluss noch auf ein Politikdilemma verwiesen: Humanvermögensbildung für eine nachhaltige Entwicklung verlangt ganz offenkundig von der Politik einen „langen Atem“ – der im kurzatmigen Wettbewerb der parlamentarischen Demokratie nur schwer durchzuhalten ist! Denn wenn auch kurzfristig die zunehmende Emanzipation und berufliche Höherqualifikation der Frauen zunächst meist mit sinkenden Geburtenraten einhergeht, so zeigt sich doch mittel- und langfristig eine mögliche Umkehrung dieses Trends, jedenfalls in den vergleichenden Statistiken innerhalb Europas: sie machen Hoffnung auf eine Wiederannäherung an eine demographische Nachhaltigkeit, wenn und soweit die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf auch institutionell sicherstellen und insofern die persönliche Lebensplanung potentieller junger Eltern stärker von individuellen Risiken entlastet wird. Insofern geben die etwa in Skandinavien zu beobachtenden positiven Ergebnisse in der Humanvermögensbildung (B-F-B) auch Hinweise auf mögliche politische Weichenstellungen für eine nachhaltigere Entwicklung insgesamt.

¹⁷ vgl. Borchert, Jürgen, a.a.O., S.62

¹⁸ Borchert, Jürgen, a.a.O., S.67/68

Literatur:

Birg Herwig, Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München 2001

Borchert Jürgen, „Wiesbadener Entwurf“ einer familienpolitischen Strukturreform des Sozialstaats (Manuskript), Januar 2002

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim statistischen Bundesamt (Hrsg.), Informationen, Nr. 2/99

Dunkelberg Hartmut, Kinderlose Gesellschaft? Fragen zum Geburtenrückgang aus umweltmedizinischer Sicht. Dokumentation „Forum Kinder-Umwelt-Gesundheit“, München 2001

Schmidt Renate, Familienpolitik für das 21. Jahrhundert, in: Leipert, Christian (Hrsg.), Familie als Beruf: Arbeitsfeld der Zukunft. Opladen 2001

Zu den Hauptfeldern staatlichen Handelns in der Verkehrs- und Energiepolitik

von Karl W. Steininger

1. Einleitung

Die jüngst auch auf der Ebene der Europäischen Kommission zum allgemeinen Politikziel erhobene Nachhaltigkeit wird hier als ethisches Konzept verstanden. Im Kern lässt es sich auf die Frage verkürzen, „wie Armut auf eine Art verringerbar ist, die die natürliche Umwelt nicht so beeinträchtigt, dass zukünftige Generationen Einbussen erleiden“ (so z.B. Perman et al. 1999). Daraus erwachsende Fragen können sich dann unter anderem beziehen auf die Erhaltung der Ökosysteme bzw. ihrer Funktionen, und/oder die Erhaltung des Bestandes natürlicher Ressourcen und/oder die Erhaltung der Produktionsmöglichkeiten für die Nachwelt.

Als Prämisse für den vorliegenden Impulsbeitrag wird vorausgestellt, dass die derzeitige Wirtschaftsweise in den deutschsprachigen Ländern das Ziel der Nachhaltigkeit - anhand eines oder mehrerer der zuvor angeführten Kriterien – verletzt, und dies insbesondere auch in den Bereichen Energienutzung und Verkehr der Fall ist.

2. Warum staatliches Handeln?

Die und der Einzelne hat individuell die Möglichkeit, sein Handeln an Kriterien der Nachhaltigkeit auszurichten. Dies betrifft insbesondere die Entscheidungsfelder Wohnen – Wege – Nahrung – Zeitaufteilung.

In der Geschichte der Entwicklung der ökonomischen Theorie sind es zuallererst zwei Strömungen, die darüber hinaus argumentieren, warum auch staatliches Handeln notwendig ist bzw. notwendig sein kann.

Die Stoffstromanalyse (Material flow analysis) ergänzt die Buchhaltung monetärer Ströme um die physikalischen Ströme. Mit ihr wird möglich abzubilden und zu erkennen, dass die Systembetrachtung relevant ist. Es ist nicht ein einzelner Stoffstrom an sich, der zum Beispiel unter einem der eingangs genannten Definitionskategorien der Nachhaltigkeit relevant ist, sondern die Gesamtheit der Stoffströme, die das Verhalten des Systems bestimmen und damit erst als solches die Nachhaltigkeitseigenschaften des Systems bestimmen. Einem einzelnen Individuum fehlt in Kenntnis nur der von ihm ausgelösten Stoffströme (sofern er diese Kenntnis in einer vernetzten Wirtschaft überhaupt vollständig haben könnte) damit eine wichtige Entscheidungsbasis, es erwächst der Bedarf nach staatlichem Handeln.

Die Analyse der externen Effekte und öffentlichen Güter, im deutschen Sprachraum als Teilgebiet der Finanzwissenschaft entwickelt, ist der zweite Hauptast der ökonomischen Theorie, in dem aufgezeigt wird, dass das einzelne Individuum alleine nicht letztlich zielführend handlungsfähig ist, sondern gesamtstaatlicher Unterstützung bedarf. Im Umweltbereich häufig auftretende externe Effekte (d.h. z.B. wenn die Belastungen durch Luftschad-

stoffemissionen Mitgliedern der Gesellschaft erwachsen, die nicht in die Entscheidung über den Umfang der emittierten Schadstoffemissionen eingebunden sind – sei es in einem Produktionsbetrieb oder im privaten Konsum, wie in der Benützung eines Pkws) bedürfen einer Regulierung („Internalisierung“) durch gesamtstaatliches Handeln. Daraus erwuchs ein reiches Repertoire an institutionellen Ansätzen.

3. Zur Zielbestimmung in den Bereichen Energie und Verkehr

Im Energieeinsatz und seiner Analyse können wir historisch zumindest drei Paradigmen unterscheiden, die sich verkürzt wie folgt charakterisieren lassen:

(a) Energieflussorientiert

Bis zu den Ölpreisschocks wurde Energie als komplementärer Input in wirtschaftlichen Produktionsprozessen gesehen, empirisch belegt durch das Wachstum des Energieeinsatzes im Verhältnis von 1:1 zum Wachstum der Wirtschaftsleistung

(b) Kostenorientiert

Die erhöhten Energiekosten führten sodann zu einer Teilkopplung dieses gemeinsamen Wachstums. Das Ziel Kostenminimierung führte zu Least-Cost- und Demand-Side-Management Ansätzen.

(c) Nachhaltigkeitsorientiert

Spätestens seit dem Brundtland-Report entwickelte sich auch auf breiterer Ebene eine gesamthafter ressourcenorientierte Betrachtung, die nicht nur marktmäßig monetär bewertbare Kosten in die Analyse einbezog.

Es kann spannend sein, eine äquivalente Struktur für den Bereich Verkehr zu überdenken.

(a) Verkehrsströme ermöglichen

Primäres Ziel war zunächst (und ist vielleicht vielerorts noch) der Ausbau der Verkehrswege um Verkehr zu ermöglichen

(b) Kostenorientierung

Die nunmehr seit einigen Jahren auf europäischer Ebene in Diskussion befindliche Wegkostenrichtlinie ist ein Indikator für das vermehrte (und umfassendere) Kostenbewusstsein, das sich bereits im Verkehrssektor bemerkbar macht.

(c) Zugangsorientierung

Letztlich ist aber nicht die Generierung von Verkehr selbst das eigentliche Ziel – Verkehr ist ja nur Mittel zum Zweck (oder die Nachfrage danach eine abgeleitete) –, sondern der Zugang zu Waren und Personen. Diesen Zugang zu sichern, dafür gibt es eine Vielzahl von Optionen. Sie umfassen eine geschickte Raumordnungspolitik ebenso wie die spezifisch bereitgestellte Infrastruktur, die Menge des im System durchgeführten Verkehrs ist nur ein Aspekt unter vielen, der bestimmt, ob und wie viel Zugang wer hat.

Die These dieses Impulsbeitrags ist, dass wir den Übergang zum dritten genannten Paradigma im Verkehrsbereich weitgehend noch nicht geleistet haben, dass wir also im Verkehrsbereich noch Schritte gehen müssen, die wir im Energiebereich schon hinter uns haben.

4. Hauptfelder staatlichen Handelns

Im Bereich Verkehr können diese Hauptfelder nach dem drittgenannten Paradigma abgegrenzt werden im Hinblick auf

(i) Raumordnung/Raumplanung

Die gestellte Frage an das System lautet dann:

„Wieviel Verkehr (Energie) muss bei spezifisch gewählter Raumordnung eingesetzt werden, um das gewünschte Zugangsniveau zu sichern?“

(ii) Gesamtstaatliche Interessen: modaler Mix
Aufgrund stark unterschiedlich hoher externer Kosten einzelner Verkehrsträger liegt es im gesamtstaatlichen Interesse den modalen Mix zu beeinflussen, und Veränderungen in diesem Mix politikwirksam werden zu lassen.

(iii) Nischen nachhaltiger Mobilität fördern

Eine spezifische Aufgabe des Staates stellt auch der „Schutz junger Pflanzen“ dar, d.h. die Förderung von neu entstehenden Nischen, die zu nachhaltiger Mobilität beitragen.

Ähnlich könnten wir die Haupthandlungsfelder für die Energie strukturieren (wieviel Energie?, welchen Energiemix?, welche Nischen fördern?), doch ist in diesem Bereich auch die politische Umsetzung bereits wesentlich weiter – zumindest relativ zum Verkehrsbereich. Bleiben wir daher beim Bereich Verkehr.

5. Verkehr: Nischen nachhaltiger Mobilität und Grundlagen zum Modal Mix

Eine solche Nische ist Car-Sharing. In Deutschland und der Schweiz hat es zur Zeit insgesamt etwa 100.000 Mitglieder (etwa je zur Hälfte in den beiden Ländern). Eine Reihe von Feldexperimenten hat die mit diesem System verbundene Netto-Reduktion der km-Leistung im motorisierten Individualverkehr gezeigt (z.B. Steining et al., 1996). Es handelt sich um eine „technologische Entwicklung“ im Konsum,

die deswegen erfolgreich ist, weil sie gekennzeichnet ist durch

- Verträglichkeit mit bestehendem System (es wird auf die gleichen bestehenden Erfordernisse und Infrastrukturausstattungen zurückgegriffen wie Strassen, Tankstellen, Werkstätten)
- Lückenfüllung (dieses System schließt die Lücke, die sich zwischen der Benutzung von Taxis und der von Mietautos ergibt. Ersteres ist für weitere Strecken bald sehr teuer, zweiteres ist im Verwaltungsaufwand für kurzzeitige Nutzung sehr aufwendig).

Inwiefern hat nun der Staat die Option oder gar die Verpflichtung zum Handeln? In vielen Aspekten kann, soll und wird sich Car-Sharing selbst tragen. Wo staatliches Handeln unterstützend sein kann, ist

- Auszeichnung von Standplätzen (ähnlich Taxi)
- Lockerung der Stellplatzerrichtungsverpflichtungen (wenn sich mehrere Haushalte ein Auto teilen, ist beim Neubau von Wohnungen nicht mehr für jede dieser verpflichtend die Errichtung eines separaten Parkplatzes zu fordern).

Ein zweites Interesse der öffentlichen Hand wird in der Beeinflussung des modal mix bestehen. Dass diese Beeinflussung derzeit vielfach in umweltpolitisch konterproduktive Richtungen geht, zeigt Prettenhaler et al. (2002) auf. Tabelle 1 gibt die quantitativen Ermittlungen aus dieser Studie wieder: den Umfang von umweltpolitisch kontraproduktiven Unterstützungsmassnahmen im Verkehr.

Abb. 1: Umfang umweltpolitisch kontraproduktiver Unterstützungsmaßnahmen im Verkehrssektor in Österreich, 2000

Maßnahme	Umfang der impliziten oder expliziten Unterstützung	
	[Mo. €/ Jahr]	[Mo. ATS/ Jahr]
Ordnungsrechtliche Maßnahmen		
Stellplatzverpflichtung (unterste Schranke der Quantifizierung)	145 bis 175	2.000 bis 2.400
Wohnbauförderung	zumindest 100	zumindest 1.380
Raumordnung (untere Schranke der Quantifizierung)	80 bis 170	1.150 bis 2.300
Fiskalische Maßnahmen		
Pendlerpauschale	36	500
Antliches Kilometergeld (Verzerrung modal split)	110	1.500
Straßeninfrastruktur	9.500	130.000
Medizin. Behandlungskosten nach Unfällen	84	1.160
Grundsteuerbefreiung	110 bis 130	1.500 bis 1.800

Quelle: Prettenthaler et al. (2002).

Diese Unterstützungsmaßnahmen zu reformieren ist wichtiges Politikziel, das bereits in wesentlichem Ausmaß den modalen Mix in Richtung eines umweltverträglicheren beeinflussen kann.

6. Ausblick

Zum ersten sind es die „sichtbaren Bereiche“ nachhaltiger Politik die für ein solches Ziel weiter forciert werden können, wie die direkte Beeinflussung des Energiebereitstellungs-Mix, oder des Modal Splits.

Zum zweiten kann Basis-Arbeit geleistet werden im Sinne von „Voraussetzungen schaffen“. Einzel-sektorale Politik, und die Ausrichtung/Überarbeitung der Raumordnung/Raumplanung stellen zwei beispielhafte zentrale Bereiche dar.

Schließlich ist Nischen und innovativen Einzelprojekten einen fruchtbarer Raum zu geben. Für sie kann die Politik einen Rahmen schaffen, in dem die Entwicklung dieser Nischen besser möglich ist.

Literatur:

- Perman, R., Ma, Y., McGilvray, J., Common, M. (1999), *Natural Resource and Environmental Economics*, Harlow : Longman, 2nd edition
- Prettenthaler, F., Steiner, M., Steininger, K., Stocker, A., Zakarias, G. (2002), *Environmentally Counterproductive Support Measures im Bereich Verkehr*, Universität Graz, Institut für Volkswirtschaftslehre.
- Steininger, K., Vogl, C., Zettl, R. (1996), Car-sharing organizations. The size of the market segment and revealed change in mobility behavior, *Transport Policy* 3: 177-185.

Finanzpolitik des Staates auf dem Prüfstand einer nachhaltigen Entwicklung

von Eva Lang

1. Einführung

„Was sich hier abzeichnet, ist mehr als eine Finanzkrise, es ist eine sich anbahnende Finanzkatastrophe“¹⁹. Mit solch dramatischen Worten wurde fast zu jeder Zeit die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte in der Nachkriegszeit charakterisiert. Wenn in der aktuellen Debatte die Finanzierbarkeit der öffentlichen Haushalte einschließlich der sozialen Sicherungssysteme in Frage gestellt wird, so könnte man dies als Krisenphänomen des politischen Alltags interpretieren. Der realen Lage wird man damit aber nicht gerecht. Denn die Finanzkrise hat die Dimension des Alltäglichen weit überschritten. Zur Rückgewinnung politischer Handlungsfähigkeit heute und in der Zukunft ist eine grundlegende Revision der Finanzpolitik notwendig.

Nachhaltige Finanzpolitik lautet das Zauberwort, das neuerdings die finanzpolitische Debatte beherrscht²⁰. Auf den Punkt gebracht geht es um die Erkenntnis, dass sich Politik nicht nur an den Kurzfristinteressen orientieren darf. „Sie muss für eine langfristige Sicherung unserer Lebensgrundlagen Sorge tragen. Auf die Finanzpolitik bezogen bedeutet dies, auch unseren Kindern und Enkeln muss ein finanziell handlungsfähiger Staat hinterlassen werden“²¹.

Mit dem von der OECD entwickelten Konzept der „fiscal sustainability“²² und der insbesondere von Auerbach, Gokhale und Kotlikoff entwickelten Generationenbilanzierung²³ sind bereits Messkonzepte einer nachhaltigen Finanzpolitik²⁴ etabliert. Mit der quantitativen Erfassung und der Verdichtung zur Feststellung der „Nachhaltigkeitslücke“ demonstrieren die Ergebnisse die Dramatik der Zukunftsprobleme für den Fall einer Status quo Finanzpolitik. Trotz einiger kritischen Punkte²⁵ in der Methode, auf die hier nicht näher eingegangen wer-

hende Entwicklung lässt sich nur durch eine langfristig orientierte, nachhaltige Finanzpolitik aufhalten „

²² OECD, Economic Outlook, December 1998, No.64

²³ Auerbach, A.; Gokhale, J.; Kotlikoff, L. (1991), S. 55 – 110; dieselben, (1994), S.73 –94 und insbesondere zur Generationenbilanzierung in Deutschland Raffelhüschen, B (2001)

²⁴ Meines Erachtens ist die Generationenbilanzierung konsequenterweise der jüngst sich entwickelnden Debatte um die Generationengerechtigkeit zuzuordnen. Auch wenn es Überlappungen in der Begriffen der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit gibt, sind sie gleichwohl nicht als Synonyme zu verwenden.

²⁵ Das OECD-Konzept stellt auf die Belastungen für öffentliche Haushalte ab. Durch die intertemporale Budgetrestriktion werden die gegenwärtigen aber auch alle zukünftigen Haushalte (Zeithorizont 30 – 50 Jahre) in die Betrachtung einbezogen. Die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Zahlungszeitpunkte wird durch das Diskontieren aller zukünftigen Zahlungen auf die Gegenwart hergestellt. Siehe hierzu Blanchard, Oliver u.a.(1990) S.7 – 36. Das Konzept der Generationenbilanzierung stellt ab auf die Belastung von gegenwärtigen und zukünftigen Generationen. Hier wird bezogen auf von ein Basisjahr für jede Generation (Alterskohorte) der Barwert ihrer Nettosteuerzahlungen ermittelt. Sie ergibt sich aus der Differenz der Nettosteuerzahlungen und den von ihr empfangenen Transfers in einer Periode. Hieraus ergibt sich ein Altersprofil der Nettoabgabenzahlungen. Dieses Altersprofil wird dann mittels Daten der demographischen Entwicklung fortgeschrieben und damit auf die zukünftigen Generationen übertragen. Darüber hinaus wird der Barwert aller gegenwärtigen und zukünftigen Ausgaben ermittelt. Kritische Punkte bei beiden Konzepten sind die Status-quo-Orientierung, die unterstellten Prognoseparameter (Lebenserwartung, Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsgrad) vor allem aber die Diskontierung, die je nach Kontext einmal die Mindereinschätzung zukünftigen Nutzens aufgrund der Zeitpräferenz, die Mindereinschätzung zukünftigen Geldes aufgrund des Zinses und zu dritten die Unsicherheit über das Eintreten zukünftiger Ereignisse erfassen soll. Eine Begründung bleibt die Debatte schuldig. Siehe hierzu auch Götz, Jens (1999) S.165-176

¹⁹ So die Prognose des damaligen Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Albert Leicht in der Diskussion des Haushaltsplanes des Bundes für das Jahr 1972

²⁰ So beispielsweise Repnik, Hans-Peter (2002), S.23 - 26; Eichel, Hans (2002), S.1 - 5

²¹ Eichel, Hans (2002), S.1; ebenso Repnik, Hans-Peter (2002), S. 23: „Die Fähigkeit zu gestalten, droht zukünftigen Generationen gänzlich verloren zu gehen. Die dro-

den kann, zeigen die Messkonzepte uns und insbesondere der Politik die unabdingbare Notwendigkeit der Revision aktueller Finanzpolitik auf. Lösungsansätze für den Weg zu einer nachhaltigen Finanzpolitik lassen sich aus einem Messkonzept jedoch nicht evaluieren, gleichwohl spiegelt sich in ihm eine bestimmte Vorstellung der Nachhaltigkeit bzw. Nicht-Nachhaltigkeit der Finanzpolitik wider. Letztendlich folgen die Messkonzepte der wissenschaftlichen Arbeitsteilung nach der es in der Finanzpolitik isoliert um die Gestaltung der Ausgaben- und Einnahmensysteme sowie derer Ausbalancierung – nunmehr aber erweitert um die langfristige Zeitdimension geht.

Im Unterschied dazu verfolgt die Ökologische Ökonomik die ganzheitliche Perspektive. **Nachhaltig ist eine Finanzpolitik dann, wenn sie zu einer nachhaltigen Entwicklung des Ganzen beiträgt.** In Anknüpfung an die Fragestellungen von Christiane Busch-Lüter und Karl Steininger möchte ich in meinem Beitrag fragen, inwiefern die finanzpolitischen Steuerungsmechanismen die Erhaltung bzw. Wiedergewinnung der gesellschaftlichen und natürlichen Reproduktionsbasis befördern – also den Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung ebnen oder einen solchen Weg eher behindern.

Ich werde zunächst prüfen und begründen, weshalb die herrschende Finanzpolitik als nicht-nachhaltig einzustufen ist. Danach skizziere ich in einem 4 Punkte-Programm konkrete Ansatzpunkte zur Umsteuerung in der Finanzpolitik.

2. Nachhaltigkeitsprüfung der Finanzpolitik

These 1:

Die staatliche Finanzpolitik ist zumindest seit den 80iger Jahren nicht nachhaltig,

denn sie hat die ökologische Krise, die Beschäftigungskrise, die Finanzkrise des Steuerstaates und auch die Krisen der sozialen Sicherungssysteme in Folge der demographischen Krise eher verstärkt denn gemindert.

Lassen Sie mich diese These in zwei Schritten begründen.

Erstens - und mit Bezug auf die oben bereits kurz skizzierten Debatte um die nachhaltige Finanzpolitik – begründet die gravierende Lastverteilung auf zukünftige Generationen infolge der expliziten und impliziten Staatsverschuldung die Nicht-Nachhaltigkeit der Finanzpolitik.

Explizite Lastverschiebungen sind auf den Anstieg der öffentlichen Verschuldung von nominal 125 Mrd. DM in 1970 auf inzwischen weit über 1,2 Billionen Euro zurückzuführen, die nur zu einem kleinen Teil durch das pay as you use Prinzip von Musgrave²⁶ begründet werden können. Die Verschuldungsquote hat sich dabei von 18% in 1970 auf über 60 % nach 2000 verdreifacht. Dabei lässt sich der Anstieg als Folge finanzpolitischer Entscheidungen infolge genau zweier Ereignisse der Nachkriegszeit identifizieren: erstens die Ölpreiskrisen in der zweiten Hälfte der 70-iger Jahre und zweitens die ökonomische Gestaltung der Wiedervereinigung in 1989.

Wesentlicher als die Schuldenstandsquoten und ihre Entwicklung ist jedoch die hieraus resultierende Zinslast in den einzelnen öffentlichen Haushalten. So hat sich die Zinslastquote für die öffentlichen Haushalte insgesamt von 2,5% in 1970 auf über 7,5% ab 2000 verdreifacht. Allein beim Bund machen die Zinsausgaben aber inzwischen schon über 17% des

²⁶ Musgrave, R.V.(1956), S. 72 ff

Ausgabenvolumens aus und liegen damit über der jährlichen Nettoneuverschuldung.

Dass sich angesichts dieser Situation erhebliche Beschränkungen in den Gestaltungsspielräumen heute und in der Zukunft ergeben, steht außer Frage und hierüber besteht sowohl unter Finanzwissenschaftlern/-innen als auch der Willensbekundungen der Politik Konsens.

Neben der expliziten Lastverschiebung durch Staatsschuld sind die sogenannten **impliziten Lastverschiebungen** zu berücksichtigen. Sie umfassen die aufgrund der heutigen institutionellen Regelungen zwangsläufig in der Zukunft finanzwirksamen Ausgabenverpflichtungen. Hierzu rechnen insbesondere die Pflege- und Rentenansprüche aus den umlagefinanzierten Sicherungssystemen²⁷ aber auch die Pensionsansprüche der aktiven Beamtengeneration²⁸. Prognostiziert ist ein Anstieg dieser Versorgungsausgaben²⁹ in den öffentlichen Haushalten von 22 Mrd. Euro in 2000 auf 82 Mrd. Euro in 2030. Schon 2010 werden es circa 38 Mrd. Euro sein. Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen errechnet auf der Basis von Generationenbilanzen für die Bundesrepublik Deutschland einen jährlichen Konsolidierungsbedarf von ungefähr 6 % des Bruttoinlandprodukts. Bei einem Staatsanteil von rund 50% des gesamten Bruttoinlandsprodukts müssten danach die Staatsausgaben gegenüber der prognostizierten Entwicklung um etwa 12 % gesenkt oder die Abgaben entsprechend erhöht werden.³⁰

Zweitens haben wir haben eine gewaltige allokative Schieflage in unseren Abgabensystemen. Eine Schieflage, die sich im Zeitprofil seit den 80-iger Jahren eher verstärkt hat, denn dass sie gemindert wurde.

Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht, dass im gegebenen Abgabensystem der Bundesrepublik Deutschland aus dem Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit über 50 % des gesamten Abgabenaufkommens resultieren, während der Faktor Kapital im Zeitprofil schwankend nur zu zwischen 13% (1995) und über 16% (1985) und der Produktionsfaktor natürliche Ressourcen zu rund 9% belastet wurden. Die von der herrschenden Finanzwissenschaft und der Politik nicht in Frage gestellte Neutralität unseres Abgabensystems in Bezug auf die Wahl der Faktorkombinationen wird durch diese empirischen Analyseergebnisse widerlegt. Die einseitige Abgabenbelastung des Faktors Arbeit verteuert ihn in Relation zu den Faktoren Natur und Kapital. Die Kostenstruktur und damit auch die Minimalkostenkombination nach der Unternehmen unter alternativen Produktionsverfahren (Technologien) wählen, verschieben sich damit zu Lasten der Einsatzmengen des teuren Faktors Arbeit, denn im Marktsystem übernehmen die relativen Preise die Lenkungswirkung der Produktionsfaktoren in ihre beste Verwendung. Ein Abgabensystem, das den Preis des Produktionsfaktors Arbeit relativ verteuert, kann dann nur zu einem **crowding-out der Erwerbsarbeit** zugunsten der Kapitalbildung und Naturnutzung führen.

Möglicherweise passte ein solches Abgabensystem bis Anfang der 70-iger Jahre. Bis dahin herrschte Arbeitskräftemangel, die ökologische Problemlage wurde noch nicht wahrgenommen und Kapitalbildung war verbunden mit der

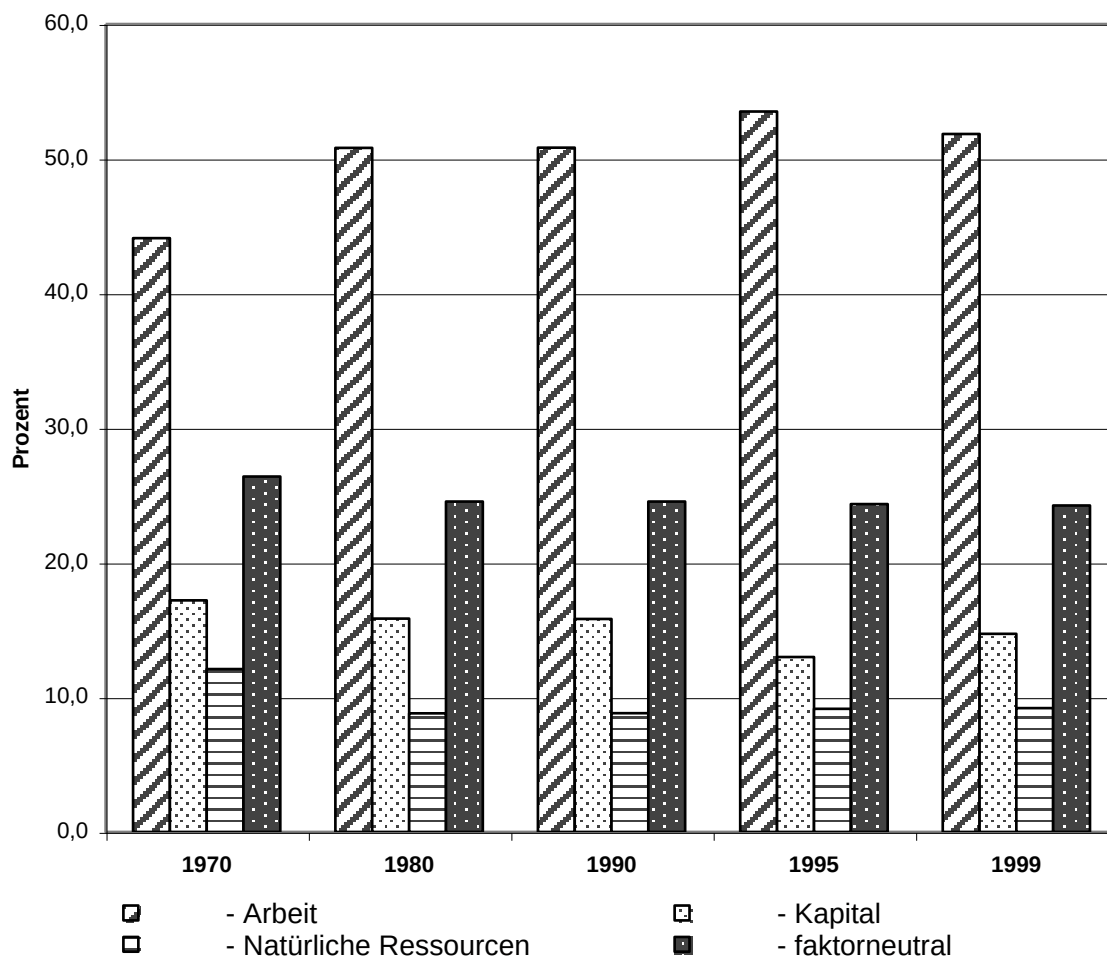
²⁷ Hierauf wird weiter unten näher eingegangen

²⁸ Ein Problem, das speziell die Bundesländer treffen wird.

²⁹ Erst in den letzten Jahren wurde begonnen, in bescheidenem Umfang entsprechende Rückstellungen zu bilden.

³⁰ Wissenschaftlicher Beirat (2001) Diese Prognose- und Diagnoseangaben basieren auf dem bereits oben mit kritischem Vorbehalt angesprochenen Konzept der Generationenbilanzierung.

Entwicklung der Faktorbesteuerung von 1970 bis 1999



Quelle: OECD [1999]; Revenue Statistics 1965 – 2000 ; OECD Economic Surveys : Germany 1998 – 1999 ; National accounts [1998] ; Volume II, 1984 – 1999 ; Jarass L. ; Obermair G.M. [1994]; More Jobs, Less Pollution. Beck Verlag, München

Erleichterung des Lebens der Arbeiter und Arbeiterinnen. Diese Situation ist längst Geschichte. Seit den 80-iger Jahren haben wir eine andauernde und sich verschärfende Beschäftigungs- und Umweltkrise, Kapitalbildung dient eher Rationalisierungszwecken – konkret der Durchsetzung arbeitssparender technischer Fortschritte –, denn einer Erleichterung der Arbeitsbedingungen.

Weder die Finanzwissenschaft noch die praktische Politik haben diesen Wandel der Bedingungs-lage wahrgenommen und in der Konse-

quenz frühzeitig einen kontinuierlichen Umbauprozess im Abgabensystem eingeleitet³¹. So lenkt das Abgabensystem seit den 80-iger Jahren **gegen** die auch von der Politik erklärten beschäftigungspolitischen- und ökologischen Ziele.

Mit diesem Abgabensystem, das zu einem crowding-out von Erwerbsarbeit führt, schneidet sich der Staat selbst und zwar in doppelter

³¹ Die von der Bundesregierung unter erheblichen parlamentarischen und öffentlichen Widerständen begonnene ökologische Steuerreform ist ein erster Schritt zur Korrektur der Schieflage.

Weise ins eigene Fleisch. Die Einnahmebasis, nämlich die Erwerbsarbeit, aus der er sich steuerlich und in den Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung hauptsächlich alimentiert, wird immer dünner und die Ausgabenverpflichtungen bei gegebenen Sozialleistungsniveaus steigen an. Die Folge ist eine dauerhaft sich verschärfende Finanzkrise, die irgendwann nicht mehr mittels Schattenhaushalten, zunehmender Staatsverschuldung, Sozialleistungsabbau und Privatisierungen verschleiert werden kann, sondern unverhüllt zu Tage tritt. Mindestens seit Mitte der 90-iger Jahre ist dies der Fall, wobei der Problemdruck stetig steigt.

Traditionell reagiert die Finanz- und Sozialpolitik auf diese selbst produzierten Finanzierungsengpässe durch Steuererhöhungen, Anhebung der Beitragssätze in der Sozialversicherung, Kürzungen im Transferbereich und verstärkt gleichzeitig die Wirtschaftsförderung. Maßnahmen, die die beschäftigungspolitischen, ökologischen, sozialen und finanziellen Problemlagen eher verstärken, denn zu einer Linderung beitragen.

Meine zweite These knüpft an die Ausführungen von Christiane Busch-Lüty zur Entwicklung der gesellschaftlichen Humanpotentiale in dieser Tagungsdokumentation an. Aus der Perspektive der Finanzpolitik richtet sich der Focus speziell auf die Schieflage in den Abgabensystemen zu Lasten der Familien.

These 2:

Unser Abgabensystem ist blind gegenüber dem Wert der Kinder als unabdingbare Voraussetzung einer nachhaltigen Gesellschafts- und Humanpotentialentwicklung. Diese Blindheit manifestiert sich in der Pri-

vatisierung der Kinderlasten und der Sozialisierung des Kindernutzens.

Ich möchte diese These in der gebotenen Kürze in drei Punkten begründen.

Der erste Punkt betrifft den Generationenvertrag. Das Umlagesystem in den sozialen Sicherungssystemen, also speziell der Renten- und der Pflegeversicherung, ist konstruiert als zwei Generationenvertrag. Unabdingbare Voraussetzung eines solchen Generationenvertrags ist die demographisch stabile Drei-Generationenabfolge. Denn ein soziales Sicherungssystem nach dem Umlageverfahren gründet darauf, dass jedes Mitglied der erwerbstätigen Generation eine doppelte Belastung tragen muss: „paying for the old and paying for their own pension where latter can be done by way of investing in human or in real capital.“³² Indem der Pfad einer demographisch stabilen Bevölkerungsentwicklung längst verlassen ist³³ und eine zunehmende Gruppe der Erwerbstätigen sich durch gewollte oder ungewollte Kinderlosigkeit der zweiten Belastung, nämlich der Kindererziehung entzieht, kommt es zur Erosion der Finanzierungsbasis im Zwei-Generationen-Vertrag und zur bekannten Krise des Rentenversicherungs- und auch des Pflegeversicherungssystems. Die traditionellen Lösungsmuster in Form von Senkungen im Rentenniveau und/oder Beitragserhöhungen wirken wiederum nur als Mittel zur kurzfristigen Schmerzminderung. Eine Therapie zur Gesundung des Systems liefern sie nicht. Denn jede Beitragserhöhung zur Lösung der aktuellen Finanzkrise verstärkt nicht nur die in These 1 beschriebene allokativen

³² Sinn, Hans- Werner (2001): The Value of Children and Immigrants in a Pay-as-you-go Pension System. A Proposal for a Partial Transition to a Funded System, in: ifo-Studien, 47.Jg.,1, S.84

³³ Siehe hierzu die Ausführungen von Christiane Busch-Lüty

Schiefelage der Abgabensysteme, sondern auch die Schiefelage in der Lastverteilung zugunsten der lebenslang Kinderlosen. So wird auch mit der jüngsten Rentenreform durch Förderung des Aufbaus eines zusätzlichen kapitalgedeckten Altersversorgungsanteils diese Schiefelage nicht geheilt.³⁴ Kinderlose werden nun zweifach, Familien³⁵ aber dreifach belastet.

Zweitens sind die Kinderfreibeträge sowie das Kindergeld trotz zahlreicher Anpassungen, u.a. ausgelöst durch das Bundesverfassungsgericht³⁶, nicht aufwandsäquivalent, in dem

Sinne dass zumindest das Existenzminimum von Familien steuerlich frei gestellt bleibt³⁷. Grundlage ist die Lehre vom indisponiblen Einkommen: „Nach dem sog. Privaten Nettoprinzip ist der für den notwendigen Lebensbedarf verwendete und demnach für die Steuerzahlung nicht verfügbare Teil des Markteinkommens aus der Bemessungsgrundlage auszuscheiden.“³⁸ Dadurch weist auch die Einkommenssteuer eine Schiefelage zu Lasten der Familien auf, die mit der Einkommenssteuerreform 2002 nicht beseitigt wurde, wie die nachfolgende Tabelle zeigt.

**Entlastung bei der Lohnsteuer 2001 gegenüber 2000
in DM pro Jahr einschließlich Solidaritätszuschlag**

<u>Jahresbruttolohn in DM</u>	Ledig keine Kinder	ledig 1 Kind	verh. keine Kinder	verh. 1 Kind	verh. 2 Kinder
30.000	416	228	0	0	0
40.000	595	484	314	314	314
60.000	953	853	847	734	734
80.000	1.236	1.159	1.226	1.218	1.212
120.000	1.647	1.551	1.937	1.931	1.925
200.000	3.756	3.599	2.912	2.908	2.905

Quelle: Bundesministerium der Finanzen; Globus Kartendienst

³⁴ Anzumerken ist allerdings, dass die sogenannte Riester-Rente wenigstens eine familienpolitische Komponente einschließt, indem die staatlichen Zulagen sich in Abhängigkeit von der Kinderzahl erhöhen. Niedrige Einkommensbezieher, die womöglich gerade, weil sie Kinder haben, nicht in der Lage sind, 4% ihres Bruttoeinkommens zu sparen, können diese Form der staatlichen Förderung nicht bzw. in maximalem Umfang nutzen.

³⁵ Der Begriff Familie meint eine bestimmte Form des privaten Zusammenlebens. Familien „sind in ihrem Kern durch dauerhafte und zuverlässige Bindung von mindestens zwei Menschen aus mindestens zwei unterschiedlichen Generationen definiert, die in einem betreuenden und pflegenden Vertrauensverhältnis miteinander stehen.“ Hurrelmann, Klaus (1999), S.24 f

³⁶ Grundlegend der Beschluss des Zweiten Senats vom 25. September 1992, BStBl. II 1993, S.413

³⁷ „Tatsächlich wurde das Erstkindergeld seit 1990 von 50.-DM auf 220.- DM im Jahr 1997 und der Kinderfreibetrag von 3024.- auf 6912 DM angehoben; ferner wurde das Erziehungsgeld verlängert. Fragt man nun nach dem Effekt dieser Maßnahmen auf die relative Einkommensposition der Familien, ist das Ergebnis indes ernüchternd. ... Belief sich 1982 das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen junger Ehepaare mit einem Kind in BW (Baden-Württemberg; Anm. der Verfasserin) auf durchschnittlich 62% des durchschnittlichen Einkommens kinderloser junger Paare, so waren es 1998 63v.H.; bei einer vierköpfigen Familie beträgt diese Relation 58%, bei drei Kindern 43%“. Borchert, Jürgen (2002), S.29 f. Dabei sind die Wirkungen der Erhöhungen bei indirekten Steuern noch nicht einmal berücksichtigt.

³⁸ Lang, Joachim (1994), S. 443

Hier gilt, je höher das Einkommen und je geringer die Kinderzahl, desto höher die Entlastungswirkung.

Drittens wird die verteilungspolitische Schieflage zu Lasten der Familien noch verstärkt durch den kontinuierlichen Anstieg der Mehrwertsteuer von 10% in 1968 auf 16% seit 1998. Dies liegt an der regressiven Wirkung jeder Konsumbesteuerung.

Insgesamt ergibt sich aus diesen Punkten eine Kumulation der Belastungswirkungen auf Familien mit Einkommen aus unselbständiger Arbeit, auf Familien mit niedrigen Einkommen und auf Familien mit zunehmender Kinderzahl. Von daher verwundert es nicht, dass die Entscheidungslage Erwerbstätigkeit und Wohlstand oder Familie und Armut zunehmend für Kinderverzicht ausfällt, zumal die Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur, die Erwerbstätigkeit von Mutter und/oder Vater ermöglicht, weitgehend fehlt. „Familien sind nicht arm, sie werden arm gemacht“³⁹.

These 3:

In der **dritten These** möchte ich in gewisser Weise an die Ausführungen von Herrn Steininger anknüpfen und u.a. Jürg Minsch mit Co-Autoren aus dem Buch „Mut zum ökologischen Umbau“ zitieren: „**Der moderne Staat legitimiert seine Existenz aus wirtschaftlicher Sicht zum Teil gerade durch die Schaffung zentraler Marktversagen. Gemeint ist damit die neo-merkantistische Politik der Verbilligung von Zentralressourcen**“⁴⁰. Das Programm reicht von der Politik der Energiegarantie über die Politik der Entsorgungsgarantie,

der Politik der Mobilitätsgarantie bis zur Politik der Risikoübernahmegarantie. Dieses Programm bestimmt ganz wesentlich die Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte in der gesamten Nachkriegszeit.⁴¹ Die ökologischen Folgewirkungen sind bekannt. Weniger wahrgenommen wird jedoch, dass sie induziert sind durch **Verhinderung von mit Kapazitätsengpässen verbundenen Preissteigerungen bei steigender Nachfrage** infolge der permanenten Erweiterung der Angebote, sei es durch Straßenbauinfrastruktur oder durch Subventionierung der Energieproduktion.

Mein Fazit an dieser Stelle könnte eindeutiger nicht sein: Die Finanzpolitik des Staates ist nicht-nachhaltig; weder in der ökologischen (These 1 und 3) noch der sozialen (These 1 und 2) noch der ökonomischen bzw. finanzpolitischen (These 1, 2 und 3) Nachhaltigkeitsdimension.

3. Ansatzpunkte zur Umsteuerung in der Finanzpolitik

Fragen wir nach Ansatzpunkten zur Umsteuerung in der Finanzpolitik. Finanzpolitik geht immer von der instrumentellen Definition in Form der ausgaben- und einnahmepolitischen Instrumente aus. Als nachhaltig möchte ich eine Finanzpolitik qualifizieren, die ihre Instrumente mit dem Ziel einer Lösungsvernetzung der ökologischen, beschäftigungspolitischen, sozialpolitischen und finanzpolitischen Probleme einsetzt und gleichzeitig zukünftige neue Krisenpotentiale vermeidet. Dies ist eine äußerst anspruchsvolle Aufgabe, zumal eine Umsteuerung einerseits an dem gegebenen Zustand des Systems anknüpfen muss, andererseits jedoch eine Vision impliziert, die die Richtung der Neuorientierung bestimmt. Aus

³⁹ Borchert, Jürgen (2002), S. 34

⁴⁰ Minsch, Jürg u.a. (1996), S.113

dem Spannungsfeld zwischen diesen beiden Randbedingungen lassen sich dann pfadabhängig erste Schritte zur Umsteuerung konzipieren und qualifizieren. Ein Patentrezept gibt es nicht aber Eckpfeiler, Ideen und Anfänge. Nachfolgend möchte ich in einem 4-Punkteprogramm die Konturen erster Schritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Finanzpolitik entwerfen.

Mein erster Punkt betrifft die **Korrektur der allokativen Verzerrungen in den Preisrelationen der Produktionsfaktoren durch eine strukturelle Abgabenreform**, bei der schrittweise aber eindeutig gerichtet die hohe Belastung des Faktors Arbeit⁴² rückgeführt wird zu Lasten einer Steigerung der Abgabenbelastung der Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen. Dabei handelt es sich um ein nunmehr bereits über 20-ig Jahre altes Konzept, das von dem Ökonomieprofessor und Mitglied der VÖÖ Christoph Binswanger entwickelt wurde⁴³. Mit der Analyse der Abgabenbelastungsstrukturen zwischen den Produktionsfaktoren im Rahmen einer OECD-Studie haben Jarass und Obermair erstmals die erheblichen allokativen Verzerrungen aufgedeckt und quantifiziert⁴⁴. Die ökologische Steuerreform, wie wir sie in Deutschland haben, ist hier ein erster Schritt und obwohl mit erheblichen Ausnahmeregelungen behaftet⁴⁵, zeigen sich be-

reits Wirkungen. Der Benzinverbrauch ist im 1. Halbjahr 2001 gegenüber dem 1. Halbjahr 1999 um 12% gesunken. Im Schienentransport war in 2000 ein Wachstum von 7,9% zu verzeichnen. Die Zahl der Bahnreisenden stieg um 2%. Nach den Prognosen des DIW ist mit einer Minderung des CO²- Ausstoßes 2-3% bis 2005 zu rechnen⁴⁶. Folgt man den Berechnungen des Umweltbundesamtes so wird sich aus der realisierten ökologischen Steuerreform – nach dem alten Regelungsstand - mittelfristig 200 000 bis 230 000 Arbeitsplätze ergeben. Schon aus diesen ersten Signalen lässt sich sehr wohl die Lenkungswirkung unseres Abgabensystems belegen. Wichtig dabei ist zu akzeptieren, dass das Abgabensystem lenkt, ob gewollt oder ungewollt⁴⁷. Insofern erfordert der Weg zu einer nachhaltigen Finanzpolitik eine langfristige Weiterführung des Korrekturprogramms⁴⁸, in dem die Belastung des Produktionsfaktors Arbeit rückgeführt wird zulasten der beiden anderen Produktionsfaktoren. Die dadurch induzierten Veränderungen in den Kostenstrukturen werden zu einer Trendwende im technologischen Entwicklungspfad, zu energie-, raum- und materialsparenden Technologien und Produktionsverfahren, zur Wiederbelebung der arbeitsintensiven Dienstleistungsmärkte, insbesondere in den Reparatur- und Wiederverwertungssegmenten führen. Solche Lenkungswirkungen sind gewollt, denn sie werden die beschäftigungs-, sozial- und ökologischen Problemlagen mindern.⁴⁹

⁴¹ Siehe hierzu den Beitrag von Jürg Minsch

⁴² Der Beschluss der Koalition die Rentenversicherungsbeiträge von 19,1 auf 19,5 in 2003 zu erhöhen, trägt wiederum zur Verstärkung der Schieflage bei.

⁴³ Binswanger, Hans Christoph; Frisch, Heinz; Nutzinger Hans u.a. (1983)

⁴⁴ Siehe Jarass, Lorenz; Obermair, Gustav (1994,I), S.1911-1957

⁴⁵ Mit der Halbierung der bisherigen Ermäßigung der Ökosteuersätze für das produzierende Gewerbe, der Neufassung des sogenannten Spitzenausgleichs, die Erhöhung der Regelsätze für Erdgas als Heizstoff und für Flüssiggas bei gleichzeitiger Schonung von Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung und von GuD-Anlagen, dem schrittweisen Abbau der Vorzugsregelungen für Nachspeicherheizungen sind wichtige Schritte zum Abbau der kontraproduktiv wirkenden Ausnahmen vollzogen und ab 1.03.2003 in Kraft gesetzt.

⁴⁶ Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. (2002) S.3

⁴⁷ Dass gerade auch von Finanzwissenschaftlern die gewollte Lenkungswirkung der ökologischen Steuerreform kritisiert wird, zeigt: Man nimmt die Lenkungswirkung der stetigen Steigerung der Abgabenbelastung des Faktors Arbeit seit den 70-iger Jahren nicht wahr. Und man übersieht auch, dass sich der Trend zur Realisierung arbeitsparender technische Fortschritte u.a. hierin begründet.

⁴⁸ Die in der Argumentation zur ökologischen Steuerreform eine große Rolle spielende doppelte Dividende beschreibt faktisch die positive Effekte, die sich aus der Korrektur der status-quo Fehlallokation ergeben.

⁴⁹ Man muss sich nur fragen, welche Technologien, Produktionsverfahren, Güter und Märkte wir heute hätten,

Der zweite Punkt betrifft die **Schiefelage in den Sozialversicherungssystemen und im Einkommensteuersystem zu Lasten der Familien**. Eine Korrektur dieser spezifischen die Familien betreffenden Schiefelage lässt sich nur als integrierter Bestandteil der erforderlichen grundlegenden Reformen sowohl in den sozialen Sicherungssystemen als auch im Steuersystem begreifen. In seiner Analyse zur familienpolitischen Strukturreform formuliert Borchert die Zielsetzung des Korrekturprogramms: „Familien müssen in den Stand versetzt werden, ihre Kinder aus selbst erwirtschaftetem Einkommen zu unterhalten, statt in die Rolle von Almosenempfängern gedrängt zu werden. Dazu ist das fiskalische System der Einkommen- und Verbrauchsteuern ebenso grundsätzlich neu zu justieren wie das parafiskalische der Sozialversicherungsbeiträge“⁵⁰. Nachfolgend möchte ich in der gebotenen Kürze im ersten Schritt auf innovative Vorschläge zur Reform des Rentenversicherungssystems eingehen sowie einige wenige Sätze zur Reform der Pflegeversicherung anfügen. Im zweiten Schritt werden Vorschläge zur Neujustierung der Einkommensbesteuerung vorgestellt. Um die **Blindheit gegenüber dem Wert der Kinder als** unabdingbare Voraussetzung einer nachhaltigen Gesellschafts- und Humanpotentialentwicklung abzubauen⁵¹, ist an erster Stelle das Zwei-Generationenvertragskonzept der Renten- und Pflegeversicherung in ein die Ge-

samtgesellschaft betreffendes Drei-Generationenvertragskonzept zu überführen.

Hinsichtlich der gesamtgesellschaftlichen Perspektive ist konkret an die im jüngsten Diskurs um die Reform des Sozialstaates aktuellen Vorschläge einer Ausweitung der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme auf alle personengebundenen Einkommen nach dem Vorbild des Schweizer Modells des Rentenversicherungssystems zu denken, verbunden mit einer familiengerechten solidarischen Gestaltung des Beitragssystems nach dem Muster des Solidarzuschlags als Quoten zur Einkommensteuer. Damit würden Freibeträge und Progression, d.h. Kriterien der Leistungsfähigkeit berücksichtigt und die Beitragsbemessungsgrenzen beseitigt. Gleichzeitig könnten die Beitragssätze in erheblichem Umfang, vergleichbar dem Schweizer Niveau von derzeit 10,1%, gesenkt werden, was eine erhebliche Senkung der Belastung des Produktionsfaktors Arbeit zur Folge hätte.

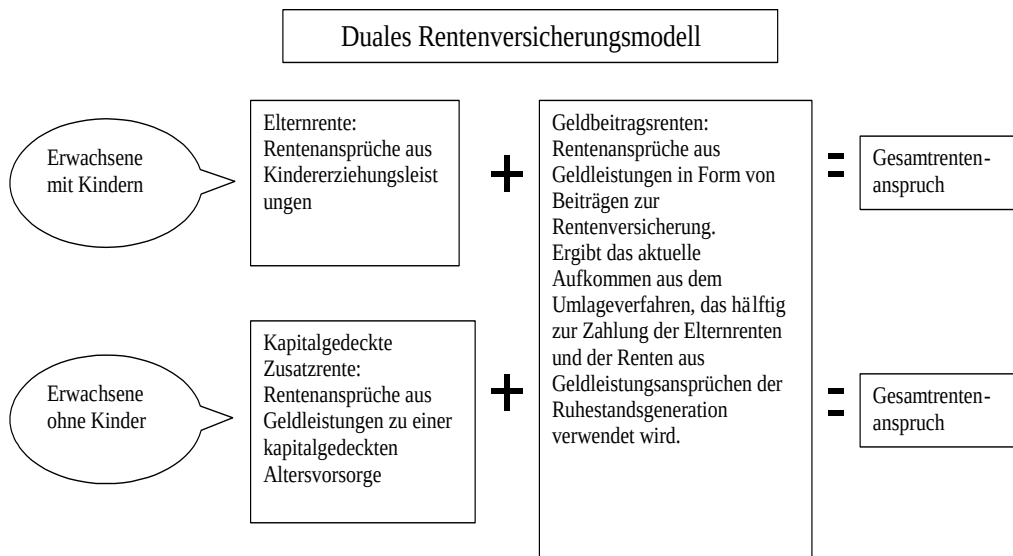
Die Idee des Drei-Generationenvertragskonzepts findet sich in den Vorschlägen der Einführung eines hybriden (Sinn)⁵² oder dualen (Borchert⁵³) Systems von Eltern und Geldbeitragsrenten. Beide Vorschläge basieren auf dem 3-Generationenmodell, wonach das Aufziehen, Erziehen und Ausbilden von Kindern und zukünftigen Erwerbstätigen, kurz die Kinderziehung, als eigenständige Beitragsleistung zu einer originären Altersversorgung führen muss.

wenn die Abgabenbelastung sich gleichmäßig mit jeweils ungefähr 25% auf die Produktionsfaktoren verteilen oder sogar eine Abgabenbelastung von 50% auf den Einsatz natürlicher Ressourcen bei 10%-iger Abgabenbelastung des Faktors Arbeit realisiert wäre.

⁵⁰ Borchert, Jürgen (2002), S.5

⁵¹ In Bezug auf die Diagnose einen nicht-nachhaltigen Gesellschafts- und Humanpotentialentwicklung siehe den Beitrag von Christiane Busch-Lüty in diesem Band. Die Folgewirkungen in Bezug auf die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme unter status quo Bedingungen angesichts der demographischen Entwicklung sind in ihrer Problematik in der Literatur in umfassender Weise dokumentiert.

⁵² Sinn, Hans-Werner (2001) S. 77ff



Zur Sicherung der Altersversorgung von Kinderlosen, deren Rente aus dem Umlagesystem sich halbieren würde, wird bei dieser Personengruppe die Leistungsfähigkeit einer komplementären privaten Altersvorsorge durch Geldkapitalbildung unterstellt⁵⁴.

In bezug auf die Reform der Pflegeversicherung hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Pflegeversicherungsurteil vom 3. April 2001 bereits eine Korrektur des Beitragssystems verlangt, das dem konstitutiven Charakter der Kindererziehung für die Pflegeversicherung Rechnung trägt. Da in der Pflegeversicherung der Leistungsanspruch vorgegeben ist und in keiner Beziehung zur Beitragszahlung steht, ist in erster Linie an die Berücksichtigung der Kindererziehung durch eine kinderzahlabhängige Beitragsgestaltung in der Pflegeversicherung zu denken⁵⁵.

Wenn Familien ihre Kinder aus dem selbst erwirtschafteten Einkommen unterhalten können sollen, so erfordert dies, dass „nicht nur das Existenzminimum der Kinder, sondern der ihnen tatsächlich nach den Vorschriften des Familienrechts geschuldete Unterhalt freigestellt wird.“⁵⁶ Dies erfordert Korrekturen im Einkommensteuersystem beispielsweise in Form eines Familiensplittings, was in der praktischen Ausgestaltung auch durch Anpassung der Kinderfreibeträge auf das wirkliche Existenzminimum von heute rund 7000 Euro und entsprechender Flankierung durch ein System negativer Einkommensteuern relativ problemlos realisiert werden könnte.

Mein dritter Punkt mündet in die Forderung nach **einer institutionellen Selbstbeschränkung der Gesellschaft zur Begrenzung der Staatsverschuldung**. Dies zielt auf den Kern dessen, was derzeit den Diskurs um die nachhaltige Finanzpolitik bestimmt. Es geht um die fiskalische Nachhaltigkeit, d.h. um die Zukunftsbelastungen in den öffentlichen Haushalten durch Staatsverschuldung.⁵⁷ Indem die Debatte sich jedoch zunehmend darauf konzentriert, fiskalische Nachhaltigkeit in modell-

⁵³ Borchert, Jürgen (2002)

⁵⁴ Siehe hierzu und zur Begründung, dass die komplementäre Einführung einer generellen kapitalgedeckten Altersvorsorge kein Modell zur Lösung der Zukunftsfähigkeit der Altersversorgung angesichts der demographischen Entwicklung darstellt ausführlich Sinn, Hans-Werner (2001) S. 77ff

⁵⁵ So auch Rürup, Bert (2001)

⁵⁶ Borchert, Jürgen (2002), S.5

theoretischen und quantitativen Vorgaben zu operationalisieren⁵⁸, entfernt sich der Blick gerade zunehmend von der Idee der nachhaltigen Entwicklung. Denn erstens widerspricht diese Sichtweise der den Nachhaltigkeitsdiskurs leitenden Gedanken der - aus der ganzheitlichen Perspektive resultierenden - Integration und zweitens übersehen die Definitions- und Operationalisierungsversuche, dass es sich eben gerade nicht um ein Konzept handelt, das sich anhand exakter Kriterien abschließend operationalisieren lässt, indem beispielsweise die „nachhaltige Defizitquote“ oder die optimale Schuldenquote abgeleitet wird.

Die fiskalische Dimension der Nachhaltigkeit erfordert eine institutionelle Selbstbeschränkung der Gesellschaft zur Begrenzung der Staatsverschuldung, basierend auf der Einsicht des berühmten Satzes von Hans Jonas, den Christiane Busch-Lüty bereits zitiert hat: „Das Handeln der Menschen heute muss den nachfolgenden Generationen so viel Freiheit lassen, dass auch sie zum Handeln noch fähig sind“. Dieser Satz gilt eben auch für die finanzpolitischen Handlungsspielräume der staatlichen Akteure. Aus dem Kontext des Postulats der Bewahrung von finanzpolitischen Handlungsspielräumen für zukünftige politische Akteure ergeben sich die Grenzen der heutigen Verschuldungspotentiale. Aus der Einsicht, dass die öffentliche Verschuldung in der Bundesrepublik Deutschland ein Ausmaß erreicht hat, das diese Grenze längst gesprengt hat, ergibt sich die Notwendigkeit zur Korrektur der Fehlentwicklungen in der öffentlichen Verschuldungspolitik. Die Vorschläge zur Reduktion der Staatsverschuldung beginnen mit der Rückführung der Nettoneuverschul-

dung durch Ausgabenreduktionen als Folge von grundlegenden Organisations- und Verwaltungsreformen im öffentlichen Sektor⁵⁹ oder eben einem Subventionsabbau.

Damit bin ich bei meinem 4. Punkt, der notwendigen Korrekturen im Fördersystem, konkret dem **Abbau ökologisch kontraproduktiver Subventionen**. Man spricht vom Subventionsdschungel und meint dabei die Überkomplexität des Fördersystems; man fordert den Abbau aber diese Forderung beispielsweise im Kohlebergbau und der Landwirtschaft kenne ich noch aus meinen Studienzeiten und das ist immerhin inzwischen mehr als 30 Jahre her. Greift man die Vorschläge⁶⁰ der generellen zeitlichen Begrenzung mit periodisch abnehmenden Subventionsbeiträgen – wie derzeit schon bei den Kohlesubventionen praktiziert -, sowie der Abschaffung von Steuervergünstigungen als Subventionstatbestand auf, so würden sich nicht nur Ausgabenspielräume für den Abbau der Staatsverschuldung bzw. die Rückführung der Nettoneuverschuldung, sondern gleichzeitig im Netto positive ökologische Effekte⁶¹ und neue Handlungsspielräume für ökologisch sinnvolle Förderprogramme ergeben.

Dieses 4 Punkte Programm löst keinesfalls alle Probleme. Und es ist nur ein Korrekturprogramm. Aber vielleicht liegt gerade darin, dass es nur um Korrekturen im Sozial-, Steuer-, Abgaben- und Ausgabensystem geht, seine besondere Bedeutung. Zeigt es doch, dass die ökologischen, sozialen und ökonomischen

⁵⁷ Siehe hierzu Teil II

⁵⁸ Siehe hierzu exemplarisch Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen(Hrsg.)(2001); Heise, Arne (2001); Kitterer, Wolfgang (2002), S. 67-73; Raffelhüschen, Bernd (2002), S.73-76

⁵⁹ Siehe hierzu Lang, Eva(2000), S.84 ff

⁶⁰ So fordert selbst der VDMA (Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.), dass grundsätzlich jegliche Subventionen zeitlich begrenzt, degressiv ausgestaltet und laufender staatlicher Kontrolle und Rechnungslegung unterworfen werden sollen.

⁶¹ Beispielsweise im Wohnungsbau- oder im Verkehrsbereich aber natürlich auch in der Agrarförderung, die entsprechende europäische Initiativen und Korrekturprogramme erfordert.

Problemlagen nicht naturwüchsig entstanden sind, sondern in gewichtigem Ausmaß aus der bewussten oder unbewussten Gestaltung der kulturellen Systeme von Wirtschaft und Gesellschaft resultieren. Nachhaltige Entwicklung erfordert insofern auch Richtungskorrekturen in der Finanzpolitik.

In dieser thesenartigen Darstellung mussten viele Detailfragen offen bleiben. Wichtig erscheint mir jedoch, dass weder Forderungen nach Abgabenerhöhungen noch Ausgaben-

steigerungen aufgestellt wurden. Vielmehr konnte gezeigt werden, dass die Reformvorhaben insgesamt aufkommensneutral gestaltet werden könnten. Das bedeutet natürlich nicht, dass der Korrekturprozess von einer nicht-nachhaltigen Finanzpolitik zur nachhaltigen Finanzpolitik nur Gewinner und keine Verlierer hervorbringen wird. Aber die Gesellschaft als Ganzes, die zukünftigen Generationen und die Beziehung zwischen Vater Staat und Mutter Natur würden sicherlich gewinnen.

Literatur:

- Auerbach, A.; Gokhale, J.; Kotlikoff, L. (1991): Generational Accounts: A meaningful Alternative to Deficit Accounting, in: David Bradford (Hrsg.), Tax Policy and Economy, 5 Cambridge, Mass.
- Auerbach, A.; Gokhale, J.; Kotlikoff, L. (1994): Generational Accounting: A Meaningful Way to Evaluate Fiscal Policy, in: Journal of Economic Perspectives, 8 1994
- Binswanger, Hans Christoph; Frisch, Heinz; Nutzinger Hans u.a. (1983): Arbeit ohne Umweltzerstörung – Strategien einen neuen Wirtschaftspolitik, Frankfurt a.M.
- Blanchard, Oliver u.a. (1990): The Sustainability of Fiscal Policy: New Answer to an Old Question, in: OECD Economic Studies No.15, Paris
- Borchert, Jürgen (2002); Der Wiesbadener Entwurf einer familienpolitischen Strukturreform des Sozialstaats, Diskussionspapier, Wiesbaden
- Eichel, Hans (2002): Nachhaltige Finanzpolitik für ein zukunftsfähiges Deutschland, in: Generationengerechtigkeit, 2.Jg., Mai 2002
- Föderverein Ökologische Steuerreform e.V. (2002) :ÖkoSteuereNews 8- April 2002
- Götz, Jens (1999): Generational Accounting – Buchhaltung für Generationen, in: Soziale Sicherheit, 5,
- Heise, Arne (2001): Das Konzept einer nachhaltigen Finanzpolitik aus heterodoxer Sicht – ein Diskussionsbeitrag, Working Paper No.76
- Hurrelmann, Klaus (1999): Die soziale Lebenslage von Kindern und Familien, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Familie 1999, Materialien zur Familienpolitik Nr. 5, Dokumentation einer Fachtagung, 27.4.1999
- Jarass, Lorenz; Obermair, Gustav (1994): More Jobs, Less Pollution: A Tax Policy for an Improved Use of Production Faktors, ATW-Forschung – Forschungsgesellschaft für Alternative Technologien und Wirtschaftsanalysen, Wiesbaden
- Kitterer, Wolfgang (2002): Mehr Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik, in: Wirtschaftsdienst, Heft 2

- Lang, Eva (2000): Wege zu einem zukunftsfähigen Staat, in: Grenzdörffer, Klaus; Biesecker, Adelheid; Elsner, Wolfram (Hrsg.): Vielfalt und Interaktion sozioökonomischer Kulturen – Modernität oder Zukunftsfähigkeit, Herbolzheim
- Lang, Joachim (1994): Reform der Familienbesteuerung, in: Steuerrecht- Verfassungsrecht – Finanzpolitik, Kirchhof, Paul; Offerhaus, Klaus; Schöberle, Horst (Hrsg.), Köln 1994
- Minsch, Jürg u.a. (1996): Mut zum ökologischen Umbau, Birkhäuser Verlag, Basel 1996
- Musgrave , R.V. (1956): Theorie der öffentlichen Schuld, in : Handbuch der Finanzwissenschaft, 2. Aufl., Bd.3, Tübingen 1956
- OECD (1998): Economic Outlook, December 1998, No.64
- Raffelhüschen, Bernd (2001): Eine Generationenbilanz der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik.; in: Graf Lambsdorff, O. (Hrsg.): Freiheit und soziale Verantwortung, Frankfurter Allgemeine Buch, Frankfurt am Main 2001
- Raffelhüschen, Bernd (2002): Ein Plädoyer für ein flexibles Instrument zur Analyse nachhaltiger Finanzpolitik, in Wirtschaftsdienst, Heft 2
- Repnik, Hans-Peter (2002): Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie fiskalpolitisch definieren! In: Orientierung zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 92, Juni 2002
- Rürup, Bert (2001): Wie soll Erziehung honoriert werden?, in : Blickpunkt Bundestag, Mai 05, www.bundestag.de/aktuell/bp/2001/bp0105/0105086.html, 3.1.02
- Sinn, Hans- Werner (2001): The Value of Children and Immigrants in a Pay-as-you-go Pension System. A Proposal for a Partial Transition to a Funded System, in: ifo-Studien, 47.Jg., Heft 1
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.) (2001): Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik – Konzepte für eine langfristige Orientierung öffentlicher Haushalte, Schriftenreihe Heft 71, Bonn

Kurzatmig zur Langfriststrategie

Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und Nachhaltigkeitsrat

von Angelika Zahrnt

Im Eilverfahren hat die Bundesregierung ihre Nationale Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt; der Einfluss des Rats für Nachhaltigkeit blieb unter diesen Bedingungen begrenzt. Eine persönliche Zwischenbilanz von Angelika Zahrnt, die Mitglied in diesem Rat ist.

Optimal waren die Startvoraussetzungen wahrlich nicht: Erst ein Jahr vor „Rio plus 10“ machte die Bundesregierung ernst mit ihrer Verpflichtung, zum Gipfel in Johannesburg die vereinbarte Nachhaltigkeitsstrategie vorzulegen. Die Empfehlungen der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ liegen seit langem vor, die Voten der Sachverständigenräte, die Vereinbarungen im Koalitionspapier, der Beschluss des Parlaments und des Kabinetts – und doch scheint es sehr mühsam, einen Staatssekretärsausschuss (Green Cabinet) einzuberufen, der die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung

Viel verlangt

Dieser so konstruierte Rat mit seinen 17 Mitgliedern soll nun quasi aus dem Stand die Bundesregierung beraten, ohne Zeit, sich als Gremium erst einmal selbst inhaltlich zu verständigen und dies mit einem sehr begrenzten Zeitbudget der vielbeschäftigten Mitglieder. Bei dieser Ausgangssituation blieb dem Rat fast keine andere Wahl als sich – ohne große Grundsatzdebatten und gruppendynamische Vorübungen – in die Arbeit zu stürzen, mit der Gründung von Arbeitsgruppen zu den drei

erarbeiten soll und einen Rat für nachhaltige Entwicklung, der die Bundesregierung hierbei beraten und gleichzeitig die Sache der Nachhaltigkeit in der Öffentlichkeit kommunizieren soll. Pluralistisch soll der Rat sein, die Ratsmitglieder sollen Persönlichkeiten sein, die sich der Nachhaltigkeit verpflichtet fühlen, keine Funktionärsansammlung und doch sollen die Mitglieder gesellschaftliche Gruppen repräsentieren; kompetent und medienwirksam soll der Rat auch noch sein – all dies unter einen Hut zu bringen, ist offensichtlich ein kompliziertes und langwieriges Unterfangen. Und recht machen kann man es trotzdem nicht allen: Wer repräsentiert den Wald und die Bildung, die Kunst und die Gesundheit? Den themen- und akteursumfassenden Anspruch der Nachhaltigkeit in Gremien arbeitsfähiger Größe abzubilden, kann nur ansatzweise gelingen, bleibt lückenhaft und angreifbar.

Themenfeldern Mobilität, Energie sowie Umwelt, Ernährung, Gesundheit, die die Bundesregierung als Schwerpunkte ihrer Nachhaltigkeitsstrategie bestimmt hatte. In den heterogen besetzten Arbeitsgruppen wurde heftig diskutiert und gerungen, schließlich wurden Leitbilder und Projekte erarbeitet und vom Gesamtrat beschlossen. Die relativ gut ausgestattete Geschäftsstelle des Rates mit einem Geschäftsführer und drei wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat diese Arbeit unterstützt.

Darüber hinaus formulierte der Rat frühzeitig eine wesentliche Anforderung an eine Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung: Die Ziele sollten langfristig ausgerichtet und quantifiziert werden. Politiker, die sich an Medienresonanz und Wahlterminen orientieren, die im hektischen Tagesgeschäft dem Druck von Interessengruppen ausgesetzt sind, brauchen vereinbarte langfristige Ziele als Rückenstärkung, auf die sie zur Selbstbindung verweisen können. Sie sind Orientierung für alle Akteursgruppen, ob für die Wirtschaft mit ihren Investitionen, oder für private Haushalte mit der Entscheidung, welches Auto sie anschaffen wollen, ob sie ein Häuschen im Grünen oder die Eigentumswohnung in der Stadt kaufen.

Arbeit unter Zeitdruck

Ein Etappenziel war erreicht, als zum Jahresende 2001 der Rat sein „Dialogpapier“ veröffentlichte und zeitgleich die Bundesregierung ihren Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie. Beides war unter Zeitdruck entstanden, mit relativ wenig Gelegenheit zu Austausch und Beratung, so dass die Dialogphase mit der Öffentlichkeit über den Entwurf auch die Dialogphase mit dem Rat war. Gewünscht hätte man sich, dass die Zeit ein mehrstufiges Verfahren erlaubt hätte, mit einer intensiven Beratungsphase durch den Rat vor einer Veröffentlichung des Entwurfs der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung.

Gezeigt hat sich auch, dass durch das Einstellen von Dokumenten ins Internet und die Aufforderung zum Dialog, allein kaum eine größere öffentliche Resonanz entsteht. Bei den zirka 100 Stellungnahmen zum Entwurf der Bundesregierung und zum Dialogpapier des Rates haben sich jeweils vor allem die ohnehin am Thema Nachhaltigkeit arbeitenden Verbände,

Institute, Gremien beteiligt. Die erhoffte breite Mobilisierung und Diskussionsfreude zur Nachhaltigkeitsstrategie ist mit dem neuen Medium nicht erreicht worden.

Die Einladungen des Kanzleramts an die Verbände zu Gesprächen über die Schwerpunkte der Nachhaltigkeitsstrategie machten zwar die Bereitschaft deutlich, die gesellschaftlichen Gruppen einzubeziehen, litten aber auch unter der Kurzfristigkeit der Termine. Positiv war (und ist) ein vom Bundesumweltministerium gefördertes Projekt für die drei großen Umweltverbände Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Naturschutzbund (NABU) und Deutscher Naturschutzring (DNR), das die Umweltverbände in ihrer Arbeit an der Nachhaltigkeitsstrategie stärken soll. In diesem Rahmen wurden verschiedene Verbände übergreifende und öffentliche Workshops durchgeführt.

Die Kritik am Entwurf

Die kurze Dauer der „Dialogphase“ und die mangelnde Planung sind folgerichtig auch ein durchgehender Kritikpunkt der eingegangenen Stellungnahmen: Eine breitere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, von Kommunen und Ländern, die in der Agenda 21 geforderte Partizipation also, habe in diesem engen zeitlichen Rahmen nicht stattfinden können. Auch seien weder das Parlament noch die wissenschaftlichen Beratungsgremien ausreichend einbezogen worden.

Inhaltlich konzentrierte sich die Kritik auf folgende Punkte:

1. Die „Übersetzung“ des Begriffs der Nachhaltigkeit mit seinen drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales in die Leitworte „Generationengerechtigkeit, Lebensqualität,

sozialer Zusammenhalt, internationale Verantwortung“ wird zum Teil stark kritisiert, insbesondere weil die für Nachhaltigkeit konstitutive Dimension der Umwelt nicht mehr explizit, sondern einbezogen in die „Lebensqualität“ vorkommt. Von anderen dagegen wird die neue Begriffsbildung und Sichtweise als durchaus belebend und für eine öffentliche Diskussion als förderlich empfunden.

2. Durchgehend kritisch gesehen wird die fehlende ethische Fundierung und die Betonung der intergenerationellen Gerechtigkeit (gegenüber künftigen Generationen) vor der intragenerationellen Gerechtigkeit (dem Ausgleich zwischen Nord und Süd). Die Nachhaltigkeitsstrategie sei zu sehr national und vom eigenen Interesse her gedacht und werde dem Anspruch und dem neuen Ansatz von „Rio“, Umwelt und Entwicklung in ihrer Wechselbeziehung und Bedingtheit zu sehen, nicht gerecht.

3. Umfangreiche Kritik wird geäußert an den Zielen und Indikatoren, sowohl an der Systematik wie an einzelnen Indikatoren. Gerade hier werde die mangelnde Kommunikation mit wissenschaftlichen Beratungsgremien und der fehlende politische Mut zu ehrgeizigeren und langfristigen Zielen deutlich, wie auch der nicht ausgetragene (mögliche) Konflikt zwischen einer Wachstums- und einer Nachhaltigkeitsstrategie.

4. Vermisst wird auch, Ziele mit einem entsprechenden Maßnahmenplan zu flankieren, weshalb der Eindruck entstehen könne, die programmierten Ziele hätten eher den Charakter frommer Wünsche, als dass sie handlungsleitend seien.

Dialog ernst genommen

Auch für die Auseinandersetzung mit dieser Kritik blieb – diesmal für die Bundesregierung

– wenig Zeit. Nach Abschluss der Dialogphase Anfang März 2002 wurde die nationale Nachhaltigkeitsstrategie Anfang April im Green Cabinet und Mitte April im Kabinett verabschiedet. Die Bundesregierung hat den Dialogprozess trotz der Kürze durchaus ernst genommen. Das zeigt sich vor allem an zahlreichen Änderungen am Text. Allerdings beschränkten sich die meisten Änderungen auf Verbesserungen bei der Problembeschreibung und kleinere Details bei den Zielen und Maßnahmen. Die wichtigste positive Änderung für die Umwelt ist das Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieerzeugung in Deutschland bis 2050 auf 50 Prozent zu steigern; dieses war im Entwurf lediglich als unverbindliches globales Ziel beschrieben worden. Bei dem umstrittenen Thema, für ein anspruchsvolles nationales Klimaschutzziel bis 2020 absolute Minde-rungsziele für den Energieverbrauch und die Entwicklung der Verkehrsmenge festzulegen und der Kritik an der Steigerung des Bruttoinlandsproduktes als zentrales Ziel, blieb die Bundesregierung hingegen bei ihrer ursprünglichen Position. Immerhin dokumentiert sie die Einwände ihrer Kritiker in der Strategie und eröffnet da-mit Ansatzpunkte, diese strittigen Themen bei der 2004 anstehenden Revision der Strategie wieder aufzugreifen.

Die Bundesregierung hat also ihre Hausaufgabe gemacht – sie kann bei der Konferenz in Johannesburg ihre nationale Nachhaltigkeitsstrategie vorlegen. Was bleibt für mich nach einem Jahr Nachhaltigkeitsarbeit im Rat?

Persönliches Resümee

Es bleiben als persönliches Resümee einige neue Einsichten und Erkenntnisse, Erfahrungen und Bestätigungen:

1. Partizipation braucht Zeit, Internet-Foren führen zu keiner Beteiligungswelle und kurze Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden und Interessengruppen sind keine umfassende gesellschaftliche Beteiligung.

2. Wichtig sind institutionelle Neuerungen wie das Green Cabinet der Staatssekretäre. Hier muss die oft zitierte Vernetztheit der Themen in praktische Politik umgesetzt werden. Hier treten auch die bekannten Differenzen zwischen dem Umweltministerium und dem Entwicklungsministerium auf der einen und dem Finanzministerium und Wirtschaftsministerium auf der anderen Seite zu Tage. Tendenziell wird durch das Thema Nachhaltigkeit die Umwelt- und Entwicklungsseite gestärkt, das realpolitische Gewicht ist aber eindeutig immer noch beim Wirtschafts- und Finanzressort.

Konflikte nicht umschiffen

3. Der Konflikt zwischen einer ungebrochenen Wachstumsphilosophie (die die kritische Diskussion der 70er und 80er Jahre wohl für eine historische Episode hält) und einer Nachhaltigkeitsphilosophie wird tunlichst nicht angesprochen oder in Sprachformeln („Ökologie ist Langfristökonomie“) harmonisiert. Das führt dann zu Unstimmigkeiten, wenn versucht wird, beiden Richtungen gleichzeitig zu dienen: Wenn etwa die bekannte Managementregel der Nachhaltigkeit, sich an absoluten Grenzen der Belastbarkeit zu orientieren, am Anfang steht, dann aber die Ziele und Indikatoren für die zu verringernde Umweltbelastung auf die Wirtschaftsleistung bezogen werden.

4. Für eine zielgerichtete, rationale, überprüfbare Politik ist es notwendig, kurz- und langfristige quantitative Ziele festzulegen und sie

zu überprüfen. Allerdings ist dies nur eine notwendige, keinesfalls aber hinreichende Bedingung, um diese Ziele auch zu erreichen. Kontinuierlicher politischer Wille und öffentliche Unterstützung beziehungsweise öffentlicher Druck lassen aus einem erstrebenswerten Ziel eine angestrebte Strategie und ihre Durchsetzung auch bei Widerständen zur Realität werden. Das oft wiederholte alte UN-Ziel für die westlichen Industrieländer, 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts als staatliche Entwicklungshilfe zu geben, hat zum Beispiel in der Bundesrepublik nicht verhindert, dass die Quote auf 0,27 Prozent absinken konnte. Die weltweite Entwicklungshilfe ist 2001 auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren gesunken. Erst unter dem Eindruck des 11. Septembers und der aus der weltweiten Armut entstehenden Terrorgefahren und unter dem Druck der Entwicklungsländer im Zusammenhang mit dem Johannesburg-Gipfel zeichnet sich ab, dass das 0,7 Prozent-Ziel von einer verbalen Pflichtschuld zu einer finanziellen Verpflichtung wird.

5. Zwischen der Bekenntnisebene und der Ebene der Ziele und Umsetzung gibt es Leerstellen und Dissonanzen. Das ist nicht verwunderlich, muss sich doch die Politik zu Gunsten einer Langfristorientierung und einer weltweiten Solidarität grundlegend verändern. Diese Umorientierung wird aber nur dann gelingen, wenn die Leer- und Schwachstellen, wenn die Konfliktbereiche aufgezeigt werden, damit eine offene und politische Auseinandersetzung stattfinden kann. Die Rhetorik der Win-Win-Situationen trägt nicht weit genug. Man sollte die Win-Win-Gelegenheiten nutzen und gleichzeitig die Konfliktfelder angehen, zumindest aber ungeschönt benennen. Ein Beispiel dafür ist der Konflikt zwischen dem

CO₂-Minderungsziel und den Steinkohlesubventionen oder auch dem Verkehrswachstum. Ein anderes Beispiel ist der hohe Fleischkonsum in der Bundesrepublik, der viel zu den Umweltproblemen bei uns und zur Verschlechterung der Ernährungssituation in den Ländern des Südens beiträgt.

6. Ehrgeizige Ziele fallen umso leichter, je weiter weg man selbst davon ist, die nötigen Maßnahmen treffen zu müssen, vor allem aber die absehbaren Konflikte durchstehen zu müssen. Das (richtige) Ziel, den Flächenverbrauch in der Bundesrepublik massiv zu reduzieren, fällt der Bundesregierung relativ leicht, weil sie die Aufgabe und die Konflikte vor allem bei den Ländern und Kommunen, in der Raumplanung und bei Städtebau sieht. Der in der Kompetenz auf Bundesebene liegende, konfliktträchtige Abbau der Entfernungspauschale oder der Eigenheimzulage, die wesentliche Faktoren für die Zersiedelung sind, wird in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie geflissentlich gar nicht angesprochen.

Subversive Lebensstildebatte

7. Die Begeisterung für die Effizienzstrategie ist groß (und durchaus positiv zu werten), die Scheu vor oder auch die Ablehnung einer Debatte über Suffizienzstrategien, über Lebensstile ist hingegen ausgeprägt. Dies wird als Privatsache deklariert, hier habe die Regierung nicht hinein zu regieren und der Rat keine Ratschläge zu erteilen. Diese zunächst sympathisch erscheinende Zurückhaltung übersieht aber geflissentlich, dass staatliche Maßnahmen – vom Straßenbauprogramm über die Eigenheimzulage – massiv privates Verhalten beeinflussen. Der Beeinflussung der Konsumenten durch die Werbung steht ein (finanziell) nur kümmerliches Gegengewicht durch die

Verbraucherberatung gegenüber. Verständlich ist die Aversion gegenüber der Lebensstildebatte schon, denn letztlich steckt dahinter die Frage nach dem Genug, nach den Grenzen des Wachstums, die alte Frage des Haben oder Seins – „gut leben statt viel haben“, wie das viel diskutierte Leitbild in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ heißt.

Die Lebensstildebatte hat in einer Konsum- und Wachstumsgesellschaft durchaus etwas Subversives. Denn das Nachdenken über Zeit- und Güterwohlstand, über das Verhältnis von Markt- und Eigenproduktion, von Dienstleistungen und familiären, nachbarschaftlichem, ehrenamtlichem Handeln könnte die zunehmende Kommerzialisierung aller Lebensbereiche in Frage stellen – und die damit umgangene Wachstumsfrage neu stellen.

Man stelle sich vor, die Bundesregierung nähme die Erkenntnis von Rio, dass die westlichen Konsumstile sich ändern müssten, ernst und würde plakativ: „Die schönsten Dinge im Leben gibt's umsonst“. Wohl wahr – aber wirtschaftsfeindlich.

Umsteuern bei knappen Kassen

8. In Zeiten knapper Kassen und bei dem Ziel finanzieller Nachhaltigkeit ist ein Umsteuern, ein Ändern von Prioritäten schwierig. Neuen Prioritäten sind nur finanzierbar, wenn anderswo Abstriche gemacht werden. Die „Besitzstandswahrung“ der Ressorts und der dahinter stehenden Interessengruppen kann dies schwierig und politisch riskant bis unmöglich werden lassen.

Auf der anderen Seite bietet die Finanzknappheit (zumindest theoretisch) die Chance höherer ökonomischer Rationalität, indem Ausgaben stärker auf ihre Kosten-Nutzen-Relation überprüft werden. Hier geht beim Abbau ökologisch schädlicher Subventionen oder der

Verhinderung von prestigeträchtigen Großprojekten das ökologische und ökonomische Argument in die gleiche Richtung.

Weltweit denken

9. Die entwicklungspolitischen Implikationen nationaler und EU-weiter Politikänderungen müssen im gleichen Maße einbezogen werden wie (schon jetzt) die Auswirkungen der Außenhandelspolitik auf die nationale Politik. Die Agrarwende in der Bundesrepublik Deutschland findet nicht auf einer grünen Insel statt. Hier ist – auch auf Seiten der Nichtregierungsorganisation – ein sehr viel intensiverer Austausch zwischen Fachpolitik, Entwicklungspolitik und Umweltpolitik nötig. Der Vorwurf des ökologischen Imperialismus von Seiten der Entwicklungsländer muss ernst genommen und die Auseinandersetzung um einen Ausgleich zweier berechtigter, sich aber manchmal auch widersprechender Ziele, Umwelt und Entwicklung, aufgenommen werden.

10. Gegen den Vorrang der Ökonomie, gegen die Machtverschiebung von Parlamenten und Regierungen zu den Global Players und den Devisenmärkten gibt es weitverbreitetes Unbehagen und zunehmend zivilgesellschaftlichen Widerstand: Von Seattle über Porto Alegre bis Barcelona. Das Spannungsfeld zwischen lokaler und globaler Ökonomie, zwischen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Macht, zwischen Freihandel und Begrenzungen hat höchste Brisanz und ist noch weit von analytischer Durchdringung und stringenten politischen Strategien entfernt. Deshalb hat der Rat der Bundesregierung vorgeschlagen, sich in Johannesburg für eine „world commission on globalisation and sustainability“ einzusetzen, um zu klären, wie Globalisierung und

Nachhaltigkeit zusammenpassen und welchen weltweiten Ordnungsrahmen wir brauchen.

Kein Lieferant für Visionen

11. In manchen Gesprächen klingt Enttäuschung an: Hinter der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sei keine Vision erkennbar, der Rat habe sie auch nicht geliefert, der Bekanntheitsgrad der Nachhaltigkeit sei nicht erkennbar angestiegen. Ich denke, hier sollte man die Erwartungen hinterfragen und in realistischer Bescheidenheit feststellen: Pluralistische Gremien (und auch das Green Cabinet ist ein solches) können kaum Visionen entwerfen. Sie können fein austarierte Konvolute verfassen, die aber kaum Diskussionsfreude, geschweige denn Begeisterung auslösen werden. Überbeschäftigte Ratsmitglieder werden nicht zu medienwirksamen Sendboten der Nachhaltigkeit mutieren. Eine Öffentlichkeitskampagne der Bundesregierung zur Nachhaltigkeit könnte zwar den Begriff auf die Plakate bringen, müsste aber plakativ bleiben.

Nein, es bleibt die nüchterne (nicht neue) Erkenntnis: Nachhaltigkeit ist ein gesellschaftlicher Such- und Lernprozess. Die Bundesregierung und der Rat für nachhaltige Entwicklung haben einen Beitrag hierzu geleistet. Die Hoffnung auf den Stein der Weisen, den der Rat der Weisen finden möge, ist unrealistisch und ein bisschen Delegation. Es hilft nichts: Wir müssen uns schon alle selbst auf die Suche machen nach den Steinen, die unseren Weg zur Nachhaltigkeit pflastern sollen, wir müssen unsere Visionen entwickeln, uns über unsere Vorstellungen austauschen, wie wir in Zukunft leben wollen und wie unser Weg aussehen soll – zu einem zukunftsfähigen Deutschland.

Synthese: Umsetzungsvorschläge zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppen oder die Frage: Was können wir für eine Verbesserung der Beziehung zwischen Vater Staat und Mutter Natur tun?

von Adelheid Biesecker

Die Synthese-Diskussion strukturierte sich entlang von fünf Punkten, in denen die während der Tagung entwickelten Handlungsvorschläge gruppiert wurden:

1. Es gilt, die Beziehung zwischen „Vater Staat“ und „Mutter Natur“ zu modernisieren. Wenn diese Beziehung gemäß dem traditionellen hierarchischen Geschlechterverhältnis gestaltet ist, ist es eine patriarchale, d. h. herrschaftliche Beziehung. Gemäß einem neuen, „nachhaltigen“ Ehevertrag zwischen „Vater Staat“ und „Mutter Natur“ gilt es, eine nachhaltige Partnerschaft zu entwickeln, eine kooperative bzw. ko-evolutionäre Partnerschaft. Das beinhaltet die Suche nach einer Staatsform, die sich in dieser Partnerschaft ko-evolutionär bewähren kann. Konzepte dafür werden unter den Begriffen „ermöglichender Staat“, „aktivierender Staat“, „Zivilgesellschaft“ skizziert. Die Diskussion ergab, dass es dabei nicht um die Abschaffung der Verantwortung des Staates, sondern sehr wohl um einen starken Staat geht, der mächtig genug ist, Nachhaltigkeit auf den Weg zu bringen und auszugestalten. Aus der bisherigen Diskussion während der Tagung folgte, dass hier Schwerpunkte bei der Förderung der Familie und bei der Umgestaltung der Wirtschaftsweise hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu setzen sind.

2. Es gilt, Grenzen einzuhalten.

In seinem Vortrag hatte Jürg Minsch wiederholt auf die „Carrying capacity“ verwiesen und dafür plädiert, ökologische Leitplanken zu entwickeln, die langfristig eingehalten werden müssten. Die weitere Diskussion ergab, dass es nicht nur um das Einhalten von Grenzen, sondern um mehr geht – um den Erhalt der Produktivität der Natur. Notwendig ist eine Langfristperspektive, unter der auch alle kurzfristigen Handlungen beurteilt werden. Angelika Zahrnt hatte in ihrem Vortrag betont, dass es sehr unpopulär ist, solche Grenzen einzuhalten. Gerade deshalb geht es darum, konkrete innovative Projekte zu fördern, die deutlich machen, wie dieses Einhalten von Grenzen gehen kann. Darüber können auch alte Bilder aufgebrochen werden. Diese Projekte, das hatte insbesondere das Referat von Angelika Zahrnt deutlich gemacht, müssen jedoch ressortübergreifend angelegt sein – hier gilt es gerade nicht, alte Grenzen einzuhalten, sondern Ressortgrenzen einzureißen.

3. Handlungsbedarf, wie er in den Arbeitsgruppen formuliert wurde:

Für beide Arbeitsgruppen steht die Partizipation der beteiligten Menschen im Mittelpunkt. Diese bezieht sich auf alle Ebenen – die lokale Ebene, die globale Ebene und alle Ebenen dazwischen.

Handlungsbedarf aus der AG Bilder:

- es gilt, die AkteurInnen in die Bilder zurückzuholen;

- es gilt, das Erfahrungswissen in den Wissensbestand hereinzuholen und das in neuen Bildern zu verdeutlichen;
- es gilt, sich um Wahrnehmung zu bemühen, insbesondere um die Wahrnehmung von Zusammenhängen (z.B. gilt es, den Zusammenhang zwischen Elternleben und der späteren geringen Höhe der Rente den Betroffenen deutlich zu machen.) Dies wurde als Aufgabe der Wissenschaft bezeichnet.

Handlungsbedarf aus der AG Nachhaltigkeits-Kultur:

- es gilt, neue Handlungsrouninen für Nachhaltigkeit zu entdecken und einzuüben;
- es gilt, Nischen und Erfahrungsräume dafür zu schaffen;
- es gilt, Grenzen durchlässig zu machen;
- es gilt, eine Streitkultur zu entwickeln, Diskurse als Entdeckungsverfahren zu organisieren;
- es gilt, neue Bildungsinhalte für Nachhaltigkeit zu entwickeln;
- es gilt, die Bedürfnisse zu reflektieren und über veränderte Bedürfnisse nachzudenken.

Dabei deckten sich die Betonung des Erfahrungswissens und dessen Integration in den gesellschaftlichen Wissensbestand in der AG Bilder mit der Suche nach neuen Bildungsinhalten und nach Nischen und Erfahrungsräumen für neue Handlungsrouninen der AG Nachhaltigkeits-Kultur. Diesem Komplex wurde in der Diskussion auch die Bedürfnisreflektion zugeordnet. Hier entstand nach und nach ein Schwerpunkt für die Entwicklung von Umsetzungsvorschlägen.

4. Bezug zu den drei Schlüsselfeldern – wie lassen sich auf diesem Hintergrund die Handlungsvorschläge in den drei Schlüsselfeldern beurteilen? Welche neuen Handlungsvorschläge fallen uns darüber hinaus ein?

Die Diskussion um die in den drei Schlüsselfeldern von Christiane Busch-Lüty (Bevölkerung, Familien, Bildung), Karl W. Steininger (Verkehr, Energie) und Eva Lang (Finanzpolitik des Staates) entwickelten Handlungsvorschläge konnte nicht systematisch zu Ende geführt werden. Hier steht also noch aus, entsprechend den während der Tagung erarbeiteten Kriterien, diese Vorschläge zu bewerten und nach neuen Vorschlägen zu suchen. Deutlich wurde jedoch, dass eine allgemeine Grundlage für die Ausgestaltung von Nachhaltigkeit ein BürgerInnen-Geld ist, das ein dem jeweiligen Wohlstandsniveau angemessenes Leben ermöglicht und auf der Grundlage den Menschen Handlungsfreiheit und Experimentiermöglichkeiten gibt.

5. Die Integration der drei Schlüsselfelder – wo gibt es welche Querschnittsperspektive?

Als Elemente einer solchen Querschnittsperspektive wurden genannt:

- die Wissenschaft als Querschnittsprojekt
- Nachhaltigkeit als Lernfeld
- eine Ethik der Nachhaltigkeit
- eine Nachhaltigkeitsstrategie
- Stadtentwicklungsprogramme
- der Ausweis von Frauen-Haushaltstiteln in den öffentlichen Haushalten.

Die Diskussion setzte den Schwerpunkt zum einen bei der Wissenschaft als Querschnittsprojekt, zum anderen beim Wissen der Bürgerinnen und Bürger selbst. Wissenschaft als Querschnittsprojekt sollte Hindernisse aufdecken, Zusammenhänge verdeutlichen und durch die Kritik des Bestehenden Alternativen aufzeigen. Und Nachhaltigkeit als Lernfeld auszugestalten bedeutet, so machten verschiedene Beiträge deutlich, Lernprozesse als selbstorganisierte Prozesse verlaufen zu las-

sen. Das beinhaltet jedoch auch eine infrastrukturelle Unterstützung durch Kommunen und Staatsebenen, aber auch durch solche neuen institutionellen Arrangements wie Energie-Agenturen mit entsprechender Internet-

Plattform, über die Informationen einfach abrufbar sind. Die Frage, „Wie kommen BürgerInnen an ihr Wissen?“ wurde in diesem Rahmen andiskutiert, jedoch nicht abschließend behandelt.

„Der Mensch ist, was er isst“

Nachhaltigkeit im Zeichen der Biologie und Biophilosophie der Ernährung

von Hans Werner Ingensiep

„Der Mensch ist, was er isst“ – dieser Ausspruch des Philosophen Ludwig Feuerbach (1804 – 1872) aus dem Jahre 1850 wird der Leitfaden für einige biophilosophische Betrachtungen zur Nahrung und Ernährung des Menschen sein. Feuerbach stand zwischen zwei anderen Größen dieses Jahrhunderts, Hegel und Nietzsche, und inspirierte Materialisten wie Engels und Marx, von denen jeder auf seine Weise versuchte, eine Antwort auf die Grundfrage der Philosophischen Anthropologie: Was ist der Mensch? zu finden. Von Hegel wissen wir, dass der Mensch ein Geistwesen voller widersprüchlicher Ideen ist. Nietzsche schickte den Propheten Zarathustra, um vom „Übermenschen“ zu predigen, Marx und Engels meinten, dass das „Sein“ das „Bewusstsein“ bestimmt und nicht umgekehrt oder mit Brecht frei übersetzt: „Erst kommt das Fressen, dann die Moral!“ Wie aber kommt ein kritisch gebildeter Philosoph dazu, eine derart grundlegende Frage nach dem Wesen des Menschen auf diese triviale Weise zu beantworten: „Der Mensch ist, was er isst!“.

Die Feuerbachsche These ist aus dem Zeitgeist heraus zu verstehen (1.) und die Frage, ob eine solche Antwort aus heutiger Perspektive noch tragfähig ist, erfordert zunächst einen radikal biologischen Standpunkt (2.), um daran mit Plessner und Jonas einige fundamentale biophilosophische Reflexionen anzuschließen (3.). Positionsbestimmungen zu ethischen Fragen der Ernährung folgen (4.) und führen wieder auf die Idee der Nachhaltigkeit aus philo-

sophisch-anthropologischer Perspektive betrachtet (5.).

1. Feuerbachs Ausspruch im Zeitgeist betrachtet

Feuerbachs Bonmot wird verständlicher, wenn wir die Situation des Lebensbegriffes und die neue Ernährungsphysiologie im 19. Jahrhundert näher beleuchten. Mitte des 19. Jahrhunderts prallen tradierte Begriffe von Seele, Leben und Lebenskraft mit einem neuen an den Naturwissenschaften orientierten Lebensbegriff zusammen. Die Chemie war gerade zur neuen Leitwissenschaft erhoben worden. Selbst der Neubegründer der Labor- und Agrikulturchemie Justus von Liebig (1803-1873) sprach noch von einer besonderen „Lebenskraft“, die nur beim Aufbau organischer Stoffe in Organismen beteiligt war. Einer seiner jüngeren Fachkollegen, der holländische Ernährungsphysiologe Jacob Moleschott (1822-1893), kritisierte und radikalisierte Liebig's Ansichten und erklärte den Tierkörper durchgängig zur Stoffwechselmaschine. „Kraft und Stoff“ treten nun an die Stelle der undurchsichtigen „Lebenskraft“, und zwar nichts als Kraft und Stoff. Moleschott zählte zu den radikalen physiologischen Materialisten – wie der Arzt Büchner oder der Zoologe Vogt - und wollte freigeistig und naturwissenschaftlich über den Menschen und seine Ernährung aufklären. In diesem Geiste ist seine „Lehre der Nahrungsmittel. Für das Volk“ (1850) und sein programmatisches Hauptwerk „Der Kreislauf des Lebens“ (1852; 5. Auflage 1887) verfasst, was

in der Zeit nach der bürgerlichen Märzrevolution um 1848 nicht ganz ungefährlich war. „Ohne Phosphor kein Gedanke“, lautete ein programmatischer Satz, was darauf hinauslief, dass die „Seele“ ein materiell bestimmter Gehirnzustand war – weiter nichts. Entsprechend galt es als oberstes physiologische Gebot, alle chemischen Stoffe richtig zu verteilen und zwar sowohl im einzelnen Menschen, damit er vernünftig denken konnte, als auch in der Menschheit, damit Arme, Unterdrückte und Unterernährte die richtige Nahrung erhielten. Selbst die Toten sollten verbrannt werden, um ihre Asche wieder als Düngemittel in den natürlichen „Kreislauf des Lebens“ zurückzuführen - Ansichten, die vom Rektor der Universität Heidelberg als „unsittlich und frivol“ erkannt wurden, so dass der Verwarnte, seit 1847 Privatdozent für Physiologie, aufs Lehramt verzichtete, aber weiter forschte, um später in Zürich und im freien Italien Karriere zu machen. Die Ernährungslehre war also in die Mühlen der bürgerlichen Revolution geraten, in die Politik der Reaktion und Restauration in Deutschland.

In diesen Zeiten bürgerlicher Aufruhr hielt der Freigeist Feuerbach in Heidelberg 1848/1849 seine berühmten Vorlesungen über das Wesen der Religion. Ein Zuhörer war Moleschott. Der nicht minder kritische Feuerbach nutzte Moleschotts Werk zur volksnahen Ernährungslehre im Jahre 1850 zu einer sog. „Rezension“, die eigentlich ein politisch-philosophischer Rundumschlag gegen Reaktion und Religion nach der gescheiterten Märzrevolution von 1848 war, daher der Titel: „Die Naturwissenschaft und die Revolution“. Der später sog. „Vater des deutschen Materialismus“ schlägt sich auf die Seite Moleschotts: Kein Leben, kein Mensch, keine Gedanke ohne Stoff, der über das Blut verteilt im Gehirn schließlich zu

„Gesinnungsstoff“ verwandelt wird. Mensch und Volk bedürfen der rechten Speise, um nicht vegetieren zu müssen. Der altbekannte Satz „Essen und Trinken hält Leib und Seele zusammen“ bekommt nun eine neue Bedeutung:

„Was ist der Anfang der Philosophie? Ich oder Nicht-Ich, Bewusstsein oder Sein? Oh, ihr Tohren, die ihr vor lauter Bewunderung über das Rätsel des Anfangs den Mund aufsperrt und doch nicht seht, dass der offene Mund der Eingang ins Innere der Natur ist, dass die Zähne schon längst die Nüsse geknackt haben, worüber ihr noch heute euch vergeblich den Kopf zerbrecht! Damit muss man anfangen zu denken, womit man anfängt zu existieren.“ (...) „Die alte Welt stellte den Leib auf den Kopf, die neue setzt den Kopf auf den Leib; die alte Welt ließ die Materie aus dem Geiste, die neue lässt den Geist aus der Materie entspringen.“

Dass Leben Stoffwechsel ist, ist für Feuerbach eminent politisch. Wenn die Revolutionäre nicht die richtige Nahrung haben, haben sie auch keine Chance gegen die Reaktionäre, weshalb er mit Moleschott die Kartoffel für ein unmenschliches und naturwidriges Nahrungsmittel erklärt, welches bei einseitigem Verzehr nur „träges Kartoffelblut“ erzeuge. So hätten die irischen Kartoffeleesser schon deshalb keine Chance gegen ihre englischen Unterdrücker, weil das englische Blut durch Rindersteaks vor Tatkraft nur so strotzt.

„Wir sehen zugleich hieraus, von welcher wichtigen ethischen sowohl als politischen Bedeutung die Lehre von den Nahrungsmitteln für das Volk ist. Die Speisen werden zu Blut, das Blut zu Herz und Hirn, zu Gedanken und Gesinnungsstoff. Menschliche Kost ist die Grundlage menschlicher Bildung und Gesinnung. Wollt ihr das Volk bessern, so gebt ihm statt

Deklamationen gegen die Sünde bessere Speisen. Der Mensch ist, was er isst. Wer nur Pflanzenkost genießt, ist auch nur ein vegetierendes Wesen, hat keine Tatkraft.“

Dies ist also der ursprüngliche Rahmen des Ausspruches, der aber keineswegs so trivial gemeint war, wie es im ersten Moment erscheinen mag. Eine spätere Abhandlung von Feuerbach zeigt, wie er das Verhältnis zwischen der Speise und dem Wesen des Menschen kulturgeschichtlich, insbesondere unter dem Aspekt des Opfers, erhellt. Dennoch kündigt bis heute der Ausspruch „Der Mensch ist, was er isst“ von einem ungebrochenen Glaubensbekenntnis an das naturwissenschaftliche Weltbild und die Möglichkeit einer vollständigen biologischen Interpretation des Menschen: Der Mensch ist – wie auch alle anderen Lebewesen – eine Stoffwechselmaschine, eine Maschine, durch welche Stoffe hindurchkreisen, die ihn in allen seinen Teilen, einschließlich seiner Gedanken, schaffen oder moderner mit den Worten eines Molekularbiologen formuliert: Der Mensch ist ein Molekülhaufen, der denkt.

2. Was ist/isst der Mensch? – Ernährung biologisch betrachtet

Betrachten wir kurz die Anatomie, Entwicklungsbiologie, und die Ernährungsphysiologie aus Energieperspektive. Hegel meinte treffend: Tiere sind bewaffnete Gestalten. Schauen wir auf unser Gebiss, wird klar, was gemeint ist. Generationen von Naturforschern stellte vor und nach ihm fest, was sich bereits der Alltagsverstand zusammenreimen kann: Es gibt Zähne zum Reißen von Fleisch und Zähne zum Zermahlen von Korn. Schneidezähne und Mahlzähne in unserem Gebiss scheinen also darauf hinzudeuten, dass unser Körper Gemischtkost braucht – tierische und pflanzliche

Nahrung – ein altes anatomisches Argument gegen einseitigen Karnivorismus und (!) Vegetarismus. Folgen wir der Nahrung durch die Öffnung, die wir Mund nennen, und dringen tiefer in unseren Leib ein, so begegnen wir einem besonderen Magen und Darm. Und wieder meinten manche Naturforscher, dass wir weder einen Raubtiermagen noch den Darm eines Wiederkäuers haben und deshalb für einseitige Ernährung dieser Art nicht infrage kommen. Nehmen wir den entwicklungsgeschichtlichen Standpunkt ein, tun sich neue Überraschungen auf. Hier müssen wir so selbstverständliche und doch seltsame Fragen aus der Sicht der Evolutionsbiologie beantworten wie die Frage: Warum haben wir einen Mund? Wie kommen wir zu einem derartigen Loch, in das wir alles hineinstecken, das unserem individuellen Leben als Nahrung dient? Die Kehrseite dieser Frage liegt auf der Hand, wird aber kaum gestellt? Betrachten wir die uns umgebenden Pflanzen – doch auch Lebewesen – so finden wir nirgends derartige Löcher.

„Und damit sind wir bereits zu einem sehr entscheidenden Punkt gelangt: zum Unterschied zwischen der Gesamtheit der tierischen Lebensformen und der Gesamtheit pflanzlicher Lebensformen. Der Unterschied liegt in der Art, wie sie die erforderliche Energie erwerben. (...) Bei den uns umgebenden Pflanzen sind die Sonnenstrahlen die Energiequelle, während alle Tiere gleichsam Energie rauben, indem sie Pflanzen oder andere Tiere verspeisen und die in ihnen gespeicherte Energie in Besitz nehmen. Zum Vereinnahmen der Sonnenstrahlen ist nun aber keine Öffnung, kein sogenannter Mund erforderlich, zum Vereinnahmen der Gewebe von Pflanzen und anderer Tiere schon. Hier liegt der bedeutsame Unterschied. Aus diesem Grund und nur deshalb

haben Tiere und wir selbst ein zähnestrotzendes Maul, unsere Verwandten, die Pflanzen, dagegen nicht.“

Der bekannte Zoologe und Meeresforscher Hans Hass (geb. 1919) bringt den kleinen Unterschied auf den Punkt. Wie aber entstand der Mund? Eine Sternstunde in der Entwicklung unseres Mundes schlug, als sich vor hundert von Jahrillionen die ersten wurmförmigen Vielzeller auf der Erde entwickelten – genauer, auf dem Meeresgrund, wo sie herumkrochen und aktiv nach Nahrung suchten. Bei den sesshaften Polypen war bereits ein Darm und eine Öffnung vorhanden, ebenso bei manchen primitiven Würmern. Für kriechende Würmer aber war es nun vorteilhaft, dass eine zweite Öffnung entstand, wobei dann am vorderen Pol ein Loch nützlich war, durch das die Nahrung aufgenommen werden konnte, und endlich auch ein hinteres Loch, durch welches das Nichtbrauchbare abgegeben werden konnte. Welches Loch ist nun vorne und welches hinten? Die Frage ist keinesfalls abartig. Denn in der Evolution der Lebenslöcher zur Nahrungsaufnahme gab es zwei Möglichkeiten. Erste Möglichkeit: Der Urmund bleibt Mund und am anderen Ende des Darmwesens entwickelt sich ein neues Loch, der After. Dieser Entwicklungsweg wurde bei allen Weichtieren, Insekten und den meisten Würmern eingeschlagen.

„Die zweite Möglichkeit: Aus dem ursprünglichen Mund wird der After, und die am anderen Darmende durchbrechende Öffnung wird zum Mund. Das war die Lösung bei unseren Vorfahren. Was heute unser After ist, war ursprünglich der Mund. Wer dies nicht glaubt, kann in jedem Lexikon der Zoologie nachschlagen. Wir sind „Deuterostomier“, „Zweitmünder“, die den Urmund zum After gemacht haben. Ja, bis zum heutigen Tag zeigt die

Embryonalentwicklung der Wirbeltiere – auch des Menschen – noch immer diesen Vorgang. So wie sich die Pflanzen und Tiere in zwei große Äste trennten, so trennten sich die „Protostomier“ – die „Vordermänder“, die ihre ursprüngliche Mundöffnung beibehielten, vor 1200 bis 1000 Millionen Jahren von den Deuterostomieren.“

Die Evolution der Ernährungs- und Verdauungsorgane bietet noch mehr derartige Überraschungen und bereits der bedeutende Zoologe Georges Cuvier (1769-1832) klassifizierte den Menschen als „Darmwesen“, weil der Darm das Zentrum unserer Organisation ist.

„Für den Biologen beginnt der Darm bei der Mundöffnung und endet am After. (...) Mehr noch als Hand, Herz, Gehirn, Auge, Ohr benötigen wir ausgerechnet den Darm. Denn seine Tätigkeit liefert unserem Körper Energie, während die übrigen Organe Energie verbrauchen. (...) Er ist ein funktionelles Zentrum unseres Körpers, ein vorrangig wichtiges Organ.“

Alle anderen Organe und Tätigkeiten des Tieres sind um den Darm herum organisiert. Nicht das geistige Ich, sondern der so materielle und materialbedürftige Darm hat biologisch betrachtet den Vorsitz im Körper.

Die evolutionäre, ernährungsphysiologische Perspektive erlaubt, den Menschen noch radikaler biologisch bzw. physikalisch zu fassen. Wir wissen: Pflanzen speichern die Strahlungsenergie der Sonne mit Hilfe anorganischer Substanz – durch Photosynthese – in Kohlenhydratmolekülen, Zucker und Stärke – und bauen so organische Substanzen auf – durch Assimilation. Oder kurz: Pflanzen essen Licht. In dem Elementarvorgang, den wir „Nahrungsaufnahme“ nennen, rauben Tiere entweder Pflanzen oder anderen Tieren das, was diese wiederum Pflanzen geraubt haben. Hans Hass: „Sämtliche Tiere sind also Räuber. (...)“

Letztlich ist das gesamte Lebensgeschehen ein Kampf um Energie.“ Wenn wir nun in der Evolution fortschreiten und die kulturelle Entwicklung vom Affen zum Menschen miteinbeziehen, wird klar, welche Rolle so große Erfindungen wie Faustkeil, Speer, Messer, der Topf und das Feuer für die Ernährung spielen: „Der Herd ist ein Hilfsorgan der Verdauung.“ Wieviel Zeit verbringen wir an einem Tag mit Tätigkeiten, die als kulturelle Tätigkeiten gelten – mit Essen, Trinken, Verdauen im Schlaf oder beim Spaziergehen, mit dem Abladen unverbrauchter Nahrungsreste? Der Mensch lebt offenbar mehr um Mund oder Darm herum, als er zugeben möchte – einmal ganz abgesehen von sonstigen Leckereien, Schlückchen, von Magersucht, Fettleibigkeit und Diät – einem ganz neuen Kampf um die Kalorien.

„Das Essen ist für mich gemacht, das Trinken ist für mich erdacht, für mich wird Küch´ und Keller bestellt, zum Essen und Trinken kam ich zur Welt!“, so der spanische Dramatiker Pedro Calderon (1600-1681) treffend. Das klingt gut gereimt und war auch nett gemeint, aber dahinter steckt in der Tat ein biologisches und kulturelles Drama mit dem Titel: „Der Mensch ist, was er isst.“ Der Mensch ist eine egoistische Stoffwechselkampfmaschine, die alles tut, um zu überleben, insbesondere, wenn es um die Nahrung und Ernährung geht. Wir könnten mit Hilfe der heutigen Evolutionsgenetik und Soziobiologie diese Geschichte eines Energieräubers fortschreiben, die Geschichte einer egoistischen Genmaschine, die vor ein paar Milliarden Jahren in der Ursuppe begann als erster genetisch programmierter Energieräuber, der immer kompliziertere evolutionäre Strategien entwickelte, um andere Arten von Lebewesen und nicht minder diejenigen seiner Art zu überlisten, um in den Genuss von Energie zu kommen. Am Ende dieser Naturge-

schichte der Ernährung steht dann ein intelligenter Affe, der sich für ein vernünftiges Wesen hält, ein „Primat der Vernunft“, der aber seine Mitwesen und die Umwelt stofflich und energetisch ausbeutet. Natürlich handelt es sich in dieser Zuspitzung um eine radikale Vereinfachung und einseitig reduzierte Sichtweise des Lebens und des Menschen – als ob Lebewesen oder der Mensch nur aus einem Stück Genom bestehen würden und nicht auch Produkte einer sehr komplexen Wechselwirkung zwischen Organismus und Umwelt wären. Aber, wir haben nun einen biologischen Hintergrund und die Sensibilität gewonnen, um uns tieferen, biophilosophischen Betrachtungen zur Ernährung und zum Leben zuzuwenden.

3. Biophilosophie der Ernährung

Biophilosophie der Ernährung agiert in einem schwierigen Feld, und nur wenige Philosophen haben sich auf dieses Gebiet gewagt, z.B. Helmuth Plessner (1892-1985) und Hans Jonas (1903-1993). Beide versuchten, den Organismus, seine Daseinsweise und Stellung philosophisch neu zu beleuchten, auch den Unterschied von Pflanzen und Tieren. Der Philosoph und Biologe Plessner war es, der in seinem Hauptwerk „Die Stufen des Organischen und der Mensch“ (1928; 3. Auflage 1975) der „Biophilosophie“ in der deutschsprachigen Philosophie neue Impulse gab. Sein biophilosophisches Schlüsselwort lautet „Grenze“.

Die leibliche Grenze umschließt einerseits den ganzen Organismus und macht seine äußere Gestalt aus, andererseits eröffnet und vermittelt die Grenze dessen Beziehung zur Umwelt. Diese Vermittlung und die Durchlässigkeit der Grenze ist nun beim Organismus von besonderer Art. Stellen wir uns einmal vor, die Gren-

ze unseres Körpers wäre völlig durchlässig und unbestimmt. Dann würden wir aus einer Art molekularer Brühe bestehen, in der nach biologischer Ansicht vor Urzeiten zwar Leben entstehen, aber nicht auf Dauer bestehen kann, wenn nicht besondere Reaktionsräume vorliegen. Das Gegenstück wäre ein völlig starrer Gegenstand mit zufälligen Grenzen, z.B. ein Stein, der eben kein Organismus ist, weil er in keinem besonderen Verhältnis zu seiner Grenze steht. Ein Organismus muss eine halbdurchlässige Grenze haben, um Stoffe aufnehmen, bewahren, aufbauen und wieder abgeben zu können. Eine biologische Zelle ist daher „semipermeabel“, halbdurchwanderbar für Stoffe, und kompartimentiert, d. h. in Reaktionsräume aufgeteilt. Bereits biologisch wird also deutlich, was es heißt, ein Lebewesen als „Träger seiner Grenze“ zu betrachten, wodurch ihm gegenüber den anderen Naturgegenständen ein besonderer Charakter verliehen wird. Fundamentaler ausgedrückt: Als Träger einer Grenze ist der Organismus ein Etwas, das einerseits in sich selbst gesetzt ist und andererseits Etwas, das über sich hinaus, auf etwas Anderes und ein Medium hin, orientiert ist. Die Grenze hat also immer einen Doppelcharakter: Sie schließt einerseits ab, andererseits eröffnet sie einen Lebensraum. Assimilation und Dissimilation, Aufbau und Abbau sind gerade innerhalb dieser Grenzen gewährleistet. Für Plessner zeigt sich im Zusammenspiel von Assimilation und Dissimilation ein antagonistisches „Wesensgesetz“ des Lebens, das sich nicht nur im Stoffwechsel, sondern auch auf anderen Lebensstufen zeigt, z.B. in der spezifischen Koppelung von Reiz und Reaktion in der Wahrnehmung und Bewegung von Organismen. Kurz gesagt: Wie wir über den Stoffwechsel Verbindungen im Innern aufbauen und zugleich Verbindung nach Außen halten,

so bauen wir auch durch unsere Sinne, z.B. die Augen als grenzüberschreitende Körperöffnungen, Verbindungen in uns auf und halten Verbindung zur Außenwelt, in der wir uns bewegen. Auch in Prozessen der Wahrnehmung und Bewegung werden Grenzen gezogen und überschritten.

An dieser Stelle möchte ich an Überlegungen von Jonas zur grundsätzlichen „Bedürftigkeit des Lebens“ anknüpfen. Wenn das alles so ist und fortlaufend Stoffe in uns und durch uns hindurchkreisen, damit wir überhaupt Lebewesen sein können, wenn wir aus Milliarden von Zellen bestehen, in die hinein und aus denen heraus diese Stoffe kreisen, ein gigantischer Molekülhaufen, - worin besteht dann unsere „Identität“? Was bleibt beständig, wenn doch alles in Bewegung ist und fließt? Wie ist das Verhältnis zwischen fortlaufendem Stoffwechsel und der scheinbar beständigeren körperlichen Form im Lebendigen zu verstehen? Wie ist das Verhältnis zwischen Form und Stoff im Lebendigen zu denken?

Jonas geht davon aus, dass wir als Lebewesen spezifische Materialien benötigen wie Eiweiße, Kohlenhydrate, Fettsäuren etc. – sie sind als solche notwendig, zufällig aber ist, was wir gerade konkret zur Ernährung wählen. Betrachten wir den Organismus nur aus dieser materiellen Perspektive, so ist der Organismus nichts als eine Ansammlung von Stoffen, wie wir es schon bei Moleschott oder Feuerbach gehört haben. Betrachten wir das Verhältnis des Organismus zum Stoff nur aus dieser Perspektive und fragen nach seiner Identität, dann gilt in der Tat: Der Organismus ist, was er isst, und nicht mehr. D. h. sein Wesen, seine Identität erschöpft sich in der „substantialen Identität“ der Stoffe, die sich notwendig und zufällig in ihm versammeln. Für Jonas liegt aber das Wesentliche im Lebensprozess in der Form –

hier im weiteren Sinne sowohl als die äußere, aber auch die innere Gestaltung und dessen Prinzip verstanden, nicht im Material. Form und Materie treten in einen dialektischen Gegensatz. Die Form ist nämlich einerseits abhängig vom Material, aber die Funktion des Materials ist auch und gerade, diese besondere Lebensform zu erhalten, d. h. die „Identität“ der Lebensform zu bewahren – ob es sich nun um Amöben oder um Menschen handelt. So zeigt sich im dialektischen Verhältnis zwischen Stoff und Form des Organismus über die substantiale Identität noch eine funktionale Identität, die von der ersteren verschieden ist und wesentlich über sie hinausgreift. Man kann es auch kürzer ausdrücken: Form braucht Stoff, um sich als Form bewahren zu können und in diesem Sinne formuliert Jonas prägnant, die organische Form stehe in einem Verhältnis „bedürftiger“ Freiheit zum Stoffe. Was kann hier „Freiheit“ bedeuten? Der Begriff der Freiheit ist für Jonas der „Ariadnefaden“ zur Interpretation des Lebens – von der Amöbe hinauf bis zum Menschen als freiheitlich handelndem Lebewesen. Freiheit wurzelt tief im Ugrund des Lebens. Freiheit wurzelt letztlich in dem besonderen Verhältnis zwischen Form und Stoff eines Lebewesens und ist nicht bloß ein höchstes geistiges Phänomen, das dem Menschen allein eigen ist. Ich möchte dies an einem Beispiel verdeutlichen.

Man stelle sich als Amöbe vor, die als Einzeller mit einer recht flexiblen und diffusen Gestalt im Wasser an einer Fläche entlang kriecht und versucht zu leben, d.h. ihre besondere Lebensform zu bewahren. Sie kriecht und begegnet einem Krümel Nahrung und versucht, seiner habhaft zu werden. Sie bedarf der in ihm enthaltenen Stoffe, um ihre zwar diffuse, aber doch artspezifische Form zu erhalten. Sie wälzt sich über den Krümel, umhüllt ihn gal-

lertartig, um ihn schließlich in sich aufzunehmen und so in ihre besondere Daseinsform einzugliedern. Form steht in einem bedürftigen Verhältnis zum Stoff. Dieses besondere Verhältnis aber ist ein Verhältnis bedürftiger „Freiheit“. D. h. im Falle der Amöbe: Sich so auf Nahrung hin bewegen und die eigene Gestalt verändern, um der Nahrung habhaft zu werden, um endlich doch seine Artform zu bewahren. Darin besteht gleichsam die kleine Freiheit der Amöbe – eine formelle Möglichkeit der Selbstgestaltung am Grunde des Lebens.

Die freiheitliche Selbstgestaltung des Menschen durch Gedanken erscheint demgegenüber unendlich viel größer. Aber sie wurzelt am Ende doch – biophilosophisch betrachtet – in der Möglichkeit, seine besondere Daseinsform als Mensch, seine individuelle Gestalt und seine Artform, auch durch die Wahl der Nahrung, aufrechtzuerhalten - zeitweise. Der leblose Stein bedarf nur passiv einer formbewahrenden Materie. Im lebendigen Organismus ist die „Form“ ein aktives und organisierendes Element, nicht nur passives Produkt einer Stoffansammlung. Diese „dynamische Identität der Form“ macht nach Jonas das Wesen des Lebens aus – seine Autonomie. Die wechselnden Stoffe ermöglichen gerade, diese Identität der Form zu bewahren – jedenfalls eine bestimmte Lebenszeit lang. Und daher sei es richtiger zu sagen, „anstatt dass die Lebensform Durchgangsregion des Stoffes sei – dass die Sukzession der Stoffbestände, die sie jeweils ausmachen, Durchgangsphasen für den Prozess des selbststiftenden Seins der Form sind“.

Anders formuliert: Vergleicht man den Lebensprozess mit anorganischen Prozessen, bzw. Lebewesen mit anorganischen Dingen wie Steinen, dann zeigt sich, dass das Verhältnis zwischen Form und Stoff ein neues ge-

worden ist. Form braucht Stoff, aber die Form wird nun zum aktiven und bedürftigen Gestalter seiner selbst – und mit diesem Spielraum erwächst dem Organismus eine gewisse Autonomie – organische Freiheit, die beim Menschen auf höchster Stufe in eine Handlungsfreiheit einmündet, die sich z. B. auch in der Wahl der Nahrungsmittel offenbart.

In einem letzten biophilosophischen Schritt gelangen wir nun mit Jonas und eingedenk der Bemerkungen von Plessner zu einer neuen Grenzüberschreitung. Wir wissen: Alles Leben ist bedürftig, bedarf der Nahrung.

„Die Bedürftigkeit des Lebens aber geht über den eigenen stofflichen Bestand hinaus (...) In dieser Selbsttranszendierung durch die Bedürftigkeit gründet die wesenhafte Transzendierung alles Lebens, die in den höheren Stufen dem Selbst eine immer weitere Welt eröffnet. Die Angewiesenheit verweist auf das Feld ihrer möglichen Erfüllungen und stiftet so die Intentionalität als einen Grundcharakter alles Lebens.“

Intentionalität heißt: Ziele, Zwecke, bewusste Zwecke, also Absichten haben zu können. Aktives Ziel der Amöbe ist es, den Krümel zur Bewahrung seiner kleinen Lebensform einzuverleiben. Was aber ist das Ziel menschlichen Handelns? Was ist der Sinn menschlichen Daseins? Jedenfalls kann und will der Mensch offenbar mehr als bloß Krümel, sonst würde er dieses Frage nicht stellen. In dieser Frage offenbart sich aber eine höhere Form dieser uralten Bedürftigkeit allen Lebens nach mehr – nach Selbstüberschreitung, nach Transzendierung dessen, was man gerade ist, hin auf etwas, das man sein will oder sein soll. Der Mensch ist also eindeutig mehr, als er gerade ist! Die Wurzeln dieser „Selbsttranszendenz“ haben nach Jonas „zwar ihren Grund in der organischen Notdurft“. Sie zwingt zur Aktivität

über sich hinaus, nach außen in die Welt hinein. Dadurch aber wird das Leben im wahrsten Sinne des Wortes „informiert“, oder sagen wir besser: Das Leben informiert sich, gestaltet seine Form aktiv und wartet nicht bis etwas passiert. „So wird die innere Identität, indem sie für das Außen offen ist, Subjektpol einer Kommunikation mit Dingen“, heißt es bei Jonas. Lebewesen sind Subjekte und nicht bloß Objekte. Und der Mensch ist eben nicht bloß eine Stoffwechselmaschine, sondern muss über den Stoffstrom durch ihn hindurch und um ihn herum eine überstoffliche Identität aktiv ermitteln.

4. Aktuelle Standpunkte in der Ernährungsethik

Auch mit Bezug auf die Nahrung zeigt sich eine organisch gewachsene Freiheit beim Menschen. Zwei aktuelle Vorschläge zu einer Ethik der Ernährung machen das deutlich. Bekannt ist der angelsächsische Bioethiker Peter Singer (geb. 1946), der vehement für die Berücksichtigung tierischen Wohls bei der Wahl der Nahrung eintritt und wesentliche Impulse für die moderne Tierrechtsdiskussion geliefert hat. Für Singer sind Tiere biologisch betrachtet empfindungsfähige Wesen, die wie Menschen Bedürfnisse und Interessen haben, die daher in der ethischen Kalkulation zu berücksichtigen sind. Singer beklagt den sogenannten "Speziesismus", d.h. also die unberechtigte Vormachtstellung des Menschen analog zum Rassismus – bloß weil er zur Spezies Mensch gehört. Es sei anthropozentrisch, wenn man meine, Tiere hätten kein Recht auf Glück und Leben. "Praktisch und psychologisch aber ist es unmöglich, in seinem Interesse an nicht-menschlichen Lebewesen konsequent zu sein, wenn man fortfährt, sie zum Abendessen zu verspeisen", so Singer. Das Leid in den Tier-

fabriken oder bei Tierexperimenten im Namen der Wissenschaft – all das müsse einkalkuliert werden, wenn es um das "Wohl aller empfindenden Wesen geht". Vegetarismus sei aus utilitaristischen Gründen außerdem angesichts der Ressourcen-Verschwendung in der Karnivorismus-Ökonomie und angesichts der globalen Verteilung der Nahrungsmittel erforderlich. Singer fordert also zum Vegetarismus auf – auch als eine Form des Boykotts. Gerechtigkeit verlange, dass wir uns in all diesen Feldern der Tötung und der Ausbeutung der empfindungsfähigen Tiere enthalten, d.h. letztlich aller Lebewesen, die über ein Nervensystem verfügen und in ihren Verhaltensweisen Schmerzreaktionen anzeigen.

Anders als Peter Singer beantwortet der Naturphilosoph Klaus Michael Meyer-Abich (geb. 1936) die Kernfrage: „Was sind wir dafür schuldig, dass wir von anderem Leben leben?“ Meyer-Abich ist ebenso gegen eine anthropozentrische Ethik. "Um das Mitsein im menschlichen Leben nicht auf die bloße Mitmenschlichkeit zu verengen, gilt es also die außermenschliche Natur als unsere natürliche Mitwelt wahrzunehmen, nicht nur als ein Ensemble von Ressource." Dazu gehören Tiere, aber auch Pflanzen und Landschaften. Meyer-Abich geht hier von einem Goethe-Spruch aus: "Was du bist, das bist du Andern schuldig." Gemeint sind aber nicht nur Freunde und Mitmenschen, sondern auch die Tiere und Pflanzen, die wir verzehren. Denn auch im Hinblick auf die Nahrung und unsere Nahrungsmittelwahl und unsere Art der Ernährung sind wir selbst den getöteten Tieren und auch den verzehrten Pflanzen noch etwas schuldig.

Machen wir uns die Lage klar. "Wir können nicht leben, ohne von anderem Leben zu leben." Ob nun Tiere oder Pflanzen. Aber selbst wenn wir sie verzehren, sind wir ihnen Respekt

schuldig. Wie können wir diesen zum Ausdruck bringen? Nach Meyer-Abich beim Essen mindestens auf dreierlei Weise. Erstens muss die Vorgeschichte der Nahrungsmittel auf den Tisch. Beispiel: "Wenn Fleisch aus der Massentierhaltung gegessen wird, ist es die Tierquälerei, die auf den Tisch kommt." Zweitens sind wir auch zu einer besonderen Esskultur verpflichtet. "Wir sind den Pflanzen und Tieren, wenn wir sie schon verspeisen, wenigstens schuldig, dies in Dankbarkeit und Freude zu tun". Drittens haben wir angesichts der naturphilosophischen Verwandlung der organischen Nahrung in uns und unseren Leib auch einen grundsätzlichen Auftrag, mehr Kultur in die Welt zu bringen. Diese soll sich auch in der Art unseres Wirtschaftens zeigen, auch in der „Nachhaltigkeit“.

5. Zur Anthropologie und Ethik der Nachhaltigkeit

Biologische, biophilosophische und bioethische Überlegungen haben uns wieder zu biopolitischen Fragen geführt und ich glaube, dass auch die Frage, was „Nachhaltigkeit“ heute bedeuten soll, am Ende mit der anthropologisch-ethischen Kernfrage: Was ist der Mensch? eng verbunden ist.

Man pflegt heute, „Nachhaltigkeit“ meist aus materieller und funktioneller Perspektive zu betrachten gemäß der schlichten Formel: Wir sollen nur soviel nutzen wie von selbst wieder nachwächst. Es gibt aber verschiedene Versuche, diese gute Leitformel mit szientistischen Ansätzen zu unterlaufen. So gibt es die Definition, Nachhaltigkeit sei die Fähigkeit eines Systems, sich über längere Zeit zu erhalten (so der Klimaforscher Schönwiese 1995; vgl. Karafyllis 2001, 136). Wenn Diskurse über „Nachhaltigkeit“ bloß auf Überlegungen zur Systemerhaltung, zum „Kreislauf des Lebens“,

zu Stoffströmen, zu nachwachsenden Rohstoffen oder auf Energie- und Klimafragen eingeschränkt werden, dann denken wir nicht weniger materialistisch als einst der Physiologe Moleschott, der mit seinem Hauptwerk „Der Kreislauf des Lebens“ gleichsam als ein Theoretiker der „Nachhaltigkeit“ angesehen werden kann. Dann käme es nur darauf an, Stoffe fortwährend nachzuproduzieren und richtig zu verteilen. In der Reichweite dieser Logik liegt auch der Weg: Wer immer mehr verbrauchen und verteilen will, der muss einfach auch immer mehr produzieren! Wir haben eingangs gehört, dass selbst Feuerbach und Moleschott, stärker noch Marx und Engels ihr materialistisches Menschenbild mit einer idealistischen Sozialutopie verknüpft haben, d. h. mit ethischen Idealen wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gegenüber Bedürftigen und Unterdrückten auf der Welt. - Bleiben wir aber realistisch. Wir stehen heute – anderthalb Jahrhunderte später - in der Tat vor dem Scherbenhaufen dieses materialistischen Menschenbildes, einer ungebrochenen Fortschrittsgläubigkeit und dem Anspruch eines hemmungslos waltenden Globalismus. Der Primat der Vernunft, der Affe, der sich für vernünftig hält, schickt sich an, diesen Planeten leerzuwirtschaften und alles Leben nach seinen Bedürfnissen umzugestalten, genauer gesagt, ein bestimmter Typ von Primat der Varietät homo oeconomicus. Aus evolutionärer Perspektive erscheint er zurecht als ein egoistischer Energieräuber, als ein verantwortungsloser Geselle, der sich um der kurzfristigen Fitnessmaximierung willen im Hier und Jetzt auslebt - auf Kosten der menschlichen und natürlichen Mitwelt, auf Kosten zukünftiger Generationen. Die Idee einer zukünftigen Menschheit, die im Frieden mit sich und der Natur lebt, hat er offenbar aus dem Auge verloren. Nachhaltigkeit, die bloß Systemerhal-

tung und Überleben um des Überlebens willen sichert, ist in der Tat nicht viel besser als das Programm dieses egoistischen Energieräubers. Wenn „Nachhaltigkeit“ nicht bloß als leeres Modewort verkommen will, um sich am Ende selbst zu verbrauchen, bedarf es nicht nur materieller, sondern auch geistiger Nahrung für die Menschheit, sprich `nachhaltiger` Utopien und Formen individueller Sinnstiftung, im Großen getragen durch den Staat und im Kleinen durch das persönliche Beispiel im Alltagsleben. Es sind gerade die kleinen gelebten Utopien, z. B. bei der individuellen Wahl der Nahrungsmittel, welche eine langfristige Basis für nachhaltige Entwicklungen im Großen schaffen. Aber wozu? Der Soziologe Renn schlägt als Definition vor: „Nachhaltige Entwicklung bedeutet den Fortbestand einer menschenwürdigen Existenz in einer funktionsfähigen und den Werten der Menschen entsprechenden Umwelt“ (Renn 1996; vgl. Karafyllis 2001, 136). Man kann diese Definition immer noch als anthropozentrisch abtun, aber es leuchtet eine anthropologisch-ethische Wertdimension auf. Offenbar reicht es nicht, auf die Frage: Wozu sollen wir uns nachhaltig entwickeln? zu antworten: Um der Systemerhaltung und der Wirtschaft willen! Der homo oeconomicus ist in der Tat ein Selbstläufer, der gerne Sozialutopien und Sinnfragen als Privatsache oder Hindernis beiseite schiebt, damit Wirtschaft reibungsfrei funktioniert. So mag der homo oeconomicus vielleicht das glückliche Leben eines Hamsters im Laufrad leben, aber er verfehlt seine Bestimmung als Mensch. Die konservative Utopie einer geistigen Selbstkultivierung, Zivilisierung und Moralisierung des Menschen – wie sie einst der Pflichtpreuße Kant in seiner Anthropologie und Ethik einforderte, bleibt nach wie vor ein – wenn nicht das einzig sinnvolle Ziel, um dessentwillen es sich

lohnt, „nachhaltig“ zu wirtschaften. Schon deshalb darf – nebenbei gesagt - Kultur nicht bloß als ökonomischer Standortfaktor abgetan oder echte Moral als der ökonomischen Entwicklung abträglich angesehen werden. Mit Kant lässt sich auch heute immer noch festhalten: Wir haben als Menschen einen sinnstiftenden Auftrag zum Frieden, der aktuell mindestens drei Dimensionen umfasst: 1. erstens einen Auftrag zum Frieden mit uns selbst, indem wir im Alltagshandeln unsere Gesinnung prüfen und kultivieren, z.B. auch angesichts unserer Ernährung, 2. zweitens einen Auftrag zu einem

Frieden im Hinblick auf Gerechtigkeit im Verhältnis der Menschen untereinander und insbesondere im Verhältnis zu den sog. Unterentwickelten, und 3. drittens - last not least – einen Auftrag zum Frieden mit unserer natürlich Mitwelt, die nicht hemmungslos als Ressource ausgebeutet werden darf! Ohne anthropologische Zielvorgaben ist nachhaltige Entwicklung und nachhaltiges Wirtschaften im wahrsten Sinne des Wortes ohne Sinn. So zeigt auch in diesem Feld, dass der Mensch mehr sein soll als er gerade isst oder ist!

Literaturhinweise:

Baranzke, Heike; Franz-Theo Gottwald und Hans Werner Ingensiep: Leben Töten Essen. Anthropologische Dimensionen. Hirzel Stuttgart/Leipzig 2000.

Karafyllis, Nicole C.: Biologisch, natürlich, nachhaltig. Philosophische Aspekte des Naturzuganges im 21. Jahrhundert. Francke Tübingen/Basel 2001.

Zur vorliegenden Publikationsreihe

Die Publikationsreihe »Beiträge und Berichte« ist für Arbeiten bestimmt, die im Rahmen der Aktivitäten der VÖÖ stehen. So können dort z.B. Positionspapiere der VÖÖ, Ergebnisse aus Arbeitsgruppen, Vorträge / Referate veröffentlicht werden.

Manuskripte können bei der Geschäftsstelle oder dem Vorstand eingereicht werden. Die Entscheidung über die Aufnahme eines Beitrags in die Reihe wird vom / von der Vorsitzenden des Vorstands und mindestens zwei weiteren Vorstandsmitgliedern getroffen.

Die Publikationen können über die Geschäftsstelle bestellt werden oder auf der Webseite heruntergeladen werden:

<http://www.voeoe.de/publikationen>

Die Vereinigung für Ökologische Ökonomie e.V. engagiert sich für eine am Prinzip der Nachhaltigkeit orientierten Entwicklung des Wirtschaftens in Wissenschaft und Praxis. Dem transdisziplinären Ansatz einer Ökologischen Ökonomie entsprechend vereinigt die VÖÖ neben ÖkonomInnen aller Fachrichtungen auch weitere Sozial- sowie Natur- und GeisteswissenschaftlerInnen und PraktikerInnen aus allen gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensbereichen.

Impressum

Herausgeberin: Eva Lang

Vereinigung für Ökologische Ökonomie e.V.

März 2003

ISBN: 3-00-011297-9